

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Spalte oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pfg. (zuletzt 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Korrespondenz: „Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienanbot: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Ein Angriff auf das Koalitionsrecht!

Als die Konservativen im Mai dieses Jahres einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht unternahmen, indem sie für die „nützlichen Elemente“ der herrschenden Ausbeutergesellschaft, für die Arbeitswilligen, erhöhten Schutz verlangten, blieben sie in einer bedeutungslosen Rinderheit. Wer aber auf diese Abstimmung des Reichstages große Hoffnungen gesetzt hat, wer sich etwa eingebildet hat, das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter dürfe nunmehr als ein unerschütterliches Grundrecht des deutschen Volkes angesehen werden, wird durch die Dienstagsverhandlungen des Reichstages von dieser ganz unangebrachten Vertrauensseligkeit gründlich geheilt worden sein.

Wer während der Rede des Staatssekretärs Delbrück, des Ministers für Sozialpolitik, zufällig in den Deutschen Reichstag geraten wäre, ohne zu wissen, in welcher erlauchten Gesellschaft ihn der Zufall geworfen hat, hätte mit Zug und Recht als ein umgekehrter Hip van Winkel annehmen können, er befände sich in einer Sitzung der Provinzialstände vormärzlicher Zeit oder gar in einer Ausschusssitzung der heiligen Allianz. Eine Rede mit solcher unverblümt rückständigen Grundanschauung, von solchem Vertrauen zur Bevormundungspolitik des Polizeistaates ist selten im Deutschen Reichstage, den Regierungstisch nicht ausgenommen, gehalten worden. Und das will in den heutigen Zeitaltern fürwahr etwas heißen! Herr Delbrück macht äußerlich nicht gerade den Eindruck eines blindwütigen Reaktionsärs. Glatte, elegant, mit unverkennbarem Behagen seinen eigenen Worten lauschend, so steht er da und redet. Er regt sich nicht auf, gleichmäßig riefeln wohlgefeimte Worte über seine Lippen, Begeisterung und Entrüstung sind ihm in gleichen Maße fremd, wie ein fleischgewordenes Aktenbündel gibt er Sätze, Paragraphen, Meinungen von sich.

Aber wie wenig man sich durch eine harmlose Augenwimper läuschen lassen darf, wie sehr sich hinter der modernsten Hemdbrust die altertümlichste Gesinnung verbergen kann, bewies die Antwort, die Herr Delbrück am Dienstag auf die von fortschrittlicher Seite eingebrachte Interpellation über die Koalitionsfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter gab. Auf die kürzeste Formel gebracht, lautete die Antwort des Herrn Delbrück: es gibt überhaupt kein gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht! Die Quellen, aus denen diese gesetzliche Gewährleistung gefolgert wird, die bekannten Paragraphen der Gewerbeordnung, würden überschätzt. Nirgends gebe es ein Reichsgesetz, das das Koalitionsrecht der Arbeiter ausdrücklich ausspreche. Es sei auch in keine Verfassung übergegangen, auch nicht in die preussische. Zwar gebe es das Recht der Vereinigung, aber dieses könne nicht schrankenlos ausgeübt werden, es bedürfe der regelnden Hand des Staates. Auch durch Privatvertrag könne das Koalitionsrecht aufgehoben werden, ein solcher Vertrag verstoße nicht gegen die guten Sitten, sei also auch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zulässig.

Herr Delbrück stellte sich somit ohne Vorbehalt auf den Boden des bequemen Regierungsprinzips, daß alles verboten ist, was nicht erlaubt ist. Immerhin konnte er durch noch so spitzfindige Auslegungskünste, um die jeder Jesuit den Herrn Staatssekretär hätte beneiden können, den freien Arbeiter das nun einmal bestehende Vereins- und Versammlungsrecht nicht völlig hinwegskamotieren. Dafür hielt er sich aber an den Arbeitern in staatlichen Betrieben schadlos. Die Polizei könne zwar dem Staatsarbeiter und Beamten das Recht der Vereinigung mit seinen Berufsgenossen nicht streitig machen, wohl aber — der Vorgesetzte! Im Interesse des Staates und der Leistungsfähigkeit seiner Institute müssen sich nach Herrn Delbrücks Weltanschauung die Hunderttausende und Millionen von Beamten und Arbeitern in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben ihrer ersten staatsbürgerlichen Rechte begeben. Ein schöner Staat, dessen Fundament die Rechtslosigkeit seiner fleißigen Arbeiter und Beamten bildet. In der Enzyklika des Papstes gegen die christlichen Gewerkschaften sieht Herr Delbrück keinen Eingriff in das Koalitionsrecht der christlichen Arbeiter, daß die Reichsregierung sich nicht veranlaßt gesehen habe, gegen die päpstliche Drohung Maßnahmen zu unternehmen.

Den Jaden, den Herr Delbrück angeponnen hatte, spannt der Kriegsminister von Heeringen, in dessen Bereich die meisten der zur Debatte stehenden Verträge gegen das Koalitionsrecht vorgekommen waren, weiter, nur mit dem Unterschied, daß der feingespinnene Faden unter den plumpen Fingern des weniger gewandten Kriegsknechts mehr als einmal zerriß. Er sprach von maßloser Agitation, von Geheimen, vom Koalitionsrecht und anderen Dingen, von denen er nichts versteht, und verkündete daneben mit naiver Offenherzigkeit den reinen nackten Militarabsolutismus gegenüber den in den Betrieben der Militärverwaltung beschäftigten Arbeitern und Beamten.

Dann kam endlich ein Berufener zu Wort, ein Mann der Arbeit, ein langjähriger Führer der modernen Gewerkschaftsbewegung, Genosse Gustav Bauer, zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, hielt seine erste

Rede im Reichstag. Man merkte diesen Umstand aber weder der Rede noch dem Redner an. Und das lag an der schlichten Tatsache, daß dieser Arbeitervertreter auf vertrautem Boden stand, daß er etwas vom Koalitionsrecht versteht, und zwar nicht nur von den geltenden Bestimmungen, sondern — was noch wichtiger ist — von der unbedingten, durch die moderne Wirtschaftsweise und die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß erzwingenden Notwendigkeit des Koalitionsrechts. Unter der stürmischen Zustimmung unserer Fraktion hielt Bauer dem Staatssekretär Delbrück vor, daß seine Rede in die Zeiten der vormärzlichen Reaktionsperiode hineingehöre, nicht aber in unsere heutige Zeit, und daß sein Versuch, die Koalitionsfreiheit durch Privatvertrag aus der Welt zu schaffen, ein offenkundiger und unerhörter Verstoß gegen die guten Sitten, also eine Rechtsverletzung sei, die nach dem Paragraphen 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht vorkommen dürfte. Bauer berief sich dabei auf die Kommissionsberatungen über das Bürgerliche Gesetzbuch und auf die Plenarverhandlungen und bewies an der Hand der amtlichen Protokolle, daß die jetzige Haltung der Reichsregierung mit der Haltung des damaligen Reichstages und der damaligen Reichsregierung in hartem, unlöslichem Widerspruch steht. Mit schneidendem Hohne hielt der Redner der Regierung vor, daß wieder einmal die Sozialdemokraten die bestehenden Gesetze gegen eine hohe Reichsregierung verteidigen müßten.

Mit nicht weniger guten Gründen wies Bauer den mißlungenen Suizidversuch des Infanteristen von Heeringen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter in Militärbetrieben zurück. Nach dem Kriegsminister hätten solche Arbeiter wie Soldaten die Hosen zusammenzuschlagen und Befehle von Vorgesetzten auszuführen. Sie seien jedoch freie Arbeiter wie ihre Kollegen in Privatbetrieben und hätten die gleichen Rechte wie diese. Sie sollten diese Rechte nur auch in vollem Maße ausüben und sich den freien Gewerkschaften anschließen, statt in den Militärarbeiterverbänden ein kümmerliches Dasein von der Vorgesetzten Gnaden zu führen. Diesen Eindruck machte eine Mitteilung Bauers über die Gründe, aus denen Militärarbeiter Knall und Fall entlassen werden können. Ein Arbeiter hat ohne Erlaubnis einige Tage Urlaub genommen. Der Grund war, daß ihn eine Depesche an das Sterbelager seines Vaters rief. Obwohl der Arbeiter diese Tatsache sofort bei der zuständigen Stelle hatte melden lassen, wurde er entlassen, weil er — nicht vorher um den Urlaub nachgefragt hatte. Was soll man mehr bewundern: die Gemütsroheit einer solchen Behörde oder das Maß von Kababergerhoram, das solche Behörden von ihren Angestellten verlangen?

Auch für das Streikrecht der Arbeiter in Staatsbetrieben trat Bauer mit Entschiedenheit ein. Organisationen, die de- und wehmütig auf ihr Streikrecht verzichten, geben sich selbst auf. Wenn man etwas fordert und sich bescheiden zufrieden gibt, wenn die Forderung nicht erfüllt wird, so hat man den Gedanken und den Zweck der modernen Arbeiterorganisation nicht begriffen, so treibt man Organisationspielerei. Das ist die energische und selbstbewußte Sprache des Klassenbewußten Proletariats!

Und was folgte dieser kräftigen Tonart, dieser Rede eines kämpfenden Arbeiters? Seichtes, inhaltloses Geplär eines Vertreters der katholischen Gewerkschaften, eines Herrn Schirmer aus Bayern. Gegen die Regierung hatte dieser Brave, dieser Arbeitervertreter nichts zu sagen, er stammelte einige Ergebenheits- und Vertrauensbeteuerungen an die Adresse der Regierung und erklärte sich bereit, mit ihr darüber zu beraten, wie die Lage der Staatsarbeiter gebessert werden könne. Das wagte dieser Zentrumsmann wenige Tage nach der drohenden Kriegserklärung des Herrn Spahn der Regierung anzubieten! Wenn irgendwelchem Jesuiten ein Hälein gekrümmt wird, so rast das Zentrum, so vergißt es alles andere vor zornigem Getöse, so schwingt es das Kriegsbeil gegen die Regierung, daß dieser Angst und Lauge werden könnte, wenn sie den harmlosen Charakter dieserjerits nicht schon von früheren Gelegenheiten her bestens kennen würde.

Wenn es sich aber um Arbeiterinteressen handelt, wenn das wichtigste Recht des modernen Arbeiters ihm von der Regierung meuchlings geraubt oder doch kastriert werden soll, dann bleibt das Zentrum gottgegeben und ruhig und lehnt sich vertrauensvoll an den Busen der Regierung. Damit aber diese schamvolle Mißachtung von Arbeiterinteressen nicht so offenbar werde, wird das eigentliche Kampffeld verschoben, wird eine Sozialistenrede vom Baune gebrochen und dadurch der arbeitserfindlichen Regierung das Rückgrat noch mehr gestiftet. O Verrat, dein Name ist Zentrum!

Am Mittwoch geht die Debatte weiter. Die Klassenbewußten Arbeiter mögen die Augen offen halten! Es geht um ihr nächstes und wichtigstes Recht! —

## Die Diktatur der österreichischen Kriegspartei.

Aus Wien kommt sonderbare Kunde. Der österreichische Kriegsminister und der Chef des Generalstabes sind entlassen worden und Herr Conrad v. Hötzendorff wird wieder Generalstabschef, nachdem er dies Amt ein Jahr zuvor auf Verlangen

des damaligen Ministers des Aeußern, des Grafen Aehrenthal, hatte verlassen müssen.

Am sich ist es schon höchst merkwürdig und kaum in einem anderen Lande denkbar, daß zur Zeit einer so schweren Krise ein Wechsel in den höchsten militärischen Stellen vorgenommen wird. In Wien tut man die ganze Zeit so, als ob man unmittelbar vor dem Kriege stünde und da schießt man plötzlich die Inhaber der wichtigsten Stellen auf Knall und Fall fort. Und die offiziöse Presse schildert die Herren, an deren Oestlichkeit zu zweifeln gestern noch Landesherr war, heute so, als ob sie ganz untüchtige und unfähige Menschen gewesen wären. Dank vom Hause Oesterreich!

Und bezeichnend für die Zustände in Oesterreich ist diese ganze Affäre. Nicht einmal jetzt können die Nachhaber den Schein eines einheitlichen Wollens wahren. Wie denn auch? Die auswärtige und militärische Politik sind in der Doppelmonarchie, die vom Nationalitätenhader zerrissen ist, fast ebenso wie in Rußland allein Sache des Hofes. Und da steht das Lager des alten Kaisers, der den Krieg nicht will, und des Thronfolgers, der die Spitze der Kriegspartei bildet, seit langem einander gegenüber. Noch vor einem Jahre mußte Herr v. Conrad gehen, weil er den Krieg mit Italien vorbereitete, gehen gegen den Willen des Thronfolgers, der ihm in offener Fronte gegen den Entschluß des Kaisers ein solennes Vertrauensvotum nachschickte. Jetzt hat sich Franz Ferdinand seine Revanche verschafft und sein intimster militärischer Vertrauensmann ist wieder Chef des Generalstabs. Auch ein Kommentar zur Erneuerung des famosen Dreibunds, der freilich von dem der offiziösen Presse etwas abweicht!

Nur daß leider Deutschland kein unbeteiligter Zuschauer dieser Machtkämpfe ist, die da am österreichischen Hofe ausgefochten werden und bei denen es sich um den Frieden der Welt handeln kann. Aber vielleicht wirken diese Vorgänge selbst auf jene merkwürdigen Leute in unserem Lande ermunternd, die allen Ernstes davon fasseln, daß es eine bundesgenössische Pflicht sei, für das Prestige der österreichischen Dynastie zu „fechten“. Denn von allem anderen abgesehen, ist es wirklich nicht verlockend, sich in die Gefolgschaft einer Politik zu geben, wo solche Pflichten möglichst möglich sind, wo irgend eine Laune des Thronfolgers hinreicht, mitten in den Kriegsvorbereitungen einen vollständigen Wechsel der obersten militärischen Leitung herbeizuführen.

Ob dem österreichischen Ministerwechsel darüber hinaus noch größere Bedeutung zukommt, wird sich ja bald zeigen müssen. Gewiß verdient die Tatsache, daß jetzt die Vertrauensmänner der Kriegspartei die höchsten militärischen Ämter innehaben, ernste Beachtung. Trotzdem sträubt sich der Gedanke immer wieder dagegen, daß die österreichische Regierung wirklich den Krieg entfesseln könnte. Denn die Fragen, die wenigstens offiziell zur Lösung stehen, sind durchaus solche, die diplomatisch erledigt werden können, wenn nur halbwegs der gute Wille zum Frieden vorhanden ist.

Bedenklich freilich ist die fortgesetzte Kriegsvorbereitung Oesterreichs, die das finanziell ohnehin ungeheuer belastete Land außerordentlich bedrückt. Die Kosten müssen sich bereits auf mehrere Hundert Millionen belaufen und schon hat sich ja die österreichische Regierung gezwungen gesehen, eine Anleihe von 250 Millionen Kronen in Amerika und Deutschland aufzunehmen, die sie effektiv zu dem außerordentlich hohen Satz von 6 1/2 Proz. verzinsen muß. Oesterreich ist also damit bald auf das Niveau Chinas gekommen. Die Kriegsfurcht hat aber außerdem dem österreichischen Wirtschaftsleben die schwersten Wunden geschlagen. Die Kreditentziehungen der Banken haben die Bau- und Textilindustrie in schwere Krisen gestürzt und die Bevölkerung zieht aus den Sparkassen in immer stärkerer Maße ihre Guthaben zurück. Die offiziellen Beruhigungsversuche finden keinen Glauben, können ihn ja gar nicht finden, solange die Amtsblätter, wie gestern z. B. das ungarische, Kundmachungen veröffentlichen, denen zufolge die Ausfertigung von Pässen an jede Art wehrpflichtiger Personen in Oesterreich-Ungarn eingestellt und die Auswanderung militärpflichtiger Männer für das ganze nächste Jahr verboten wird. Es wird also wirklich höchste Zeit, daß die Wiener Politik einlenkt und das Spiel mit dem Feuer einstellt.

#### Der Ministerwechsel.

Wien, 10. Dezember. Kriegsminister v. Auffenberger hat dem Kaiser ein Gesuch um Enthebung von seinem Posten überreicht. Der Kaiser hat das Demissionsgesuch angenommen. Zum Nachfolger ist Feldzeugmeister v. Robatini bestimmt. Auch der Chef des Generalstabs Schemua hat seine Entlassung gegeben und wird durch den Armeepinspektor Konrad v. Hötzendorff ersetzt werden.

Gründe für die Veränderung der Dienststellen werden nicht angegeben, doch wird auf das bestimmteste erklärt, daß sie mit der außerpolitischen Lage in keinem Zusammenhang stehen.

#### Die Wiener Offiziösen.

Wien, 10. Dezember. Die Wiener und Budapester Abendblätter konstatieren auf Grund von Mitteilungen informierter Kreise übereinstimmend, daß der Personenwechsel in der Leitung des Kriegsministeriums und des Generalstabes mit der auswärtigen Lage nicht in dem geringsten Zusammenhang steht. Der Austritt des Kriegsministers von Auffenberger sei bekannt-



Sich schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen worden, während die Gründe, welche seinerzeit für das Scheitern des Freiherrn von Hochendorf von dem Posten des Generalstabschefs maßgebend waren, längst nicht mehr existieren. Schemua hätte stets nur als Nachhalter des Freiherrn v. Hochendorf gegolten, dessen Rückkehr auf den Posten des Generalstabschefs daher nicht überraschen würde. Hinsichtlich der politischen Lage wird von unterrichteter Stelle erklärt, daß keinerlei Aenderung zu verzeichnen sei.

### Eine deutsche offiziöse Stimme.

Köln, 10. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Köln. Ztg.“ wird aus Berlin telegraphiert:

Die internationale Lage hat, soweit wir unterrichtet sind, nicht nur keine Verschärfung angenommen, sondern es scheint sogar ziemlich sicher zu sein, daß in den letzten Tagen die Entspannung zwischen Wien und Petersburg gewisse Fortschritte gemacht hat. Der serbisch-österreichische Streit ruht einstweilen angesichts des demnächst erfolgenden Zusammentritts der Postkammerversammlung. Immer wieder taucht das Gerücht auf, diese Konferenz werde schließlich doch in Paris stattfinden. Dafür liegt indes hier keine Bestätigung vor. Nach wie vor bleibt es wahrscheinlich, daß die Postkammerversammlung in derselben Hauptstadt tagen wird, in der die Friedensverhandlungen geführt werden.

### Was man den Bankiers sagt.

Wien, 10. Dezember. Die österreichische Regierung veröffentlichte der Firma Kuhn, Löb u. Co. und der National City-Bank, welche 25 Millionen österreichischer Schatzscheine übernommen: die europäische Lage sei so gebessert, daß weitere kriegerische Verwickelungen nicht mehr zu erwarten seien.

### Griechenland und der Waffenstillstand.

Konstantinopel, 9. Dezember. In Fortsetzungen verlautet, Griechenland werde übermorgen den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen.

### Bulgarien und Rumänien.

Budapest, 10. Dezember. Der bulgarische Gesandte in Petersburg, Bobtschew, erklärte einem Vertreter des Blattes „Az Est“, es könne keine Rede davon sein, daß Bulgarien auch nur einen Fußbreit Landes an Rumänien abtrete. Falls es geschähe, so würde dies eine Quelle von unaufhörlichen Konflikten zwischen den beiden bisher eng befreundeten Nationen bilden.

### Neutralisierung Albanien's.

Wien, 10. Dezember. Das Wiener „Fremdenblatt“ konstatiert, daß ganz Europa der Erfüllung der Wünsche der Albanesen nach staatlicher Selbstständigkeit mit Sympathie begegnet. Europa werde sicherlich den Wunsch haben, dieses Wohlwollen für die Albanesen durch eine Schöpfung dauernden Charakters zu bekunden und die kulturelle Entwicklung der Albanesen ohne Sorge um die Behauptung ihrer staatlichen Existenz zu fördern. Die Neutralisierung Albanien's würde nicht allein den Wünschen Oesterreich-Ungarns und Italiens entsprechen, sondern auch, soweit dies bisher beurteilt werden könne, auf keinen Widerspruch der übrigen Mächte stoßen.

### Kriegsgerücht.

London, 10. Dezember. Der Daily Telegraph veröffentlicht eine Depesche seines Spezialkorrespondenten in Wien, Dr. Dillon, daß demnächst eine Reihe der schauerhaftesten Gerücht, die je in einem Kriege verübt worden sind und einen schwarzen Fleck auf den Ruhm der Balkanmächte werfen, in den Vordergrund der öffentlichen Erörterungen gestellt werden würden. Dr. Dillon hat aus Konstantinopel und Bulgarest Nachrichten von unheimlichen Missethaten erhalten, die die christlichen Soldaten in der Umgebung von Saloniki unter der unbewachten mohammedanischen Bevölkerung anrichtet haben sollen. Dr. Dillon fügt hinzu, daß die Einzelheiten dieser Greuel nicht mehr lange unbekannt bleiben würden, da die Konsuln der Großmächte ihren Regierungen bereits ausführliche Berichte telegraphiert hätten.

### Die türkischen Bevollmächtigten.

Konstantinopel, 10. Dezember. Auf Beschluß des Ministerrats ist außer dem Handelsminister Meschid Pascha und dem türkischen Botschafter in Berlin Osman Rissami Pascha auch der interimistische Marineminister Salih Pascha zum Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen ernannt worden.

### Grey über die Botschafterkonferenz.

London, 10. Dezember. Das Mitglied des Unterhauses King erklärte in der heutigen Sitzung an den Staatssekretär des auswärtigen Geheiß die Anfrage, ob die Botschafter der Großmächte in einer der europäischen Hauptstädte zu einer Konferenz zusammenzutreten würden, um sich über eine gemeinsame Politik in den durch den Balkankrieg entstandenen Fragen schlüssig zu machen.

Staatssekretär Grey erwiderte: Alle in Betracht kommenden Großmächte hätten der Anregung gern zugestimmt, daß die Botschafter in einer der europäischen Hauptstädte in eine zwanglose und unverbindliche Beratung eintreten möchten, um den Austausch der Ansichten zwischen den Großmächten zu erleichtern. Es wird keine Konferenz sein, erklärte Grey; ich kann Einzelheiten in dieser Angelegenheit im gegenwärtigen Augenblick nicht mitteilen, habe jedoch die Absicht, die eingehendsten Mitteilungen, die möglich sind, am 12. Dezember zu geben.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Dezember 1912.

### Zweite Lesung des Schlepplumpengesetzes.

Kapitalistische und Gemeininteressen prallen lebhaft aufeinander bei der zweiten Lesung des Schlepplumpengesetzes. Während in der Kommission die kapitalistischen Interessen die Oberhand behalten und in dem freikonservativ-nationalliberal-fortschrittlichen Antrag ihren Niederschlag gefunden hatten, die Fahrzeuge, die lediglich den Dortmund (Horne)-Ems-Hafen-Kanal benutzen, für 20 Jahre vom Schlepplumpengesetz auszunehmen, forderte — nachdem verschiedene Redner der bürgerlichen Parteien sich für das Kompromiß ausgesprochen — namens der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Leinert im Interesse des Verkehrs und der Volksgesundheit die Einführung des Schlepplumpengesetzes auf dem ganzen Rhein-Weser- und Dortmund-Ems-Kanal. Da die ganze kapitalistische Entwicklung zum Monopol dränge, frage es sich nun, ob den Privat- oder den Staatsmonopolen der Vor-

zug zu geben sei. Da sei vom sozialistischen Standpunkt die Antwort nicht schwer: der Verkehr müsse dem Privatkapital und seinen Plusmacherinteressen entzogen und dem Staate übertragen werden. Freilich fehle noch Demokratisierung des Staates, die den Mißbrauch der Staatsmonopole zu verhindern geeignet sei. Deshalb fordere aber gerade die Sozialdemokratie durch einen Antrag, daß die Tarife nur in Höhe der Selbstkostendeckung festgelegt und etwaige Ueberschüsse nur für die Zwecke des Monopolbetriebs selbst Verwendung finden dürften. Ebenso sei als unbedingte Voraussetzung für die Zustimmung zu dem Gesetz die Entschädigung der in Betracht kommenden kleinen Unternehmer und Arbeiter zu betrachten.

Die Weiterberatung des Gesetzentwurfs wurde auf Mittwoch vertagt.

### Die Kommission für Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen

war am Montag früh mittels Extrazugs nach Hamburg gedampft, um dort die Stadtbahn und die Werke zu besichtigen. Der Verkehr wurde von den Bahnsteigen aus beobachtet und An- und Abfahrten, Zugverkleinern und -verlängern, Wendungen usw. wurde mit großem Interesse verfolgt.

Alsdann wurde nach einem erklärenden Vortrag das staatliche Kraftwerk Altona besichtigt, das sich immer statilicher entwickelt. Um so unbegreiflicher war das Vorgehen der Regierung und Eisenbahnverwaltung für Berlin, das Kraftwerk in die Hände des Privatkapitals zu legen, während die Eisenbahnverwaltung doch gerade in Altona bewiesen hat, daß sie ein solches Werk nicht nur musterhaft einrichtet, sondern auch ebenso leiten kann. Der Betriebsbahnhof, Schuppenanlage und die Nebenversität in Altdorf wurden — nach einem zweiten Vortrag — einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Gerade hier, wo die die großen, schweren Triebwagen vom Triebgestell abgehoben werden, wenn letzteres revidiert oder repariert werden muß, zeigt klar, wie vorteilhaft es sein muß, wenn für die Berliner Bahn besondere zum Wagen unabhängige Triebgestelle statt Triebwagen zur Einführung kommen.

Nach einer Besichtigung der Hamburger Hochbahn erfolgte die Rückfahrt nach Berlin.

Allgemein wurde die Befriedigung über den Erfolg dieser von der Sozialdemokratie beantragten Besichtigung ausgesprochen. Leider hatte sich der entragte Sieger der Elektrifizierung der Berliner Bahn in der Kommission dieser Besichtigung ferngehalten.

### Zentrum und Niedemann.

Die „Frankfurter Zeitung“ erhebt in ihrer Nr. 341 (Montag-Abendblatt) eine schwere Anklage gegen die Zentrumsfraktion des Reichstages. Sie behauptet, daß die völlige Verurteilung des von der Regierung eingebrachten Petroleummonopol-Entwurfs durch die Zentrumsfraktion nicht durch volkswirtschaftliche Bedenken hervorgerufen sei, sondern daß dahinter der Einfluß des Herrn Niedemann, des Leiters der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Hamburg stecke, der in nahen Beziehungen zur römischen Kurie stehe soll. Das Frankfurter Blatt schreibt:

„Das Zentrum braucht heute nicht mehr die von dem Schatzsekretär angeforderten vertraulichen Mitteilungen — es weiß im voraus, wie alles steht. Denn es braucht ja nur Herrn Niedemann zu fragen.“

Das Zentrum lehnt das Petroleummonopol ab. Es läßt durch seinen Redner erklären, daß es die Vorlage „so, wie sie ist“, verworfe. Aber es fügt gleichzeitig hinzu, daß es der Kommissionsberatung zustimme, „weil eine große Partei die zuerst zu Worte gelangene sozialdemokratische sie wünsche“ — das besagt, daß das Zentrum seinerseits auf die Kommissionsberatung gar keinen Wert legt, daß es auch weiterhin zur Ablehnung entschlossen ist, gleichviel, was bei der Kommissionsberatung herauskommt. Die Kommissare der Zentrumspresse bestätigen das. Die „Germania“ konstatiert als Ergebnis der Sonnabenddebatte: „In dieser Form will niemand das Gesetz, und es würde sogar schlanke weg abgelehnt, wenn es nicht ein Brauch des Hauses wäre, Vorlagen, deren Kommissionsberatung eine größere Partei beantragt, in die Kommission zu bringen.“ Und die „Kölnische Volkszeitung“ ist noch offener gewesen, sie hat bereits am Sonnabend zu melden gewagt, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages beschlossen habe, gegen das Reichspetroleummonopol zu stimmen, und zwar sowohl in dieser als auch in jeder anderen Form. Deutlicher kann man nicht sein. Man kann nicht offener aussprechen, daß man den bestehenden Zustand erhalten und alles, was ihn gefährden könnte, verworfen will. . . . .

Das Zentrum will heute keine Belämpfung des Petroleumtrasts mehr, es will nicht, daß man Herrn Niedemann in Deutschland etwas tue. Seine Gegnerschaft richtet sich nicht gegen die Konstruktion des Regierungsentwurfs — für die hätte es ja in der Kommission Aenderungen beantragen können. Seine Gegnerschaft richtet sich auch nicht gegen die Regierung, von der der Entwurf ausgeht; denn wenn es auch dieser Regierung wegen der Jesuitenfrage das Vertrauen gekündigt hat und wenn es ihr auch sicherlich deshalb bei dieser Gelegenheit nicht ungerne Opposition macht, so hat doch der Zentrumredner ausdrücklich erklärt, daß Jesuitenfrage und Petroleumfrage für das Zentrum nichts miteinander zu tun haben. Die Gegnerschaft des Zentrums richtet sich gegen die Tendenz des Entwurfs, also gegen den Versuch, die deutschen Verbraucher vor einem amerikanischen Privatmonopol zu schützen. Diesen Versuch bekämpft jetzt das Zentrum, denn es hält ihn plötzlich für überflüssig und undurchführbar, nachdem es ihn vor anderthalb Jahren noch gefordert hat. Das ist der verwirrende Wandel. Und man findet für ihn keine andere Erklärung als die, die in dem Namen Niedemann liegt.

Herr Niedemann ist der Leiter der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Hamburg und als solcher der Hauptvertreter der Standard Oil-Interessen in Deutschland. Er steht persönlich in nahen Beziehungen zur römischen Kurie, und er ist zugleich ein eifriger und freigebiger Anhänger des Zentrums. Das sind Dinge, die allgemein bekannt sind, die schon früher angedeutet werden mußten, als die Zentrumspresse sich dem Petroleummonopol gegenüber so seltsam schweigend verhielt, und die jetzt, nachdem der Abg. v. Schulze-Gaebert auf sie, ohne Widerspruch zu finden, auch im Reichstag hingewiesen hat, nicht mehr aus der Diskussion verschwinden können. Herr Niedemann bekämpft, ohne Mühe und Kosten zu scheuen, das Monopol auf jede nur mögliche Weise. Und seine „Aufklärungen“, die doch stets mit dem nötigen Quantum Sceptis betrachtet werden müssen, haben auf das Zentrum offenbar überzeugend gewirkt.“

### Die Notwendigkeit des Zentrums.

Zu welchem Zweck das Zentrum den Entrüstungsdummel gegen die Bundesräthliche Auslegung des Jesuitengesetzes inszeniert hat, ist klar. Erstens zur Bewächterung der Gegenseite im eigenen Lager, dann um der römischen Kurie und dem deutschen Klerus zu demon-

strieren, wie nötig das Zentrum zur Vertretung der katholischen Kircheninteressen ist. Tatsächlich bringt denn jetzt auch die Klerikale Presse allerlei längere und kürzere Notizen, in denen mit mehr oder weniger Geschick auseinandergelegt wird, wie nötig eine politische Partei ist, die in den Parlamenten die besonderen Interessen des Katholizismus vertritt. So heißt es z. B. in einer Notiz der „Kölnischen Volkszeitung“:

Die Notwendigkeit der Zentrumspartei ist durch die Jesuitendebatte jedem gläubigen Katholiken unabweisbar klar gemacht worden. Niemand wird bezweifeln, daß die gewaltige Mehrheit der kirchlichen Katholiken über das Jesuitengesetz empört ist. Die einstimmige Eingabe der deutschen Bischöfe, der allein maßgebenden kirchlichen Autorität in Deutschland, hat es ja offiziell klargestellt. In jeder Katholikerversammlung, in der die Jesuitenfrage besprochen wird, zeigt sich die tiefgehende allgemeine Entrüstung der Katholiken, daß man ihnen und ihnen allein mit einem solchen Ausnahmengesetz die Gleichberechtigung versagt. Und doch hat sich unter den Parteien des Reichstages außer dem Zentrum keine Stimme erhoben, um diesem so tief und stark empfundenen Bedürfnis des katholischen Gewissens Ausdruck zu geben. Wenn auch zum Beispiel Sozialdemokraten gegen das Ausnahmengesetz sich erklärt haben, so fehlt ihnen doch natürlich das Verständnis für die Erregung des katholischen Gefühls. Jeder Stand, jeder Beruf soll im Reichstag zu Worte kommen. Hätten wir aber die Zentrumspartei nicht, so würden die religiösen Interessen von Millionen Katholiken im deutschen Reichstage mundtot sein, auch dann, wenn dieselben durch Zwangsmittel auf empfindliche Weise kräftigt werden. Die Liberalen lassen wohl durch den nationalliberalen Führer Baasche für die unangebrachte Rücksichtnahme auf protestantische Vorurteile und Voreingenommenheit danken. Für die Rechte und Interessen der gläubigen Katholiken, die ihnen wohl bekannt sind, finden sie nicht nur kein Wort, sondern sie billigen zumeist ihre Vergeßlichkeit. Das wird man sich in katholischen Kreisen von neuem merken. Die jüngsten Debatten haben die Notwendigkeit des Zentrums für unsere katholischen Interessen unüberlegbar bargelegt.

Die „Köln. Volksztg.“ bezeichnet hier das Zentrum also selbst als eine Partei zur speziellen Vertretung katholischer Interessen. Wie stimmt das zu dem angeblich „interkonfessionellen“ Charakter des Zentrums?

### Die Teuerung im sächsischen Landtage.

Vor den überfüllten Tribünen des sächsischen Landtages kamen am Montag in vorgerückter Stunde die Interpellationen wegen der Teuerung zur Besprechung. Die sozialdemokratische Interpellation begründete Genosse Fleißner, der die Aufhebung oder zeitweilige Suspendierung der Fleischzölle, Herabsetzung der Futtermittelzölle, Aufhebung der Grenzversteuern, Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, Aufhebung des Einfuhrschutzes, sowie insbesondere die Aufhebung der Fleischübergangsabgabe und Fleischsteuern in Sachsen verlangte.

Die freisinnige Interpellation begründete Abg. Schwager, der sich insbesondere mit den Schwierigkeiten beschäftigte, die der Versorgung der Einwohner mit billigem Fleisch durch die Gemeinden entgegenstehen.

Der Minister erwiderte, wie sein preussischer Kollege, als Anwalt der Agrarier. Er erachtete die von der Regierung angeordneten Maßnahmen für genügend und schob den Gemeinden die Aufgabe zu, auch über die Zeit der jetzigen Teuerung hinaus auf die Preisgestaltung einzutreten. Er erklärte, daß die sächsische Regierung an der bewährten Wirtschaftspolitik festhalte, und daß sie an eine Aufhebung des § 12 nicht denke. Stürmische Heiterkeit löste die Aeußerung aus, daß die Zunahme der Pferdeschlachtungen nicht der Fleischnot, sondern dem vermehrten Pferdebestande zuzuschreiben sei. Kurzum: die Regierung ist weit davon entfernt, auch nur einer einzigen der in den Petitionen aufgestellten Forderungen zuzustimmen. Den kommunalen Kommissionen überläßt sie gnädigst zu prüfen, wie diese ohne Schädigung der Landwirtschaft und des Fleischstandes Fleisch zu ermäßigten Preisen durch Ausschaltung des überflüssigen Zwischenhandels beschaffen können.

In der Debatte polemisierte der wildliberale Abg. Merkel gegen die vom Grafen Schwerin-Löwig im Reichstag gemachten Angaben, an die sich der Minister angelehnt habe. Ein schwerer Notstand sei in Sachsen zu verzeichnen; denn Sachsen stehe beim Fleischverbrauch 17-19%, Pros. unter dem Reichsdurchschnitt! Sachsen müsse wie die beiden süddeutschen Staaten die Einfuhr des Gefrierfleisches fordern.

Gegen Mitternacht wurde ein Verlagsantrag angenommen, da das Haus beschlußfähig war. Auch ein Zeichen der Zeit!

### Ein freisinniger Gewaltstreik.

Aus Tilsit wird uns geschrieben: Die Tilsiter Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung, die kürzlich mit einem Siege der fünf sozialdemokratischen Kandidaten endeten, sind von der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung für ungültig erklärt worden. Es handelt sich um einen Gewaltakt, wie er schlimmer bisher noch nirgends vorgekommen sein dürfte. Für unsere Kandidaten wurden 1024, für die Kandidaten des vereinigten Vürgerturns 927 Stimmen abgegeben. Unsere Genossen hatten also mit 100 Stimmen Majorität gesetzt, und trotzdem wurden ihre Mandate für ungültig erklärt. Gleich nach der Wahl agitierte das freisinnige Blatt in Tilsit für einen Protest gegen die Gültigkeit der Wahlen mit dem Hinweis darauf, daß für die 4500 Wähler nur ein Wahllokal vorhanden gewesen sei. Es wurden die Wähler öffentlich aufgefordert, sich zu melden, falls es ihnen nicht gelungen wäre, ihr Wahlrecht auszuüben. Mit Mühe und Not fand man 77 „Protestler“. Die Kommission der Stadtverordnetenversammlung, die sich mit der Angelegenheit in einer Vorberatung befaßt hatte, beantragte denn auch, den Protest nachzuprüfen. Aber den Drahtziehern des Freisinn's paßte das nicht. In dem Tilsiter freisinnigen Organ wurde den Stadtverordneten empfohlen, die Wahlen ohne jede Beweiserhebung für ungültig zu erklären! Und die Stadtäter entsprachen dieser Aufforderung, obgleich von unseren Genossen vor der Wahl die Einrichtung zweier Wahllokale beantragt worden war, die Tilsiter Stadtverordneten aber diesen Antrag abgelehnt und die Maßnahmen des Magistrats gutgeheißen hatten. Erst als die Sozialdemokraten den Sieg davon getragen hatten, kamen die Herren dahinter, daß eigentlich mehr Wahllokale hätten geschaffen werden müssen.

Gestand gemacht wurde ferner, daß im Wahllokal eine Rede gehalten worden sei. Diese „Rede“ hatte der Chefredakteur des Tilsiter freisinnigen Blattes gehalten, und zwar hatte er gegen Schluß der Wahl Protest gegen deren Gültigkeit eingelegt, weil nach seiner Meinung viele Wähler ihr Wahlrecht nicht hätten ausüben können. Und diese freisinnige „Rede“ müßte auch dazu dienen, den Einzug der fünf Sozialdemokraten ins Stadtparlament zu verhindern. Man kann auf diese Weise das Zustandekommen von Wahlen überhaupt



verhindern, denn solche „Neben“ können in jedem Wahllokal gehalten werden.

Nur zwei bürgerliche Stadtverordneten machten den Gewaltstreik nicht mit. Ein alter Justizrat erklärte, der Protest enthalte nur Behauptungen, die nicht erwiesen seien; und wenn man die Wahl für ungültig erklären wolle, weil die Wahlzeit ungenügend gewesen sei, dann müßten alle Wahlen der dritten Abteilung seit 1853 ungültig sein, denn die Zeit, die zur Wahl notwendig sei, sei nicht ein einziges Mal gewährt worden. Doch alles war umsonst. Die Fortschrittler waren so blindwütig, daß sie Veruntüchtigungen und gerechten Erwägungen nicht zugänglich waren. In Lissit hat die Ungültigkeitserklärung große Entrüstung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Unsere Genossen wollen eine sofortige neue Entscheidung der Wähler herbeiführen und alles daran setzen, um die Mandate zu behaupten. Bei allen anständigen Menschen haben die Fortschrittler natürlich sich um den Rest des Ansehens gebracht.

### Der Demonstrationstreik in Gera.

Dem Eindruck, den der Geraer Demonstrationstreik des letzten Freitags machte, können sich auch die Gegner nicht entziehen. Daran ändern auch die Bemühungen der bürgerlichen Presse nichts, diese Kundgebung zu verkleinern. Die nationalliberale Presse bezeichnet die Demonstration in schlecht verhehltem Mergel als einen Nummel. Sie vergißt, daß die Vorfahren der Nationalliberalen von heute, die Liberalen Demokraten von 1848, ihren Wahllampf auch in den Straßen der Stadt Gera in der gleichen „rummelhaften“ Weise führten.

Die Unternehmer hatten vor dem Streik alle Arbeiter, die daran teilnehmen würden, mit der Aussperrung bedroht. Die Arbeiter lehnten sich nicht an die Drohung, und der geschlossene, unerschütterliche Wille, der in dieser Kundgebung zum Ausdruck kam, schreckt die Unternehmer vor der Ausführung ihrer Drohung zurück. Sie sahen ein, daß die Aussperrung nur Del ins Feuer gießen würde. Die angebotene Aussperrung ist denn auch ausgeblieben. In den Werkstätten wurde nach dem Streik folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Heute haben in den Werkstätten unserer Ortsgruppe Gera eine Anzahl Arbeitnehmer die Arbeit ohne Genehmigung auf einige Stunden verlassen.

Wir wollen in der Annahme, daß vielen dieser Arbeiter nicht gegenwärtig gewesen ist, daß darin ein Verstoß gegen die Arbeitsordnung und eine Verletzung des Arbeitsvertrages liegt, in diesem Falle von einer Abmahnung dieser Handlungsweise absehen. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß wir im Wiederholungsfall unmissverständlich jeden Arbeiter, der ohne Erlaubnis die Arbeit verläßt, auf Grund § 9 Abs. 4 der Arbeitsordnung sofort entlassen werden.

Verband Sächsisch-Thüringischer Webervereine  
Ortsgruppe Gera  
Eugen Rudolph, Vorsitzender.

Die Arbeiter haben diese Bekanntmachung mit Lächeln gelesen. Sie erklären, daß sie trotz dieser Drohung zu jeder Stunde wieder auf die Straße gehen würden, sobald es die politische Situation erfordern sollte.

### Der Kampf um die Ostmarkenzulage.

Vom 1. Januar 1918 ab gelangt die Ostmarkenzulage an die in den Provinzen Posen und Westpreußen stationierten Reichsbeamten nicht mehr zur Auszahlung. Etwa 800 Reichsbeamte aus den beiden Provinzen hatten sich am Sonntag in Posen zu einer Versammlung zusammengesammelt, in der sie gegen das Aufheben der Zulagen Protest erhoben. Vertreter der Konservativen, der Nationalliberalen und der Fortschrittler erklärten, dafür eintreten zu wollen, daß die Ostmarkenzulagen auch weiterhin gezahlt werden. So lange jedoch das Zentrum an seiner ablehnenden Stellung festhält, ist es ganz ausgeschlossen, daß diese Zulagen weiter bezahlt werden können, denn die Sozialdemokratie ist für eine einseitige Begünstigung der in den polnischen Landesteilen tätigen Beamten nicht zu haben. Sie ist bereit, einer Gehaltsaufbesserung der unteren Postbeamten zuzustimmen, aber nur, wenn sich diese Aufbesserung auf sämtliche Postbeamte erstreckt, nicht nur auf jene im Osten. Von einer solchen allgemeinen Gehaltsaufbesserung wollen aber der Staatssekretär des Reichspostamts und die realpolitischen Parteien nichts wissen. Die Entrüstung der Postbeamten müßte sich also eigentlich gegen diese Parteien richten.

### Die mecklenburgische Verfassungskomödie.

Die mecklenburgische Verfassungsvorlage ist heute durch die Beschlüsse der Stände wiederum abgelehnt worden. Die Ritterschaft nahm den früheren Verfassungsantrag des Erblandmarschalls v. Rügow auf sich. Die Landshauptmannschaften der Städte stellten sich von neuem auf ihre früheren Beschlüsse von 1909. Jeder der Beschlüsse bedeutet eine Ablehnung der Regierungsvorlage, welche somit wieder mal gescheitert ist.

### Ein Diner des Herrn.

In der Zeit des letzten Wahlkampfes, am 1. Januar d. J., hielten zu Wainburg in der Abendstunde Gegend die vereinigten Zentrumsgegner eine größere Wählerversammlung ab, in der der Bauernbundsekretär Marhauser die liberale Steuerpolitik scharf kritisierte. Diese Kritik erregte das äußerste Mißfallen eines in der Versammlung anwesenden Zentrumsgliedlichen, des Benefizialen Feigl als Train. Er unterbrach den Redner häufig durch erregte Zwischenrufe, u. a. rief er: „Ich pflege auf die ganze Religion, wenn die Geistlichen in die Sakristei und Kirche eingesperrt werden sollen.“

Dieser für einen Geistlichen recht merkwürdigen Aeußerung ließ Benefizial Feigl tags darauf erst nach einem mit seiner Unterstützung versehenen spaltenlangen Schmähartikel gegen Marhauser im schwarzen Lokalblättchen folgen. In demselben wurde Marhauser als „gewissenloser Heber und Aufrührer“ und seine Ausführungen als „Lügen und Schwindel“ bezeichnet. Der beleidigte wurde klagbar und der hochwürdige Herr mußte sich vor dem Schöffengericht Abendberg zu einem Bergleich bequemen, demzufolge er die Beleidigungen mit Bedauern zurücknahm und sich zur Tragung der nicht unbedeutenden Kosten bequeme.

### Zur Nachwahl in Stolp-Lauenburg.

Der Termin für die durch den Tod des konservativen Abgeordneten Wille notwendig gewordene Reichstagsersatzwahl ist, wie wir schon gestern meldeten, auf den 23. Dezember festgesetzt worden. Der Hansabund will bei der Regierung dahin wirken, daß dieser Wahltermin, der namentlich für die Kaufleute sehr ungünstig ist, eine Hinanzschiebung erfährt. Auf einen Erfolg dieser Bestrebungen wird wahrscheinlich der Hansabund selbst kaum rechnen, denn je weiter der Wahltermin hinausgeschoben wird, desto kritischer wird die Situation für die Konservativen.

Die Fortschrittler haben den Direktor Peter Schwachow-Steglich als Kandidaten aufgestellt. Herr Schwachow war noch vor einigen Jahren einer der strupelhaftesten Schleifsteinredner der Scharfmacher, der sich in seiner Reichstagswahl gegen die Arbeiterklasse von den Konservativen kaum unterscheidet. Die Fortschrittler rechnen natürlich für den Fall, daß es ihnen gelingen sollte, eine Stichwahl herbeizuführen, auf die sozialdemokratische Hilfe. Sie werden sich aber

bei ruhigem Nachdenken selbst sagen müssen, daß es den Arbeitern außerordentlich schwer fallen muß, ihre Stimme einem Scharfmacher à la Schwachow zu geben.

Die rasche Ansetzung des Wahltermins und der ungünstige Zeitpunkt, den man für die Bornahme der Ersatzwahl gewählt hat, lassen es überdies recht zweifelhaft erscheinen, ob es überhaupt gelingt, die Konservativen in die Stichwahl zu drängen.

### Frankreich.

#### Die Milizforderung.

Paris, 10. Dezember. Gemäß dem Antrag der Seeres-Kommission wurde der Artikel des Gegenentwurfs Jaurès, betreffend die Infanteriekadets, von der Deputiertenkammer abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte mit 481 gegen 93 Stimmen.

### England.

#### Ein Streik der englischen Eisenbahner.

London, 9. Dezember 1912. (Fig. Ver.)

Der Streik auf der englischen Nordostbahn kann leicht das Signal zu einem zweiten allgemeinen Eisenbahnerstreik geben. Au Brennstoff zu einem solchen Vorhaben fehlt es nicht. Dafür haben die verschiedenen Eisenbahngesellschaften schon gesorgt, die durch die Wahrgelung der beim letzten Streik tätigen Gewerkschafter und Schiften aller Art ihre Angestellten derart gereizt haben, daß es jeden Augenblick zu einem allgemeinen Ausstand kommen kann.

Der Ausstand auf der Nordostbahn, der spontan ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsleitung ausgedroht ist, hat der bürgerlichen Presse schon zu allerhand moralisierenden Betrachtungen Anlaß gegeben. Es heißt, die Arbeiter wollten die Gesellschaft zwingen, einen Trunkenbold, einen gemäßigten Lokomotivführer — Exploitationsführer heißt es sogar in einigen Blättern — wieder an seinen alten Posten zu setzen. Welche Unvernunft! rufen die Schmocks aus. Welche Gewerkschaftsdisziplin! Wollen denn die Arbeiter nicht einsehen, daß sie durch diese Zumutung das Leben tausender Menschen gefährden! In Wirklichkeit verhält sich die Sache wesentlich anders. Ein alter, unbescholtener Angestellter der Bahn, der 37 Jahre lang stets pünktlich und treu seine Pflicht getan, der 22 Jahre lang den verantwortlichen Posten eines Lokomotivführers von Kohlenzügen bekleidet hatte und bei seinen Kollegen in hohem Ansehen steht, Nicol Knox, wurde am 5. November vor dem Polizeigericht in Newcastle angeklagt, auf der Straße betrunken gewesen zu sein und sich an zwei Polizisten vergriffen zu haben. Die Zeugen widersprachen sich; doch obwohl der Polizeirichter die Zeugenaussagen auf beiden Seiten als sehr unbefriedigend bezeichnete, verurteilte er Knox zu einer Geldbuße von 5 Schilling. Das Urteil rief allgemeines Ersauern hervor. Es handelte sich offenbar um einen jener häufigen Fälle, in denen der Rabi der Aussage der Polizisten mehr Glauben schenkt als der der gewöhnlichen Bürger. Bald darauf, nachdem die Zeit zur Anmeldung der Berufung verstrichen, wurde Knox von der Eisenbahndirektion degradiert und an einen Posten gestellt, auf dem er 9 Schilling die Woche weniger verdient als früher. Knox, der entschieden ablehnt, betrunken gewesen zu sein und der sich als ein Opfer des Irrtums der Justiz fühlt, wollte sich mit dieser Entscheidung nicht zufrieden geben und seine Kollegen standen ihm bei. Nachdem die Organisation bei der Direktion Vorstellungen gemacht hatte, erklärte sich der Direktor schließlich bereit, den Lokomotivführer später unter gewissen Bedingungen wieder an seinen alten Posten zu setzen. Dieser Entscheid befriedigte aber weder den Gemäßigten noch seine Kameraden, da er die Anerkennung des Urteils gegen den Lokomotivführer, von dessen Unhaltbarkeit jeder — auch der Rechtsbeistand der Organisation — überzeugt ist, in sich schließt. Und so kam es zum Kampf.

Man hätte sich jedoch, diese leichtfertige Maßregelung eines alten unbescholtenen Dieners als die eigentliche Ursache des Ausstandes zu betrachten. Hinter der großen Aufregung, die die Angestellten der Nordostbahn ergriffen hat, steckt ein ganzes System der Drangsalierung und Tyrannei. Es mag schon stimmen, daß die Kampflust der britischen Arbeiter in den letzten Jahren gewachsen ist; aber so leichtsin, wie es die bürgerliche Presse hinstellt, setzen die Arbeiter ihr Brot nicht aufs Spiel. Der Kampf nimmt immer mehr an Ausdehnung zu. Das allein weist darauf hin, daß mehr als die Person des Lokomotivführers Knox auf dem Spiele steht. Zunächst dürfte die Flamme auf das System der Mißlandbahn übergeschlagen, die seit Monaten die Angestellten, die sich in dem Generalstreik des letzten Jahres hervorgehen, terrorisiert. Gestern fand eine große Eisenbahnerversammlung in Sheffield statt, die das Exekutivkomitee des Verbandes aufforderte, sofort den Streik zu erklären, um den bestehenden Maßregelungen Einhalt zu gebieten. Ein Redner führte aus, daß die Gesellschaft offenbar beschloffen habe, die Streikführer nacheinander zu entlassen; es sei daher besser, kämpfend unterzugehen, als das Unheil ruhig zu erwarten.

### Aus der Partei.

#### Parteitag für Ostpreußen.

Am Sonntag, den 8. Dezember, fand in Lissit der sozialdemokratische Parteitag für Ostpreußen statt. Anwesend waren 63 Delegierte aus 12 Wahlkreisen, sowie eine Reihe Gäste, darunter Genosse Haase-Berlin als Vertreter des Parteivorstandes und Genosse Boeske-Berlin als Vertreter des preussischen Landesvorstandes. Obwohl die Veranstaltung eine geschlossene war, da nur Mitglieder des Bezirksverbandes eingeladen waren und eine strenge Kontrolle ausgeübt wurde, sah die Polizei die Veranstaltung doch als eine öffentliche an und „überwachte“ trotz Protestes den Parteitag. Genosse Haase-Berlin hielt ein Referat über die politische Lage und besprach die gegenwärtige äußere und innere Politik. Großen Eindruck erregten unter den ostpreussischen Delegierten seine Schilderungen über den internationalen Kongreß in Basel. Parteisekretär Linde gab den Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes. Bei den Reichstagswahlen sei in Ostpreußen ein Stimmengewinn von 6740 erzielt worden. Er entrollte ein Bild von der mühevollen Agitation, die in Ostpreußen entfaltet worden ist. Am 1. Juli 1912 waren in Ostpreußen 8889 Mitglieder in den sozialdemokratischen Vereinen. Es gibt in Ostpreußen 23 sozialdemokratische Gemeindevorstände, und zwar in Königsberg, Lissit, Memel und Osterode. Mit Hilfe des Parteivorstandes soll jetzt in Ostpreußen eine Wanderbibliothek eingerichtet werden.

In der Debatte über den Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes wurde eine lebhaftere Agitation in der Zeit gewünscht, in der keine Wahlen stattfinden. Insbesondere wünscht man die Anstellung eines besoldeten Parteisekretärs für die Wahlbezirke Lissit, Niederung, Memel-Heddenburg und Raginitz-Billfallen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften hier erstarbt seien, infolgedessen sei auch der Boden für eine politische Bewegung vorhanden. Es wurde ein Antrag angenommen, der den Bezirksvorstand ersucht, zwecks Anstellung einer besoldeten Agitationskraft für die nordöstlichen Kreise der Provinz Ostpreußen (das sind die eben genannten Wahlkreise) in Verhandlungen einzutreten. Weiter wurde der Bezirksvorstand beauftragt, im Winter in den vorgezeichneten Wahlkreisen Diskussionsabende bezw. Bildungskurse zu veranstalten.

Ueber den Punkt Landtagswahlen referierte Genosse Gottschalk-Königsberg. Er beantragte die Annahme folgender Resolution:

„Der Bezirksparteitag fordert die Kreisvereine auf, die Landtagswahlen im nächsten Jahre zu gründlicher politischer Aufklärungsarbeit auszunutzen, überall in Wort und Schrift die entrechteten Volksmassen zur Bekämpfung des geltenden volksfeindlichen Wahlrechts aufzurufen und, wo es möglich ist, unter Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner sich an den kommenden Landtagswahlen zu beteiligen. Er betraut mit der Vorarbeit der Wahlangelegenheiten unseres Bezirkes den Bezirksvorstand, der im Einvernehmen mit den Kreisvereinen zu arbeiten und die Verhandlungen mit dem Zentralwahlkomitee zu führen hat.“

Diese Resolution fand Annahme und der Referent wies darauf hin, daß die Freisinnigen in Ostpreußen mit den Nationalliberalen bereits ein ähnliches Kartell zu den Landtagswahlen geschlossen hätten, wie bei den Reichstagswahlen. Ausgeschlossen hiervon wäre nur Insterburg-Gumbinnen; hier wäre noch keine Einigung zustande gekommen. Die Liberalen werden allem Anscheine nach mit Energie eine Reihe bisher konservativer Mandate umwerben. Ein liberaler Wahlerfolg ist auch in manchen ostpreussischen Wahlkreisen nicht ausgeschlossen. Sie können den Konservativen in einer Reihe Kreise recht unangenehm werden. Die Sozialdemokratie wird auch in einigen ländlichen Kreisen in die Wahlbewegung eintreten. Unter welchen Bedingungen die Unterstützung der Liberalen zulässig ist, wird also auch in Ostpreußen für die Partei praktische Bedeutung gewinnen.

Es wurde dann eine Reihe Anträge zum Statut angenommen. Die Änderungen waren notwendig mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Parteitages in Chemnitz. Darauf erfolgte Schluß des Bezirksparteitages, der einen vorzüglichen Verlauf genommen hat.

### Gemeindevahlen im Elsaß.

Erfolgreiche Gemeindevorstandswahlen fielen unsere Parteigenossen in Bühl (Obereisaß) durch. Beim ersten Wahlgang am Sonntag, den 1. Dezember, wurde von den Kandidaten der drei beteiligten Parteien — es handelte sich um sechs Sitze — keiner gewählt; die Sozialdemokraten standen jedoch an der Spitze mit 194—271 Stimmen, während für die Zentrumsliste 173—234 und für die Liste der „Anabhängigen“ (Liberalen) 100—133 Stimmen abgegeben wurden. Bei der Nachwahl am Sonntag, den 8. Dezember, wurden auf Grund eines sozialdemokratisch-liberalen Wahlabkommens gewählt 3 Sozialdemokraten (mit 313—320 Stimmen) und 2 Liberale (mit 309 und 314 Stimmen), während der vierte Sozialdemokrat mit 273 Stimmen gegen 275, die auf einen Zentrumler entfielen, unterlag.

### Die Arbeiterbewegung auf dem serbisch-türkischen Kriegsschauplatz.

Man schreibt uns aus Belgrad:

In den Gegenden des jetzt zertrümmerten Türkenturks, die vom serbischen Heer besetzt sind, waren Ansätze einer Arbeiterbewegung schon vor einem Jahrzehnte zu bemerken. Gleich nach Proklamtion der türkischen Verfassung (1908) erschienen auch Organisationen.

Wie überall so war auch hier der Streik der erste Organisationsausdruck. In Bitolia brach vor 10 bis 12 Jahren ein Streik aus; die Schutzmänner hatten die Arbeit niedergelegt. Das war ein Ereignis. Die ganze Stadt sprach davon. Bis zum Herbst Polizeipräsidenten kam die Nachricht vom Ausstand der Arbeiter, und er entsandte einen Gendarmen, um sich zu informieren. Nach Rücksicht des Gendarmen fragte ihn der Präsekt:

Was ist es?

Ekmok-kawga, Ellendum! (Kampf um's Brot, mein Herr!) war die Antwort des Gendarmen. Er wußte nichts vom Streik, als einem Mittel des proletarischen Kampfes, begriff aber den Kern, das Wesen des Kampfes.

Der Präsekt beruhigte sich; es handelte sich nicht um einen Aufstand gegen den Staat. Es wären ihm, daß Ekmok-kawga noch nicht eine Gefahr darstellte. (Dem Streik wurde erst vor zwei Jahren gesehlich zu Leibe gegangen, nachdem die Kapitalisten und bürgerliche Kreise einen starken Einfluß erhalten hatten.)

Nach vor der Verfassungspromulgation fiel der Samen des Sozialismus in die dortigen Gegenden. Die Schutzmänner waren die aus Serbien in die Heimat zurückgekehrten Arbeiter. Schon 1907 bekam der Kongreß der serbischen sozialdemokratischen Partei Bläuwünsche und Grüße von den Genossen aus Belgrad, Petisch, Buktscheje. Seit 1908 fanden unsere Literatur und die Belgrader „Arbeiter-Zeitung“ immer größere Verbreitung in vielen Städten Mittelserbiens.

1909 war ein Gründungsjahr. In Nestib (Scopie) und Bitolia wurden Parteioorganisationen und Gewerkschaften ins Leben gerufen. Den ersten Mal dieses Jahres haben die Genossen in Nestib glänzend gefeiert. Von nun an wurde die Arbeiter regelmäßig mit Einstellung der Arbeit und Demonstrationen durch die Stadt bezangen.

In Nestib haben wir folgende Gewerkschaften:

- der Holzarbeiter mit 35 Mitglieder,
- „Schuhmacher“ „ 40 „
- „Schneiderarbeiter“ „ 30 „
- „gemischte Berufe“ „ 150 „

In Bitolia besteht neben der Parteioorganisation auch eine gemischte Gewerkschaft.

In anderen Städten gab es keine Organisation, aber auch dort ist die Arbeiterbewegung im Fluß. Die einzelnen Arbeiter sind mit den Gedanken des Sozialismus durch ein sozialistisch auf redigiertes Blatt die „Sozialistische Morgenröte“ („Socialistacka Zora“) bekannt gemacht. Dieses Blatt erscheint seit 1910 einmal in der Woche als Organ der Parteioorganisation in Nestib.

Zur Parteioorganisation gehören Arbeiter aller Nationalitäten: Serben, Bulgaren, Türken, Albanen. Ein türkischer Genosse, Cadro Tschetschisch, ist ein erfolgreicher Agitator unter den türkischen Arbeitern.

Albanen sind auch in der Arbeiterbewegung vertreten. Schon heute sind die Arbeiterschaften in Albanien recht zahlreich und bieten ein gutes Feld für die Organisation. Man soll nicht vergessen, daß die Albaner auch an dem sozialistischen Meeting teilnahmen (Lucci in Mailand), daß sie in sozialistischen Zeitungen schreiben („Avanti“). Einer der albanesischen Dichter war so begeistert von proletarischem Kampf, daß er auf seiner Seite stand. Das war Vinco Stratigó. Seine Lieder leben noch bei den Albanern (Gemeinde Lungro). Seine Tätigkeit beschränkte sich auf die Jugend. Sein schönstes Lied ist „Proletarier und Soldat.“

In den von Serben eroberten Städten gibt es eine große Zahl Handwerksstätten und Handwerker, und damit Gewerkschafter. Die Umwälzung des Wirtschaftslebens, die erst beginnt, wird einen bedeutenden Proletarisierungsprozeß heraufbeschwören. Die Zahl der bedingten Lohnarbeiter wird immer größer. So werden die Bedingungen der Entwicklung einer Arbeiterbewegung immer mehr geschaffen, wenn auch unter den ungünstigsten Umständen.

Jetzt haben die dortigen Arbeiter einen Lohn von 0,20 bis höchstens 1,50 Fr. Nur die in den modernen und entwickelteren Verzweigungen beschäftigten Arbeiter haben höhere Löhne. Während der Saisonarbeit und in erfolgreichen Unternehmungen sind auch die Löhne etwas höher.

Die Industrie ist nicht entwickelt. Es bestehen einige Ziegelbrennereien (Butamorie) und einige Dampfmüllern (Butamorie, Brestowo, Kumanovo usw.). In Nestib finden wir: 3 Buchdruckereien, 1 Brauerei, 3 Mühlen, 1 Ziegelbrennerei, 1 Holzfabrik, 2 Tabakfabriken, 3 Webereien, 1 elektrische Zentrale für die Beleuchtung der Stadt, 1 Maschinenanlage für Wasserleitung, 1 Lederfabrik. Auch die anderen Städte haben gewisse Industrieunternehmungen.

Die Masse der Bevölkerung kommt als Konsument wenig in Betracht, weil sie nur dürrig lebt. Die Landwirtschaft ist geschwächt und bietet ein klagliches Bild.



# Gewerkschaftliches.

## Sonntagsruhe und Binnenschifffahrt.

Anlässlich der Verhandlungen, welche am 4. Dezember in Berlin zwischen dem Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt und dem Transportarbeiterverband sowie dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer stattgefunden haben, wurde bei Begründung der von den Mannschaften aufgestellten Forderungen auf Einführung von Nacht- und Sonntagsruhe seitens der Arbeiterorganisationen mit ins Feld geführt, daß ein großer Teil der Privatschiffseigner ebenfalls wiederholt für die Einführung von Nacht- und Sonntagsruhe in der Binnenschifffahrt eingetreten sei. Der Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt erklärte dies für unrichtig. Wir sind nun in der Lage, einige längere Ausführungen über diese Materie von dem Vorsitzenden des „Bund deutscher Schiffseigner“ Herrn Direktor Knorr veröffentlicht zu können.

Zu Nr. 26 dieses Jahres „Der deutsche Schiffseigner“ äußert sich Herr Direktor Knorr folgendermaßen über diese für viele Tausende wichtige Frage der Arbeitszeitregelung:

Die Frage der Sonntags- sowie Nachtruhe wird in allen Kreisen der Schifffahrtstreibenden erörtert und es wird bald für, bald gegen dieselbe gesprochen. Bisher haben wir uns weder schriftlich noch mündlich zu dieser Frage äußern können, weil es sehr schwierig ist, im Sommer die Meinung der Wehrzahl der fahrenden Kollegen kennen zu lernen. Aber da diese Fragen für die Schifffahrt von größtem Interesse sind, wollen wir versuchen, durch unsere Presse in Erfahrung zu bringen, wie die Privatschiffseigner in ihrer Allgemeinheit darüber denken und wollen gleichzeitig auch unseren Standpunkt den Mitgliedern des Bundes unterbreiten.

Nachdem wir das Für und Wider von einer sehr großen Anzahl Schiffseigner gehört haben, ist die Ueberzeugung bei uns durchgedrungen, daß die Sonntagsruhe beim Be- und Entladen der Fahrzeuge und ebenso auf den künstlichen Wasserstraßen gleich zu rechnen sind die großen Feiertage. Die Nachtruhe auf den natürlichen und ebenso auf den künstlichen Wasserstraßen müßte mindestens 5 Stunden betragen.

Die Gründe für unsere Vorschläge sind folgende: Die Schifffahrt, die Kaufmannschaft und selbst die Staatsregierung ist der Ueberzeugung, daß die Schifffahrt an Ueberproduktion leidet; es ist zuviel Raum vorhanden, deshalb wird bei günstigem Wasserstande ein Teil der Fahrzeuge ganz ausgeschaltet, während der fahrende Teil für ganz enorm billige Frachten fahren muß. Je schneller nun der Schiffer fährt und je mehr er Reisen macht, desto niedriger stellen sich die Frachten. Denn sobald der Kaufmann seinen Bedarf gedeckt hat, läßt er nur noch zu ganz außergewöhnlich billigen Frachten verladen.

Vorteile von den schnelleren Fahrten haben nur die großen Gesellschaften, welche entweder eigene Produkte verladen können oder diejenigen Gesellschaften, welche große Jahresablässe haben. Weiden ist es angenehm und erwünscht, daß stets ein großes Angebot von Fahrzeugen am Markt ist, um den Frachtlast nach ihrem Ermessen zu regulieren. Wenn sich nun die Schifffahrt durch die Sonntags- und Nachtruhe etwas verlangsamt, so wird dies unseres Erachtens zur Hebung der Frachten dienen und der einzelne Privatschiffer wird keinen Schaden davon haben, sondern Nutzen.

Für die Gesellschaften mit einem großen Schiffspersonal wird die Einführung der Sonntags- und Nachtruhe nicht sehr angenehm sein, denn sie wollen ihr Personal bis auf äußerste ausnützen, was sie jedoch dann nicht in dem Maße können, wie zur Zeit.

Auch den Konsumenten wird es nicht sehr angenehm sein, wenn sie höhere Frachten zahlen sollen. Beide Kategorien wehren sich deswegen verzweifelt gegen die beabsichtigte Einführung der Sonntags- und Nachtruhe und versuchen, durch Eingaben usw. den Reichstag gegen die Einführung zu gewinnen.

Soweit der Artikel des Herrn Direktor Knorr! Aber auch in den letzten Nummern des „Deutschen Schiffseigner“ wird der Lohnbewegung im Elbe-Oder- und Havelgebiet Erwähnung getan. Da finden wir den Hinweis an sämtliche Schiffseigner, daß es auch für die Privatschifffahrt die höchste Zeit sei, zu diesen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

Aus all dem ist ersichtlich, daß nicht nur die im Deutschen Transportarbeiterverband sowie im Zentralverband der Maschinisten und Heizer organisierten Mannschaften der Binnenschifffahrt die verlangte Arbeitszeitregelung anstreben, sondern daß auch große Teile der Schiffseigner dieselbe Lösung für notwendig erkennen.

Vielleicht tragen die Stimmen aus den Kreisen der Schiffseigner dazu bei, den Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt eine etwas andere Meinung von dem Umfange der Bewegung beizubringen.

Ferner veröffentlicht die „Karlsruher Zig.“ einen längeren Artikel über die Arbeitsverhältnisse im Binnenschifffahrtsgewerbe sowie über den derzeitigen Stand der Vorarbeiten zur gesetzlichen Regelung dieser Materie. Die Ausführungen der „Karlsruher Zeitung“ geben genau dasselbe wieder, was wiederholt von den an diesen Fragen beteiligten Arbeitnehmerorganisationen bekannt gegeben ist. Es sind im wesentlichen die Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik, welche gegen Ende des Jahres 1910 an den Reichstanzler erstattet wurden. Auch das wiedergegebene Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes ist daselbe, was seinerzeit die Organisationen schon veröffentlicht haben und welches nur erneut vor der Öffentlichkeit dokumentiert, wie ungemein schädlich die überlangen Arbeitszeiten in der Binnenschifffahrt auf den Gesundheitszustand der Mannschaften einwirken. Betreffs der Rheinenschifffahrt läßt sich die „Karlsruher Zeitung“ folgendermaßen vernehmen:

Auf den ersten Augenblick mag es auffällig erscheinen, daß für die auf dem Rhein verkehrenden Schlep- und Rettendampfer Vorschläge nicht gemacht wurden. Diese Unterlassung erklärt sich aus dem Umstande, daß die Arbeitszeit und Sonntagsruhe im allgemeinen für die Maschinisten und Heizer vertragsmäßig geregelt ist durch Tarife, die zwischen den rheinischen Reedern und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Verbandsmitgliedern Deutschlands abgeschlossen sind; und daß diese Bestimmungen in ihren Wirkungen der ganzen Schifffahrt zugute kommen. Gerade die in den rheinischen Tarifen vereinbarten Bestimmungen über Mindestruhezeit und Sonntagsruhe haben vorbildlich und beweiskräftig gezeigt, daß eine Regelung möglich ist und was für andere Stromgebiete vorgeschrieben werden kann.

Hoffentlich lassen sich bei den kommenden Verhandlungen die Arbeitgeber im Elbe-Oder-Havelgebiet davon überzeugen, daß für diese Stromgebiete eine Arbeitszeitregelung ebenso plangreifbar kann wie auf dem Rhein.

### Berlin und Umgegend.

#### Ein neuer Kellnertarif im Gastwirtsgerwerbe.

Unter dieser Epithete brachten eine Reihe bürgerlicher Blätter dieser Tage die Mitteilung, daß der „Interessenten-Verantw.“ Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln, Inseratenteil verantw.:

Band des Gastwirtsgerwerbes“ mit einer Reihe von Kellnervereinigungen einen Tarif für Kuchhelferstellner abgeschlossen habe. Der „Interessentenverband“, der es sich, wie es in der lauzierten Zeitungsbilanz so schön heißt, zur Aufgabe gemacht hat, „donnernd friedliche Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Gastwirtsgerwerbe herbeizuführen“, auf der einen Seite, als Kontrahent eine Anzahl „wirtschaftsfriedlicher“ Kellnervereine, die im Ernstfalle weder Widerstand leisten können noch wollen. Die Sätze des Tarifs bleiben in mehreren Punkten hinter dem vom Verband der Gastwirtsgehilfen seit vielen Jahren durchgeführten zurück. Im übrigen bedeutet der Tarif ein Geschenk des Scharfmacherverbandes an die gelieblichen Kinder für ihre Brautheit, die sie an den Tag gelegt und die man in Zukunft von ihnen erwartet. Trotzdem wird der Verband der Gastwirtsgehilfen auch die Durchführung dieses Tarifes, der als ein Schlag gegen ihn gedacht ist, überwachen. Er wird vielleicht bald genug in die Lage kommen, für die mit dem Tarif Begünstigten eintreten zu müssen.

### Deutsches Reich.

#### Wahlen zur Privatangestelltenversicherung.

In Stettin waren 13 Listen eingereicht worden, von denen die größeren folgende Stimmen auf sich vereinigten: Freie Vereinigung 613, Verein deutscher Kaufleute 532, Verband für weibliche Angestellte 462, Deutschnationaler Verband 292, Leipziger Verband 287, Technikerverband 286, 56er Kommissarverein 212. Die Freie Vereinigung mit zwei verbundenen Listen erhielt zwei Vertrauensmänner und drei Ersatzmänner, während die neun Listen des Hauptausschusses zwei Vertrauensmänner und fünf Ersatzmänner erhielten.

Im Landkreis Bielefeld wurden für die Liste des Hauptausschusses und der Herren von der Bodelschwinghschen Anstalt 410 Stimmen abgegeben, für die Freie Vereinigung 54. Die Freie Vereinigung erhielt einen zweiten Vertrauensmann, der Hauptausschuss drei Vertrauensmänner, drei erste und zwei zweite Ersatzmänner.

#### Eine Zahlstelle des Landarbeiterverbandes für politisch erklärt.

Die Ortsgruppe Hahnau des Landarbeiterverbandes wurde gemeinsam mit dem Gewerkschaftsartell für „politisch“ erklärt. Eine gegen diese Polizeimeinung eingelegte Beschwerde ist am Sonntagabend vom Regierungspräsidenten in Weignitz glatt abgewiesen worden. Die Behörde geht jetzt gegen die benachbarten Ortsgruppen in gleicher Weise vor.

Voylott über die Halberstädter Wärfchenfabrik von Christian Förster, Joh. A. Waldeyer. Die Verträge, bei der obigen Firma die Differenzen auf gutlichem Wege beigelegt, sind geschlossen. Die angebotene Vermittlung des Bezirkssekretärs Genossen Landeusch blieb unbeantwortet. Inzwischen hat der Inhaber der Firma seine Feindschaft gegen organisierte Arbeiter noch offensichtlicher gezeigt. Das Gewerkschaftsartell am Orte und das Bezirkssekretariat für die Provinz Sachsen und Anhalt nahm am 5. Dezember zu dem Konflikt Stellung und nahm folgende Resolution an:

Die am 5. Dezember tagende Versammlung nimmt Kenntnis von dem rücksichtslosen Vorgehen der Firma Christ. Förster, Joh. A. Waldeyer, gegen die organisierten Arbeiter. Sie betrachtet das Verhalten der Firma nicht nur als eine Enttastung der Kooperationsfreiheit, sondern auch als eine direkte Herausforderung der gesamten organisierten Arbeiterkraft. Die anwesenden Vertreter der organisierten Arbeiterkraft beschließen daher den Voylott über die Firma Christian Förster, Halberstädter Wärfchenfabrik.

Dieser Beschluß war notwendig geworden, weil die Organisationsfeindschaft der Firma immer rücksichtsloser wurde. Laufend wurden organisierte Arbeiter ohne Gründe entlassen; auf die Frage, warum die Entlassungen erfolgten, wurde einfach erklärt: „Ein Grund liegt nicht vor; bei Waldeyer gibt es keine Gründe mehr!“

Die jugendlichen Arbeiter wurden einem Arbeitswilligen unterstellt, der kein Erziehungswerk durch Schläge und Schimpfwörter ausübt, so daß schon Jugendliche die Fabrik freiwillig verließen, um den Nothetten dieses Mannes zu entgehen. Alle Vorstellungen bei der Firma, die Jugendlichen der Obhut eines solchen Menschen zu entziehen, waren vergebens. Den Arbeiterinnen wurde ebenfalls mitgeteilt, „wenn sie nicht aus dem Verbanne austreten, würden sie eine nach der anderen entlassen“. Die Firma sucht jetzt auf andere Wertschaffanten dahin einzuwirken, daß diese auch ihre organisierten Arbeiter entlassen. Alle diese Vorgänge haben zum Beschluß des Voylotts über die Firma geführt. Die Fabrikate der Firma „Halberstädter Wärfchen von Christian Förster“ werden im ganzen Reiche in Kolonialwaren- und Delikatessengeschäften, in Restaurants und Fabrikantinnen, auf Volksfesten und Märkten umgelegt. Einige Abnehmer haben die Etiketts von den Dosen entfernt, um den Ursprung der Ware zu verbergen.

#### Schimpffreiheit für die Christen.

Der sogenannte „Heinrich-Brief“, der bei den Knappschaftswahlen im Ruhrgebiet im Jahre 1910 eine große Rolle spielte, bildete den Gegenstand einer Klage des Arbeitersekretärs Auf der Straße in Bochum gegen den Redakteur Imbusch vom christlichen „Vergnappen“, die am letzten Sonntagabend in zweiter Instanz vor dem Landgericht Essen verhandelt wurde. Anlässlich der erwähnten Wahlen veröffentlichte der „Vergnappen“ bekanntlich unter der Ueberschrift: „Ein neuer Schurkenstreich“ einen Brief, der mit „Heinrich“ unterzeichnet, von einem Dortmund-Führer des alten Verbandes herührte und der Redaktion des Christenblattes auf den Tisch geflogen sein sollte. In dem Briefe war u. a. die Rede von einem gegen den christlichen Führer Effert geplanten Streich, der den Wahlkampf bestimmend beeinflussen sollte. Der „Vergnappen“ begleitete den Brief mit einem Haufen von Beschimpfungen des Bergarbeiterverbandes. Als zwei Verbandsvorstandsmitglieder Einsichtnahme in den Brief verlangten, um den Schreiber festzustellen, verweigerte man sie ihnen. In einer bald darauf abgehaltenen Versammlung ernannte Imbusch, daß ihm der Verfasser mit Namen bekannt sei. Auf die von Verbandsseite ausgesprochene Behauptung, der Brief sei eine plumpe Fälschung, entgegnete Imbusch: „Kameraden, ich will ein Lump sein, wenn ich von einem gefälschten Briefe Gebrauch mache.“ Nachdem der „Vergnappen“ schließlich wenige Tage vor der Wahl das Faktum des Briefes brachte, suchte man es dem Verbanne nach vorzuenthalten, indem die Anstaltsreplare später erpediert wurden. Schließlich veröffentlichte Imbusch am Tage der Wahl ein Flugblatt: „Briefschreiber gefunden“, in dem erklärt wurde, ein früherer Arbeitskamerad von dem Arbeitersekretär Heinrich Aufderstraße habe diesen als Briefschreiber erkannt. Letzterer erhob denn Privatklage, die sich durch die umfangreiche Beweisaufnahme sehr in die Länge zog. Die eingehaltenen Gutachten fielen so ungünstig für Imbusch aus, daß er nicht mehr wagte, den Wahrheitsbeweis zu führen, sondern sich darauf beschränkte, zu beweisen, daß er im guten Glauben gehandelt habe. Außertrage schied also als Briefschreiber ganz aus. Es wurde festgestellt, daß der Brief mit verstellter Handschrift geschrieben und manches auf Franz Hügdes, einen christlichen Sekretär, anderes auf Imbusch, noch mehr aber auf den Gewerkschaftssekretär Vogelsang schließen ließe. Letzterer wurde auch in der ersten Instanz nicht verurteilt.

Das Gericht erkannte wegen der schweren und leichtfertig ausgesprochenen Behauptung auf 500 Mark Geldstrafe, wogegen Imbusch Berufung einlegte. Die jetzige Verhandlung ergab im wesentlichen dasselbe Resultat wie die frühere. Festgestellt wurde, daß die Behauptungen des Imbusch in bezug auf Aufderstraße bloße Vermutungen von Reuten waren, mit denen Imbusch selbst nicht gesprochen hatte. „Geheimrat“ Vogelsang schwor seine Verfälschung ab.

Trotz der gleichen Ergebnisse der Beweisaufnahme kam das Essener Gericht unbegrifflicher Weise zur Freisprechung des Imbusch. Seine Behauptung im Flugblatt wäre zwar nicht erwieslich wahr. Das Gericht habe ihm aber den Schutz des § 183 zugebilligt. Eine Verurteilung müsse erfolgen, wenn ein Zusammenhang zwischen dem „Vergnappen“-Artikel und dem Flugblatt bestände. Das habe das Gericht verneint, so daß Freisprechung erfolgen mußte.

Das Urteil bedeutet Schimpf- und Verleumdungsfreiheit für Leute, die sich nicht genug darüber entrüsten können, wenn sie einmal etwas unanständig angepaßt werden und die wegen jeder Lappalie zum Kadi laufen.

Die Aussperrung in der Metallindustrie zu Mendon ist zur Lausache geworden. Seit Montag früh haben die Unternehmer ausgesperrt. Die Stimmung der christlichen Arbeiter in den letzten Versammlungen am Vorabend des Kampfes war nicht gerade begeistert. In den Versammlungen teilten die christlichen Gewerkschaftsführer mit, daß jeder Aussperrte, der bis zum letzten Arbeitstag, dem Sonntagabend voriger Woche, sich dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen habe, während des Kampfes unterstützt werde. Daß die Christen dies tun, beweist, daß sie die Situation für recht schwierig halten. Von der Aussperrung sind etwa 2000 Arbeiter betroffen. Der christliche Metallarbeiterverband hat im Aussperrungsgebiet rund 1200 Mitglieder. Alle Betriebe, die dem Arbeitgeberverein angeschlossen sind, haben bis zu zehn Prozent der Arbeiter ausgesperrt.

Ueber die Fischdampfer von Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham ist wegen Tarifbruchs die Sperre verhängt. Das Maschinenpersonal der Fischdampfer glaubte, daß während der Dauer des abgeschlossenen Tarifvertrages der Friede gewahrt sei und niemand dachte daran, daß die Fischdampferreeder nach so kurzer Zeit, ohne irgendeinen Grund hierfür zu haben, einen Tarifbruch begehen würden. — An das gesamte Maschinenpersonal, Maschinisten, Assistenten, Oberheizer und Heizer der Schifffahrt ergeht daher die Aufforderung, strengstens die Fischdampfer der Weser zu meiden.

## Die Balkankrise.

### Türkische Friedensbedingungen.

Konstantinopel, 10. Dezember. Von maßgebender türkischer Seite wird dem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau erklärt, es sei sicher, daß die Türkei keinen Frieden schließen werde, wenn nicht Adrianopel, und zwar als Festung, türkisch bleibe. Außer der an der Tschataldschalinie versammelten Armee übten ausgedehnte Rekruten- und Ersatzreserven in Konstantinopel. Ferner seien noch mehrere vollständige Divisionen aus Anatolien unterwegs, über deren Stärke und Bewegung strengstes Stillschweigen bewahrt werde. Die Türkei würde sich daher bei eventuellem Abbruch der Verhandlungen mit sehr ansehnlicher Macht dem Feind gegenüber befinden.

### Rumänien und die albanische Frage.

Bukarest, 10. Dezember. (B. C.) Es scheint, als ob man in Regierungskreisen von neuem eine lebhaftere Tätigkeit Rumäniens in der albanischen Frage wünscht. Dieselben Kreise, die von 1900 bis 1905 den Feldzug zum Schutz der Autowallachen geführt haben, beschäftigen jetzt wiederum gegen jede Grenzregulierung zu protestieren, die die Autowallachen den Griechen ausliefern würde. Man will für die Autowallachen durchaus eine Garantie der Großmächte haben und man wünscht aus diesem Grunde, daß Albanien ein autonomer Staat werde, der nur der Gesamtheit der Großmächte unterstehen solle.

### Massenopfer der Cholera.

Konstantinopel, 10. Dezember. (B. T. B.) Gestern und heute sind hier 200 Cholerafälle vorgekommen, wovon 30 tödlich verlaufen sind. Weitere 84 Todesfälle beziehen sich auf früher vorgekommene Choleraerkrankungen.

## Letzte Nachrichten.

### Der neue Kriegsminister.

Wien, 10. Dezember. (B. T. B.) Wie die „Militärische Korrespondenz“ erfährt, ist die Ernennung des Feldzeugmeisters von Kroatien zum Kriegsminister bereits erfolgt. Ihre Veröffentlichung dürfte morgen erfolgen.

### Zur Erneuerung des Dreibundes.

Paris, 10. Dezember. (B. C.) Der „Temps“ meldet aus Rom, daß nach einer offiziellen Note der Dreibund nur auf sieben Jahre erneuert worden ist. Diese Auslegung erfährt folgende Richtigstellung: Der Dreibund ist bis zum Jahre 1920 erneuert worden. Wenn aber bis zu diesem Termin der Vertrag von einer der drei Regierungen nicht gelöst worden ist, wird er noch weitere sechs Jahre fortauern. In Wirklichkeit besteht also der Vertrag auf 12 Jahre.

### Annahme des französischen Kadergesetzes.

Paris, 10. Dezember. (B. T. B.) Deputiertenkammer. Nachdem sich nach der früheren Kriegsminister Messimy für das Kadergesetz ausgesprochen hatte, das in seinem ersten Artikel die Zahl der Infanterieregimenter auf 173 festsetzt, wurde das Gesetz durch Handheben angenommen und die Sitzung geschlossen.

### Vertagung der Kommission der Zuckerunion.

Brüssel, 10. Dezember. (B. T. B.) Die ständige Kommission der Zuckerunion hat ihre Arbeiten heute vollendet. Sie hat beschlossen, in der im Mai stattfindenden Tagung die Wahrgelien zu untersuchen, die England ergreifen will, um die der Union angehörenden Staaten gegen die Einführung von raffiniertem Prämiensucker nach England zu schützen. Die Kommission hat darauf ihrem Präsidenten Capelle, der seit zehn Jahren die Präsidenschaft führt und heute die hundertste Sitzung leitete, als Zeichen ihrer Anerkennung einen Kunstgegenstand überreicht.

### Ein Luftmord.

Hofstede (Landkreis Dortmund), 10. Dezember. Hier wurde ein 14-jähriger Schulknabe erhängt aufgefunden. Die Leichenöffnung hat Merkmale dafür ergeben, daß der Junge, nachdem ein Verbrechen an ihm begangen war, ermordet worden ist. Ein der Tat verdächtiger junger Mann wurde bereits festgenommen, ein zweiter wird noch gesucht. Die erregte Menge wollte den Verhafteten, als er zum Gefängnis abgeführt wurde, lynchen.



Reichstag.

82. Sitzung, Dienstag, den 10. Dezember 1912.

Am Bundesratlich: Dr. Lisca, Dr. Delbrück, v. Seeringen. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr und teilt mit, daß der Abg. v. Salem (Sp.) sein Mandat niedergelegt hat.

Kurze Anfragen.

Abg. Schiffer (natl.) fragt an: Gedenkt der Herr Reichskanzler noch vor der allgemeinen Reform des Strafrechts gelegentliche Maßnahmen herbeizuführen, um einen wirksamen Schutz gegen Verbrecher zu gewähren, die wegen Geisteskrankheit außer Verfolgung geblieben oder freigesprochen worden sind?

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisca: In dem Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch und auch in den Arbeiten der Strafrechtskommission sind verschiedene Maßnahmen zum Schutze der Gesellschaft gegen verbrecherische Personen vorgesehen. Zu diesen Maßnahmen gehört die Verwahrung verbrecherischer Täter, die wegen ihres Geisteszustandes freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt worden sind, die Verwahrung in Heil- oder Pflegeanstalten. Diese Verwahrung kann vom Strafrichter angeordnet werden, wenn die öffentliche Sicherheit diese Maßregel erfordert. Bei dem vorgeschlagenen System der Sichernden Maßnahmen handelt es sich um eine grundsätzliche und einschneidende Neuerung gegenüber dem geltenden Strafrecht. Die dabei entscheidenden Fragen können aber nur im Zusammenhang und nicht als eine einzelne Maßregel erörtert werden. Deshalb ist nicht beabsichtigt, die bestehenden landesrechtlichen Bestimmungen wegen Unterbringung verbrecherischer Täter noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs durch reichsgesetzliche Maßnahmen zu ergänzen.

Abg. Jehrenbach (Z.) fragt an: In Freiburg im Breisgau hat in der Woche vom 2. bis 6. Dezember d. J. in der städtischen Festhalle entsprechend bisheriger Übung ein Jesuitenpater Vorträge gehalten mit den Themen: Gott, Mensch, Gottmensch, des Gottmenschlichen Wert, des Gottmenschlichen Liebe. Am 6. Dezember d. J. wurde nun dem betreffenden Vater eine Verfügung des Großherzoglich Badischen Kultusministeriums eröffnet, des Inhalts: „daß religionswissenschaftliche Vorträge von Jesuiten verboten seien und in Zukunft nicht mehr gehalten werden dürfen.“ Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um seine Erklärung in der 77. Sitzung des Reichstages vom 4. Dezember d. J.: „Die bestehende Praxis oder die bestehende Handhabung des Gesetzes zu ändern, ist nicht Zweck und Absicht des jetzigen Bundesratsbeschlusses“ und jene des Herrn Staatssekretärs des Reichs-Justizamts in der 79. Sitzung vom 6. Dezember d. J.: „Was die Auslegung selbst anbetrifft, so ist Ihnen ja versichert worden, daß die jetzige Auslegung in keiner Weise eine Verschärfung der früheren Verordnung sein soll. Sie will keine Verschärfung und es wird sich auch in der Praxis ergeben, daß tatsächlich irgend eine Verschärfung nicht eintreten würde.“ hiergegen zur Geltung zu bringen?

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisca: Dem Reichskanzler ist der Vorgang, auf den sich die Anfrage bezieht, nur aus der Tagespresse bekannt. Zur Beurteilung bedarf es einer genaueren Kenntnis des Sachverhalts. (Zuruf im Zentrum: Gibt es denn kein Telefon?) Der Reichskanzler hat sich an die Großherzoglich Badische Regierung mit der Bitte gewandt, die in Betracht kommenden Tatsachen festzustellen.

Abg. Jehrenbach (Zt.) zur Ergänzung: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das badische Ministerium des Inneren eine Versammlung verboten hat, die für morgen abend in Forzheim geplant war und in der auch die Rede eines Jesuiten?

Präsident Dr. Kaempf: Das ist keine Ergänzungsfrage sondern eine neue Frage. (Sehr richtig! links, Unruhe im Zentrum.)

Die Koalitionsfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Eine Interpellation Dr. Ablas (Sp.) lautet: „Was gedenkt der Reichskanzler angesichts der Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, insbesondere der in deutschen Militärarbeiterverbänden Organisierten zu tun, um das durch die Reichsgesetzgebung gewährleistete Koalitions- und Vereinsrecht der Angestellten und Arbeiter gegen solche Angriffe zu sichern?“

Die Interpellation wird begründet vom Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Ein klassisches Beispiel für die Rücksichtslosigkeit, unter der die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter zu leiden haben, ist die Unterdrückung des deutschen Militärarbeiterverbandes. Durch Erlaß vom 8. August 1912 wird der Verband zwar nicht direkt verboten, wohl aber wird jede Tätigkeit zugunsten des Verbandes verboten. Ganz allgemein aber ist der Erlaß als striktes Verbot aufgefaßt worden. Die Sünde des Verbandes war, daß er nicht für die konservative Partei agitierte; das ist der wahre Grund für das Vorgehen gegen den Verband. In einem Briefe, den der Kriegsminister gestern an mich geschrieben, sagt er, der Erlaß sei nur von vier Dienststellen fälschlich als ein Verbot des Verbandes aufgefaßt worden; diese seien rektifiziert worden. Ich frage den Kriegsminister, wann und wo? Niemanden ist etwas davon bekannt geworden. (Hört! hört! links.) Weiter sagt der Kriegsminister in seinem Briefe, nur sechs Ortsverbände hätten sich aufgelöst, und auch diese nicht zufolge des Erlasses, sondern weil sie mit der Zeitung und dem Ton des Organs des Verbandes unzufrieden waren. Das ist eine ganz beweislose Behauptung. Der Kriegsminister fährt dann fort, daher liege kein Grund für ihn vor, den Erlaß näher zu erläutern. Wenn auch nur ein einziger Fall ungezügelter Auslegung sich ereignet hätte, hätte der Kriegsminister die Pflicht gehabt, eine nähere Erläuterung des Erlasses zu geben. (Lebhafte Weisung links.) Die Behauptung des Kriegsministers ist aber nicht nur beweislos, sondern falsch. Der Verband hat über ein Drittel seiner Mitglieder verloren, seine Vermögensschädigung beträgt 15 000 M., lauter Arbeitergroßen. In Spandau ist die Verfolgung des Verbandes besonders schroff, obwohl er sich peinlich jeder politischen Betätigung und von jeder Agitation im Betriebe fernhält. Der konservative Wahlverein dagegen agitiert ungehindert in den Betrieben. (Hört! hört! bei der Sp.) Und da wagt ein Konservativer im preussischen Abgeordnetenhaus zu sagen, die Konservativen laufen keinem Wähler und keinem Beamten nach. Sie haben das nicht nötig, denn der ganze amtliche Apparat arbeitet für sie. (Sehr richtig! bei der Sp.) — Der Militärverwaltungspolitik sei es nicht, daß der Verband in München seinen Sitz hat, wo eine solche Warnung vor dem Verband nicht bekannt ist; hoffentlich findet das preussische und sächsische Beispiel nicht auch in Bayern Nachahmung. Weiter ist es der Militärverwaltung nicht recht, daß als Vorsitzender ein unabhängiger Mann fungiert. Der Verband kam der Verwaltung weit entgegen und wollte einen zweiten Vorsitzenden in Spandau wählen; die Verwaltung lehnte das ab, weil die Arbeiter eben auch hier einen unabhängigen Mann aufstellen wollten. Die Arbeiter wollten über ihre Wünsche stets in vertrauensvoller Weise mit der Verwaltung verhandeln, und es ist sehr bedauerlich, daß die Verwaltung das stets zurückgewiesen hat. Mit dem falschen militärischen Schneid jagt man nur noch den letzten Militärarbeiter der Sozialdemokratie zu. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei.) Das Koalitionsrecht besteht zu Recht, und wir müssen die Angriffe dagegen zurückweisen. Es muß festgestellt werden, daß der Militärarbeiterverband die Verletzung für ihn erlaubt ist, mit aller Schärfe muß gegen jeden vorgegangen werden, der den Verband in ungezügelter Weise unterdrückt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Aber nicht nur bei der Militärverwaltung haben wir ein solches Vorgehen. Ein typisches Beispiel ist das Vorgehen gegen den Berufsfeuerwehrverband und den Verein Berliner Feuerwehrlente. Man hat das Zusammensein der Chargierten mit den Mannschaften in demselben Verein als der Disziplin zuwider bezeichnet. (Hört! hört! links.) Der Zwang zum Austritt aus dem Verein, den der Branddirektor ausgeübt hat, ist ein direkter Mißbrauch der Amtsgewalt. Der preussische Minister des Inneren hat gesagt, Disziplinarrecht geht vor Vereinsrecht. (Sehr richtig! rechts.) Mit Ihrem „Sehr richtig“ beweisen Sie mir, daß Sie keine Ahnung von Vereinsrecht haben. Der Satz „Rechtsbrecht bricht Landesrecht“ gilt auch für den § 1 des Vereinsgesetzes und deshalb müssen die Disziplinarregeln mit ihm in Übereinstimmung stehen oder gebracht werden. Deshalb haben wir auch jederzeit den sozialdemokratischen Antrag, der das Disziplinarrecht bei dem § 1 des Vereinsgesetzes ausdrücklich nennen wollte, als überfällig abgelehnt. Der damalige Staatssekretär des Inneren, der jetzige Reichskanzler, führte ausdrücklich aus, dem Beamten seien nur Vereine und Bestrebungen verwehrt, die dem Wesen des Beamtentums zuwider seien. Er meinte damit sozialdemokratische Vereine und Bestrebungen. Widerspruch es aber dem Wesen des Beamtentums, wenn Chargierte und Mannschaften demselben Verein angehören? Das wird doch niemand behaupten wollen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Der Abg.

werden. Große geschichtliche Begebenheiten haben sich in dem Gebäude nicht zugetragen. Es ist aber bemerkenswert, daß Karl I. der den Palast sehr vergrößerte, von hier aus an dem kalten Wintermorgen im Jahre 1646 den Weg durch den Park nach Whitehall antrat, um der Kottwendigkeit zu entgehen, fiederhin eine Krone zu tragen. Vielleicht werden auch die Kaiserfürsten sagen: Absit omen (möge es kein schlimmes Vorzeichen für uns sein).

Im Kampf gegen die Modeschwerverei. Die Führerin der amerikanischen Suffragettes Frau Carrie Chapman Catt hat der Mode den Krieg angekündigt. Sie hat ihre Befolgenschaft aufgerufen, ihre Hüte zu verbrennen, ihre Korsetts zu zerreißen und statt der Röde Weinkleider anzulegen. Denn es ist hohe Zeit, daß die Amerikanerinnen sich von der unwürdigen Schwerverei der Röde befreien und sich lossagen von jenen bei jedem Schritt hin und her wallenden Draperien, die einem die Hüftigkeit der Frau so klar vor Augen führen. Ist doch in dieser Beziehung sogar das alte China dem modernen Amerika voraus. Denn die Begeisterung der Suffragettes für die Weinkleider stammt aus dem fernen Osten, dort sah sie die Töchter des Himmels statt der Röde Weinkleider tragen und dabei kam ihr die Erleuchtung. Denn diese ästhetische Frauenkleidung, die für amerikanische und auch für europäische Zwecke im Schnitt etwas verändert werden könnte, sei das gefälligste, hygienische, bequemste und zugleich künstlerischste Gewand, das eine Frau anlegen könnte. Schon ist die Amerikanerin mißgestaltet, ihr Rücken gekümmert, ihre Hüften entstellend von Korsetts und Kleidern, die ihrer Gestalt nicht entsprechen. Wir glauben, wir seien schön, aber wir sind es nicht, wenn wir uns mit der natürlichen Grazie unserer chinesischen Schweftern vergleichen. Ihnen gestattet ihre Kleidung leichte und anmutige Bewegungen. Sie sind schmiegsam und beweglich und können jede Muskel ihres Körpers spielen lassen, ohne eine Anstrengung zu verspüren. Die Amerikanerin von heute aber ist ebenso wie ihre europäische Schwester nur noch ein Gefäß, auf das die Schneider ihre Einfälle hängen. Aber der Streuzug für die Weinkleider geht nicht nur gegen die Röde; vor allem soll der Gut der Frau fallen. Hüte sind vollkommen zwecklos. Die Frauen anderer Länder verbergen nicht ihr Haar unter unförmigen schweren und oft grotesken Einfällen der Hutmacherinnen und sie fühlen sich wohl und glücklich. „Laßt uns unsere Unabhängigkeit von den Modeschwerverei beweisen. Das Geld, das wir für Hut und Hüte ausgeben, können wir der Bewegung für Frauenstimmrecht zuwenden. Und der Welt würden wir damit unsagbar viel Gutes zufügen, besonders aber unserem Geschlecht.“

Eine Flugmaschine für sechs Personen. Eine kühne und — wie die Versuche zeigen — erfolgreiche neue Erfindung der Flugzeugtechnik hat in diesen Tagen in Paris seine erste Feuerprobe bestanden: eine große Flugmaschine, die inlande ist, bei ihren Flügen sechs Personen sicher durch die Lüfte zu führen. Dieser eigenartige Fliegerombibus ist von Felix Boisin konstruiert und unterscheidet sich in seinen Formen sehr wesentlich von allen bisher bekannt gewordenen ähnlichen Konstruktionen. Der Apparat ist ein Zweifelder

von 12 Meter Länge und 2 1/2 Meter Flügelbreite. Die Tragflächen umfassen zusammen 46 Quadratmeter, während der Motor 200 Pferdekraft entwickelt. Am interessantesten aber ist die Gondel dieses neuen Apparates. Sie liegt unterhalb der mittleren Tragflächen und besteht aus einem ganzen Boote, das in seiner schlanken Formgebung und dem weit vordringenden steilen Bug stark an Motorremboote erinnert. Diese Gondel ist 6 Meter lang, in der Mitte aber sehr stark nach der Breite entwickelt; in der Tat beträgt die Breite in ihrer höchsten Entwicklung 2 1/2 Meter. Im Innern ist dieses Boot in Abteilungen gegliedert; der Pilot hat seinen Platz am Vorderende; dahinter befinden sich die Plätze für die Passagiere. Das ganze Flugzeug wiegt 2000 Kilo, ist damit das schwerste Aeroplan, das bisher aufgestiegen ist. Die praktischen Versuche, die in diesen Tagen mit diesem neuen Verkehrsmittel vorgenommen wurden, haben vollauf befriedigt. Das Flugzeug erhob sich mit seinen sechs Passagieren schnell und sicher in die Lüfte und erreichte dann ohne Schwierigkeit eine Geschwindigkeit von 110 Kilometer in der Stunde.

Notizen.

Ballot im Reichstage. Wie die Ausschüßungskommission des Reichstages beschlossen hat, soll dort eine Wüste des Erbauers des Reichstagsgebäudes aufgestellt werden.

Die künstlerische Leitung des Lessingtheaters haben im Einvernehmen mit Dr. Bruns Erben Rudolf Ritter und Willi Brunwald übernommen. Sie wollen in Dr. Bruns Sinne den von ihm festgelegten Spielplan in dieser Saison durchführen. Ritter, der sich schon seit Jahren von der Bühne zurückgezogen hat, kehrt damit schon jetzt zur Bühne zurück, deren entscheidende Kraft er so oft gewesen ist. Er gehört wie Brunwald zu den Sozialisten, die vorzüglich aus den Mitgliedern des Lessingtheaters sich rekrutieren und ihr eigenes Theater gründen werden. Was im Lessingtheater in der nächsten Saison geschieht, ist noch unentschieden, insbesondere ob das Theater der Sozialisten vor seiner Wiedereröffnung in die kürzestmögliche Zeit nach im Lessingtheater seine Tätigkeit beginnen kann oder will.

Karl Justi, der Rektor unserer Kunsthistoriker und einer der Begründer dieser Wissenschaft, ist im 81. Lebensjahre in Bonn gestorben, wo er bis 1901 als Professor gewirkt hatte. Im Zeitalter des wissenschaftlichen Spezialismus, da jeder Forscher nur noch ein paar Jahrzehnte der Geschäfte beherrscht und die Wissenschaft Gefahr läuft, im Rohmaterial zu erstarren, wirkte dieser universal gerichtete Gelehrte als ragende Säule vergangener Art. Justi war einer der letzten Vertreter eines gebildeten, vielseitigen und doch wieder in eins gestaltenden Wissenschaftsbetriebes, wie er immer seltener wird. Mit Meisterhand hat er ganze Kulturepochen umspannt und ihre führenden Männer im Rahmen ihrer Zeitverhältnisse dargestellt. Wir verdanken ihm zwei klassische Werke: das über Windelmann, den begeisterten Schüler griechischer Kunst, und das über Velasquez, den großen spanischen Maler. Rucillo und Michelangelo hat er in anderen Werken behandelt, die gleichfalls den weiten historischen Blick bezeugen.

Kleines feuilleton.

„Musikalische Unterhaltung.“ Von Zeit zu Zeit macht sich die Wirklichkeit das Vergnügen, die Schatulle der Blätter zu überhellen. Heute morgen flatterte uns der neueste illustrierte Katalog eines großen reichshauptstädtischen Bijouteriegeschäfts ins Haus. Unter anderem werden darin zum Kaufe einige höchst originale Neuheiten angeboten, die anscheinend bestimmt sind, den starken musikalischen Bedürfnissen des deutschen Volkes entgegenzukommen. Der Fabrikant, der die angebrachten neuen Artikel erriem, will, daß die Kontur unser Leben in allen Lagen und Situationen begleiten und verklären soll. Wir lesen im Katalog unter der Rubrik „Musikalische Unterhaltung“, Nr. 80329: „Toilettenarmgarnitur, Mahagoni, poliertes Holzblech mit Papierrolle. Sobald Papier abgerollt wird, ertönt ein Musikstück. Passt für jede Originalpapierrolle.“ Aber der lustigste Artikel ist die reißende musikalische Korbhüte, die erriem hat, geht in seinem Bestreben, die Kunst in den Alltag zu führen, noch weiter und hat ein musikalisches Stuhlklissen erriem, „das törende Stuhlklissen, kein gearbeitetes Klissen aus gutem Gobelinstoff.“ Dies Klissen ertönt uns Caruso, denn beim Anlehnen ertönen verschiedene Stimmen laut, was größte Lieberachtung und Heiterkeit über die sich setzende Person hervorruft, 38 Zentimeter lang.“ So vermählt sich das Praktische mit der Kunst, die Kunst mit dem Humor und der Humor mit dem Leben. Etwas grauam wird dieser Humor freilich, wenn er eine 20 Zentimeter lange naturgetreue Nachahmung eines Damenbeines als reizendes Korbklissen empfiehlt, „Wein in schwarzem Strumpf mit weichen Seidenvolant.“ Der Strumpf ist natürlich durchbrochen; und der Seidenvolant erhebt selbstverständlich noch das pikante Vergnügen, in die Waden dieses Korbklissens mit satanischer Freude hineinzupfeifen. . . .

Dieser geriffene Fabrikant kennt offenbar die Bedürfnisse seines Publikums, das gern gebildet scheinen will und auch für die Kunst etwas übrig hat: für die Austerlitz der Geschmackslosigkeit und der Hausgrenze.

Der St. James-Palast. Die Friedenskonferenz der Balkanstaaten soll in London im St. James-Palast tagen. Es ist dies ein merkwürdiges Gebäude im Westen der Stadt, ein Stück Mittelalter, das ganz und gar nicht mit der Reuzzeit zusammenstimmen will. Die Fremden sind nicht wenig überrascht, wenn sie durch die St. James-Street aus dem eleganten Trabel Piccadilly kommend, plötzlich den aus roten Ziegeln gemauerten Torweg des Palastes vor sich sehen. Dieser Torweg ist einer der wenigen Reste des ursprünglichen Baues, den Heinrich VIII., der königliche Blaubart, von dem deutschen Meister Holbein aufbauen ließ. Anfangs stand an der Stelle ein Spital für Aussäugige, das dem Heiligen St. James geweiht war. Daher der Name St. James-Palast, der heute besonders deshalb bekannt ist, weil noch immer die Gefandten dem Hofe zu St. James akkreditiert



aufhören, bis die Regierung zu Karerer Einsicht über den Begriff des Koalitionsrechts gekommen sei. Ich habe heute den Eindruck gehabt, daß diese Debatten doch nicht ganz überflüssig gewesen sind insofern, als ich fand, daß Herr Dr. Müller-Meinungen sich meiner Auffassung von der Bedeutung des Gesetzes erheblich genähert hat. (Große Zustimmung.) Ich höre hier von einem geschlecht gewährleisteten unbeschränkten Koalitionsrecht reden, das sich auf die §§ 152, 153 und 155 der Gewerbeordnung und den § 1 des Vereinsgesetzes stützt. Aber diese Gesetzesstellen können als Quellen der Koalitionsfreiheit nicht gelten. Das Recht zu vereinigen und zu versammeln ist der Ausfluß der persönlichen Freiheit, die ein Attribut des modernen Rechtsstaats ist. Diese Vereinsfreiheit ist aber naturgemäß beschränkt, sie bedarf der reglementierenden Hand des Staates. In beinahe allen Rechtsgebieten finden Sie Bestimmungen, die die Vereinsfreiheit in der einen oder anderen Rücksicht beschränken. Vor allem ist durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht befreit die Möglichkeit, die Koalitionsfreiheit im Wege des Privatvertrages zu beschränken. Das Reich hat auch verschiedentlich eingegriffen in die Vereinsfreiheit, z. B. der Offiziere und auch der Arbeiter. Jede individuelle Freiheit hat ihre Grenze in allgemeinen Interessen und in gleichen Rechten anderer Koalitionsbeschränkungen der Arbeitgeber, die über die Wahrung ihrer berechtigten Interessen nicht hinausgehen, fallen nicht unter die Verträge, die gegen die guten Sitten verstoßen. Weiter kommt § 1 des Reichsvereinsgesetzes in Betracht. In dessen Auslegung welche ich von den Interpellanten ab. In ihm ist nur gesagt, daß das Recht aller Reichsangehörigen, sich zu vereinigen, vom polizeilichen Standpunkt aus nur beschränkt werden darf, soweit das im Gesetz selbst ausgedrückt ist. Es wurde bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes ausdrücklich betont, daß daraus nicht gefolgert werden dürfe ein schrankenloses Koalitionsrecht. Es ist auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der § 1 nicht geeignet sei, das Recht der Vorgesetzten gegenüber den Beamten zu beschränken. Gewiß hat mein Amtsvorgänger gesagt, das Gesetz schließe auch den Beamten. Gewiß, die Polizei kann ihm keine anderen Beschränkungen auferlegen als jedem anderen; aber nicht getroffen werden durch den § 1 die Rechte des Vorgesetzten und des Staates (Munke links). Der Beamte tritt freiwillig in den Dienst des Staates und damit unterwirft er sich (Zuruf bei den Sozialdemokraten; der Bevormundung) den gesetzlichen in der Tradition begründeten Beschränkungen. (Sehr richtig; rechts) Selbstverständlich besitzt der Beamte die Vereins- und Versammlungsfreiheit wie alle anderen Staatsbürger. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber wehe ihm, wenn er sie ausübt.)

Was ergeben sich nun für Konsequenzen für die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe? Als Regel wird gelten müssen, daß der Staat im Wege des Vertrages Einschränkungen nicht eintreten läßt, die den guten Sitten zuwiderlaufen. Da nun aber der Staat in diesen Fällen nicht wirtschaftliche Interessen zu vertreten hat, sondern öffentliche Interessen, so ergibt sich daraus, daß der Staat das Koalitionsrecht soweit beschränken können muß, auch im Wege des Arbeitsvertrages, als es notwendig ist, die Zwecke der einzelnen Betriebe, die Aufgaben des Staates zu erfüllen. Daraus ergibt sich, daß jede Betätigung eines Vereins unterhandelt werden kann, die die Betriebsfertigkeit, die Leistungsfähigkeit solcher Betriebe gefährden könnte, die öffentlichen Interessen dienen, wie z. B. die Reichs-Verkehrsanstalten öffentliche Einrichtungen zur Versorgung mit Wasser, Elektrizität usw. Ebenso müssen die Heeres- und Marineverwaltung das Recht haben, ihre Arbeiter von einer Vereinsbetätigung auszuschließen, die geeignet sein könnte, die Leistungsfähigkeit und Schlagfertigkeit ihrer Betriebe im gegebenen Augenblick zu schädigen. Weiter liegt es im Wesen des Staats, daß Staatsbetriebe in der Lage sein müssen, das Koalitionsrecht soweit zu beschränken, als seine Betätigung im gegebenen Falle im Widerspruch stehen würde mit den Zwecken und der Sicherheit des Staates. Das Maß der Beschränkungen wird in den verschiedenen Betrieben verschieden sein müssen, denn aber das Notwendige soll sie nicht überschreiten. — Der Vertrag eines königl. preussischen Salzbergwerkes hat der Abg. Müller als dem geltenden Recht zumider bezeichnet. In diesem Falle hat aber der preussische Handelsminister sofort Remedur eintreten lassen. Die weitestgehend die Regierung ist, ergeben Sie daraus, daß Herr v. Tschirch heute nicht hat bekommen zu sollen geglaubt, weil er noch nie Veranlassung gehabt hat, einen Verein zu unterbinden. — Der vom Abg. Dr. Müller vorgeführte Erlaß des preussischen Eisenbahnministers ist hier bereits besprochen und von der großen Mehrheit gebilligt worden. — Weiter hat der Abg. Dr. Müller und als Unterlassungsstände vorgeführt, daß wir die Gewerkschafts-Engländer nicht zum Anschlag genommen haben, gegen die darin liegenden Eingriffe in die Organisations- und Vereinsfreiheit der Angestellten und Arbeiter einzuschreiten. Auf die Eingriffe der Engländer gehe ich nicht ein; wenn sie aber sagt: Soziale Fragen sind nicht rein wirtschaftliche und politische Fragen, sondern berühren auch kirchliche und religiöse Fragen, so werden Einwände dagegen nicht erhoben werden können. Die Engländer stellen also nicht einen rechtswidrigen Eingriff in das geschlecht gewährleistete Koalitionsrecht dar. Gewiß kann es notwendig werden, daß die staatlichen Behörden sich mit den kirchlichen Organisationen verständigen; das kann aber nur auf diplomatischem Wege geschehen. Eine derartige Einwirkung ist auch aus Satzung des Streites der christlichen Gewerkschaften erfolgt. Der Reichstanzler hat aber die Engländer vorher nicht gesehen und gelangt und hat auch gar nicht sagen können, wenn sich derartige Dinge wiederholten, würde der Geliebte am Vatikan abberufen werden. Wir halten die Entwicklung der interkonfessionellen Gewerkschaften in den Bahnen, wie sie sich jetzt bewegen, als dem Staate nützlich und wünschenswert. (Hört! hört!) Nachdem die Gewerkschaften selbst sich mit der Engländer abgefunden haben, haben wir keine Veranlassung, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen; aber ebensowenig Veranlassung, uns Vorwürfe machen zu lassen. (Abg. Ledebour (Soz.): Freiwilliger Sachwalter der christlichen Gewerkschaften!) Der Vorwurf, daß wir das geschlecht gewährleistete Recht der Arbeiter und Angestellten verkleinern lassen, ist unrichtig, wir müssen aber für uns nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht in Anspruch nehmen, überall im Interesse der Sicherheit der Erfüllung des Zweckes des Staates einzuschreiten, so weit es nötig ist, die Leistungsfähigkeit der diesen Zwecken dienenden Staats-einrichtungen allezeit aufrecht zu erhalten. (Lebhafte Beifall rechts, anhaltendes Hört! links.)

Kriegsminister v. Heeringen: Ich will nur kurz auf das Verhältnis der Militärverwaltung zum Militärarbeiterverband eingehen. Dieser Verband hat seit langer Zeit durch seinen Vorstehenden und sein Organ eine maßlose Agitation unter unseren Arbeitern getrieben. (Gelächter links.) Namentlich durch seinen Vorstehenden sind die Mitglieder anderer Vereinigungen in der gefährlichsten Weise angegriffen worden. (Hört! hört! rechts.) Einzelne Vorkommnisse in den Betrieben wurden entstellt, aufgebauscht durch seine Presse verbreitet und als typisch hingestellt. Er spricht von der Unterdrückung der Arbeiter (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und behauptet, sie würden bis zur völligen Unbearbeitbarkeit ausgenutzt und dann ohne Rücksicht auf die Folgen beiseite geworfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um ihren Hunger zu stillen, müßten die Arbeiter noch besonderen Nebenverdienst nachgehen, und was dergleichen schöne Behauptungen mehr sind. Kritik zu üben ist selbstverständlich jedem Verein unverbietet. (Nachden bei den Sozialdemokraten.) Aber die Kritik darf sich nicht auf Unwahrheiten aufbauen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Beweise!) Der Verband hat die Freiheit der Kritik auf das größte Mißbraucht und hat alles getan, um die Ordnung in den Betrieben zu gefährden und das Vertrauen der Arbeiter zu der Behörde zu untergraben. So wurde es notwendig, unseren Arbeitern Klarheit darüber zu geben, wofür sie steueren, wenn sie derartige Forderungen mitmachen. Hierzu ist das Kriegsministerium von keiner anderen Seite veranlaßt worden. Der Eingriff ist in der mildesten Form erfolgt, die Arbeiter wurden vor der

Organisation gewarnt und auf die Folgen hingewiesen, die ihnen aus der Begünstigung derartiger Forderungen entstehen würden. (Abg. Ledebour (Soz.): Alles beweislose Behauptungen, führen Sie doch Tatsachen an.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Der Kriegsminister hat die Angriffe des Interpellanten ruhig angehört; ich bitte, ihn jetzt nicht zu unterbrechen.

Kriegsminister v. Heeringen (fortfahrend): Wenn weiteres Beweismaterial verlangt wird, wird sich im Laufe der Debatte dazu Gelegenheit finden. Auf das Bestimmteste muß ich bestritten, daß mein Erlaß ein Verbot des Verbandes bedeutet. Als solches ist er weder dem Sinne noch dem Wortlaut nach aufzufassen gewesen. Herr Müller widerlegte sich selbst, indem er sagte, der Erlaß sei in 11 Orten so aufgeführt worden, während es doch über 500 Dienststellen gibt. Seine Angaben stützten sich auf Mitteilungen von Vertrauensleuten, meine auf amtliche Berichte. In allen Fällen, wo der Erlaß falsch aufgeführt war, ist alsbald Remedur eingetreten. (Hört! hört! rechts.) Herr Müller bezweifelte, daß das ausreichend geschehen sei. Ich bedaure, daß ich ihm diesen Zweifel nicht nehmen kann, denn die Art und Weise, wie ich als Chef der Verwaltung Remedur eintreten lasse, ist meine Sache. (Bravo! rechts.) Es ist dem Verband nur nahegelegt worden, seine Forderungen zu lassen und nach den Zielen zu arbeiten, die in seinem Statut genannt sind. Ob der Vorstehende ein Voyer ist oder nicht, ist uns ganz gleichgültig. Richtig ist aber, daß wir dringend wünschen, daß an die Spitze des Vereins ein Arbeiter tritt und kein Agitator. (Bravo! rechts.) Ein Bedürfnis zu einer weiteren Mittelperson zwischen der Behörde und den Arbeitern haben wir an sich nicht. Die Arbeiterauschüsse sind die berufenen Vertreter der Arbeiter, und ihre Wünsche werden in der wohlwollendsten und gerechtesten Weise geprüft. (Nachden bei den Sozialdemokraten.) Der Erlaß richtet sich in keiner Weise gegen die Koalitionsfrage. (Gelächter links.) Wir stehen lediglich auf dem Boden des Arbeitsvertrages, der Personen, die den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern und den Arbeitern untereinander fördern, von der Beschäftigung in den Betrieben der Heeresverwaltung ausschließt. Das ist besonders notwendig, da deren sicheres Funktionieren im Interesse der Landesverteidigung liegt. (Lebhafte Bravo! rechts, Jischen links.)

Bairischer Generalmajor von Gemmingen betont, daß das bayerische Kriegsministerium auf demselben Standpunkt steht wie das preussische.

Abg. Bauer (Soz.):

Der Staatssekretär hat den Versuch gemacht, durch staatsrechtliche Vorlesungen zu beweisen, daß die deutschen Arbeiter in Wirklichkeit gar kein Koalitionsrecht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seine Rede war eine der reaktionärsten, die wir seit Jahren gehört haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er hat sich auf den

Standpunkt der vormärzlichen Zeit

gestellt, daß alles, was im Gesetz nicht gestattet ist, verboten ist. Richtig ist aber, daß alles, was nicht ausdrücklich verboten ist, als gestattet gilt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär wies auch auf den § 129 V. G. B. hin, der die Geschäfte für nichtig erklärt, die gegen die guten Sitten verstoßen, und behauptete, daß ein Vertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, durch welchen das Koalitionsrecht eingeschränkt werde, nicht als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden könne. Diese seine Auffassung steht völlig im Widerspruch mit dem, was bei der Beratung des V. G. B. als Meinung dieses Hauses und der Regierung festgestellt wurde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es wurde damals ausdrücklich die Frage erörtert, inwieweit die Einschränkung des Koalitionsrechts durch einen Unternehmer in vertraglicher Form etwa als gegen die guten Sitten verstoßend anzusehen sei, und mein Parteifreund Stadthagen hat in jener Kommission ausdrücklich beantragt, daß der Begriff „gute Sitten“ näher formuliert und daß hinzugefügt würde: „auch Verträge, die gegen die öffentliche Ordnung verstoßen, sollten als rechtswidrig angesehen werden. Dieser Antrag wurde von den Regierungsvertretern als aberkämpft erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der herausfeste Kommentator des Gesetzes, Geheimrat Pfand, führte aus, es sei ganz selbstverständlich, daß jeder Vertrag, der eine Einschränkung des Koalitionsrechts vorsehe, als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden müsse und nichtig sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Plenum des Reichstags wurde dann derselbe Standpunkt vertreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), den auch alle Rechtslehrer von Ruf teilen. Und nun erleben wir das für uns Sozialdemokraten außerordentlich erfreuliche Schauspiel, daß berufene Vertreter der Staatsgewalt sich hierher stellen und Grundzüge vertreten, die dem Gesetz ins Gesicht schlagen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Gegen die guten Sitten verstoßen!) Die Sozialdemokratie ist es wieder einmal, die hier das Recht verteidigt, das von der Mehrheit des Reichstages und der Regierung geschaffen worden ist. Die Erklärung des Staatssekretärs machte den Eindruck großer Verlegenheit. Wir ist es danach ganz unverständlich, wie die Regierung sich gegen die Zulassung der Jesuiten erklären kann, denn ich glaube, jesuitischer kann man nicht mehr reden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Anrufe rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident Dove: Der Ausdruck „jesuitisch“ kann in verschiedenen Sinne gebraucht werden. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) U. a. bezeichnet man damit eine Art der Begründung, die nicht unteren moralischen Anschauungen entspricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Weise dürfen Sie die Erklärung der Regierung nicht kennzeichnen.

Abg. Bauer (fortfahrend):

Der Kriegsminister hat sich dann auf den Standpunkt gestellt, daß die Arbeiter der Militärverwaltung einfach stammzusuchen, die Pöden zusammenzuschlagen und die Vorsele der Vorgesetzten zu erfüllen haben. Die Arbeiter sollten die Konsequenz ziehen, auf besondere Organisationen für Staatsarbeiter verzichten, sie sollten sich ihren Berufsorganisationen anschließen. Dort finden sie auch Schutz, dort erklären die Leiter nicht wehleidig, daß sie widerrufen, was sie gesagt haben.

Dr. Müller-Meinungen glaube, einen Artikel des „Militärarbeiter“ wegen zu scharfer Ausdrücke prelegen zu müssen. Was ist denn da aber Schlimmes gesagt? Es waren die Verhältnisse der Militärarbeiter besprochen, es wurde auf die Bestimmungen der Satzungen für Arbeiterauschüsse hingewiesen, wonach diese nicht miteinander in Verbindung treten dürfen, und es war hinzugefügt, mit auhergewöhnlicher Sorgfalt hätte man seine Untergebenen, mit dem sie ja nicht erfahren, wie es wo anders zugeht. Das ist doch nichts Unwahres. Weiter wurde gesagt, im Reichstag wird über die Verhältnisse und die Arbeitsbedingungen gesprochen, als ob es ganz zeitgemäß seien. Wehen wir den Dingen aber auf den Grund, so finden wir den Unterschied zwischen den schönen Worten und der rauhen Wirklichkeit;

die Arbeit ist immer intensiver geworden, das Einkommen aber bleibt haß!

und die Bevormundung wird immer stärker, jede Regierung zur Selbstständigkeit wird im Reine erklärt. Was der Kriegsminister vielleicht, dies zu bestritten, noch dazu nach der Rede, die er eben gehalten? Weiter heißt es in dem Artikel, Urlaub wird mit der faulen Ausrede, die Leute seien unentbehrlich, verweigert. Der Ausdruck „faule Ausrede“ ist wohl etwas zu weitgehend, aber die Arbeiter haben nur die Volksschule genossen und bringen aus ihrem Empfinden heraus zum Ausdruck, was sie fühlen und denken. Personen an verantwortlichen Stellen drücken sich zuweilen noch ganz anders aus; ich erinnere nur an Herrn v. Dallwig, der die Beamten, die einen Sozialdemokraten wählen, als Weineidige, Lügner und was sonst noch bezeichnet hat. Was sonst über die Verweigerung des Urlaubs gesagt ist, trifft zu. So ist einem Arbeiter in Spandau gekündigt worden, weil er

in Urlaub ging, ohne ihn persönlich erbeten zu haben. Der Arbeiter fand nämlich zu Hause ein Telegramm, sein Vater sei gestorben und werde am nächsten Tage beerdigt. Deswegen reiste er fort und hat seine Witwe, ihn zu entschuldigen. Dies geschah auch, und trotzdem wurde er gekündigt. Wenn man die Arbeiter derartig schikaniert und drangsalirt, darf man sich nicht wundern, wenn ihnen die Galle überläuft. Der Artikel schließt daraus, daß die Arbeiter einsehen werden, wie sie als

Heilige und Unfreie

behandelt werden. Auch das sind keineswegs zu harte Worte, sondern es entspricht nur den Tatsachen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister hat besonders die Stelle beanstandet, daß das Einkommen der Arbeiter nicht genügend ist. Tatsächlich müssen die Militärarbeiter in ihrer freien Zeit als Ausschüßler und als sonstige Gelegenheitsarbeiter noch etwas verdienen, auch ihre Frauen müssen mithelfen, damit sie durchkommen können. Der Artikel sagt, die Militärverwaltung fragt den Teufel nach der Zufriedenheit der Arbeiter. Wenn es nicht paßt, der kann gehen, oder wird hinausgeworfen, und damit ist die Zufriedenheit hergestellt. Nun, aus den Erklärungen des Kriegsministers klang es ja, unsere Arbeiter müssen zufrieden sein, sonst schmeißen wir sie heraus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wo sind denn da in dem Artikel unangehörliche Beleidigungen? Nun sagt der Kriegsminister, nicht der Verband, sondern die verheerende Tätigkeit sei verboten. Es entspricht eigentlich wenig seiner Stellung, sich so um die Verantwortung herumzudrücken.

Denn der Erlaß kann gar nicht anders aufgeführt werden, wie als Verbot des Verbandes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Behörden meinen, durch Kommandos können sie Zufriedenheit herbeiführen. Sie irren, sie können dadurch wohl Alkoholfreude für einige Zeit erreichen, aber nur die Unzufriedenheit steigern. Sehr bezeichnend ist, daß man in Thoren den Verband aufgelöst und die Arbeiter auf den christlichen Verband hingewiesen hat. Ich gratuliere den christlichen Gewerkschaften für diesen Beweis des Vertrauens, er zeigt, daß man sie in einen Topf mit den Weiben wirft. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verbote der christlichen Gewerkschaften ist im Abnehmen, und nun sucht man durch den Einfluß des Staates ihre Reihen zu füllen. Die christlichen Gewerkschaften haben auch reichlich gegen den Verband der Militärarbeiter gehetzt. Auch der Abg. Schürmer hat sich daran beteiligt, natürlich nur aus nationaler Gesinnung. (Heiterkeit.) In dem Geistesdampf, zu dem die christlichen Gewerkschaften gegen die Sozialdemokratie aufgerufen wurden, haben sie bankrott gemacht und deshalb greifen sie zu den Mitteln des Terrors und der Demagogie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Militärarbeiter, denen man den Anschlag an die Christlichen empfiehlt, haben aber ein Haar in der Suppe gefunden und werden sich nicht Organisationen anschließen, die ihre

Arbeiterverrat auf ihre Fahne geschrieben

haben. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was hat denn der Militärarbeiterverband mit der Sozialdemokratie zu tun? Der Vorstehende Buschold gehört zum Liberalismus und hat die Sozialdemokratie des öfteren angegriffen; die Versammlungen des Verbandes werden stets mit einem Kaiserhock beschloffen. Und dieser lokale Verband wird in dem Moment mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen, wo er für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter eintritt. Mit dieser Art der Agitation können wir Sozialdemokraten sehr zufrieden sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Eisenbahnminister hat dem Technischen Bunde und dem Verband der Technisch-Industriellen Beamten verboten, sich mit technischen Angelegenheiten zu beschäftigen; er will also neben dem Koalitionsrecht auch das Petitionsrecht außer Kraft setzen. Die hiergegen gerichtete Petition der Angestellten hat der Reichstanzler dem Reichstanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Der Reichstanzler hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch in den Einzelstaaten das Recht der Angestellten gewahrt wird.

Die Stellung des preussischen Eisenbahnministers zum Koalitionsrecht ist ja noch um einige Nuancen reaktionärer als die des Kriegsministers. Die Kgl. Eisenbahndirektion in Essen hat einen auf Privatdienstvertrag Angestellten gekündigt, weil er dem Bund der Technisch-Industriellen Beamten angehört hat. Dieser lokale Staatsbürger hielt das für ganz unmöglich und wandte sich in einer Eingabe an den Eisenbahnminister. Der aber bestätigte die Kündigung, weil der Bund nach seinen Satzungen das Streikrecht nicht ausdrücklich verwirft.

Der Minister kündigte sogar den Erlaß einer generellen Verurteilung gegen die Mitglieder des Bundes der Technisch-Industriellen Beamten an. Bei sämtlichen Eisenbahndirektionen ging den technischen Angestellten ein Rundschreiben zu, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß der Deutsche Technikerverband und der Bund der Technischen Angestellten das Streikrecht anerkannt haben, und daß deshalb die in Staatsdiensten tätigen Techniker sich diesen Verbänden nicht anschließen dürften. Es könnte nicht geduldet werden, daß die Eisenbahnbekleideten, wozu auch die technischen Hilfskräfte gehören, sich diesen Organisationen als Mitglieder anschließen, so lange der Vorbehalt gemeinsamer Arbeitseinstellung auf sie anwendbar sei. Dem Rundschreiben war ein Fragebogen angeheftet, in dem die Angestellten erklären sollten, ob sie einem dieser Verbände angehörten. In diesem Falle müßten sie innerhalb zwei Monaten ihren Austritt erklären, sonst würde unumwiderrlich ihre Entlassung erfolgen. Dieses Vorgehen des Eisenbahnministers ist weder mit dem Gesetz, noch mit den Auffassungen unserer Zeit, unserer Moral und Sitte vereinbar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Nachstellung des Arbeitgebers wird hier in steuelpolizeier Weise ausgenutzt, um den wirtschaftlich Schwachen durch Drohungen der Vernichtung seiner Existenz zu zwingen, auf seine staatsbürgerlichen Rechte zu verzichten. (Zuruf: Das ist der schlimmste Terrorismus, den es überhaupt gibt. Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Einer solchen Expression gegenüber ist Notwehr durchaus am Platze. (Vizepräsident Dove rügt den Ausdruck Verpöschung.) Gegen diese Verhöhnung der Angestellten ist jedes Mittel zur Abwehr gestattet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer seinen Austritt gezwungenermaßen anzigt, ist an diese Erklärung nicht gebunden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er kann ruhig unterschreiben, daß er ausgetreten ist, er ist aber ein erbärmlicher Kerl, wenn er es wirklich täte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Gegenteil, er wird im Stillen für seine Organisation desto energischer wirken! Wenn ein Angestellter oder Arbeiter unter ähnlichen Umständen einen Mitarbeiter bestimmen wollte, dem Verbände beizutreten, so würde er nach der Gewerbeordnung mit drei Monaten Gefängnis bestraft werden müssen, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe am Platze wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf Grund dieser Bestimmung werden gegen Arbeiter wahrhaft draconische Strafen verhängt, wenn sie irgendwie einen Mitarbeiter zum Beitritt zur Organisation zu bewegen suchen. Diese Bestimmung der Gewerbeordnung ist aber lediglich ein Ausnahmefall gegen die Arbeiter zur Unterdrückung der Organisationen. Würden Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Deutschland nach gleichen Grundgesetzen behandelt, so müßte der preussische Minister mit Rücksicht auf die

Gemeingefährlichkeit seiner Drohungen

gegenüber den Technikern längere Zeit hinter schwedischen Gardinen zubringen.

Die gesetzlich zugelassene ungleiche Behandlung des gleichen Deliktes bei Arbeitern und Unternehmern wirkt ungeheuer aufreizend, wie das auch Professor Löwenfeld anerkannt hat. In Rönigsberg hat man es sogar fertiggebracht, einen Arbeiter zu 4 Wochen Gefängnis zu verurteilen, weil er einen Arbeitskollegen, der im Widerspruch mit dem Tarifvertrag des Deutschen Bauarbeiterverbandes im Urlaub arbeitete, mit Ausschluß aus dem



Verbande drohte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Vorgehen des Eisenbahnministers verstößt gegen § 139 des St. G. B. Unzweifelhaft liegt hier ein widerrechtlicher Zwang und ein Mißbrauch der Amtsgewalt vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eigentlich müßte man also den Eisenbahnminister unter Anklage stellen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn zwei daselbe tun, ist es nicht dasselbe. Die Regierung sieht in dem Arbeitsvertrag kein Rechtsverhältnis, sondern ein Herrschaftsverhältnis. Nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch die Person wird verkauft. Die Freiheit der Persönlichkeit wird durch den Arbeitsvertrag ausgeschlossen. Das sind hinterwäldlerische Ansichten, die mit den modernen Auffassungen über den Arbeitsvertrag unvereinbar sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär sprach davon, daß durch die väterliche Gewalt und das Recht des Lehrern das Koalitionsrecht eingeschränkt wird. Jeder Volkshüter weiß doch heute, daß einem Arbeitgeber nicht die väterliche Gewalt über den Arbeiter zusteht, und mit dem anderen Hinweis hat der Staatssekretär doch nur sagen wollen, daß die Arbeiter in Staatsbetrieben nach denselben Grundsätzen

wie Lehrbänden behandelt

werden. Die Bestrebungen der genannten Technikerverbände bezeichnen man als ordnungsfreundlich. Wir können ja damit zufrieden sein, wenn die Bestrebungen aller Verbände, die ernsthaft etwas für ihre Angehörigen tun, als sozialdemokratisch und ordnungsfreundlich bezeichnet werden. Aber zu meinem Leidwesen muß ich feststellen, daß die beiden Verbände auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen. Nur wer es als ein Verbrechen gegen die Heiligkeit des Profits betrachtet, wenn Angestellte und Arbeiter eine gerechtere Entlohnung anstreben, kann diese Verbände als ordnungsfreundlich bezeichnen. Im übrigen ist auch das Recht auf Arbeitsentlohnung gesetzlich. Die Organisationen, die de- und wehmützig auf das Streikrecht verzichten, geben sich damit selbst auf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Arbeiter sich organisieren, aber von vornherein erklären, wenn man uns die gewünschten Verbesserungen nicht gibt, so sind wir auch zufrieden, irgend welchen Zwang wollen wir nicht anwenden, so ist das nichts als Organisationspielerei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Bund der Techniker-Industriellen Beamten hat in den letzten vier Jahren 400 000 M. Unterhaltungen ausbezahlt. Durch diese wirklich als Kulturort zu bezeichnenden Leistungen hat er viel Rot und Glend unter den Technikern gemildert. Der Minister will die Eisenbahnminister nun zwingen, auf ihre durch jahrelange Mitgliedschaft erworbenen Rechte einzulassen. Was bietet er ihnen denn statt dessen? Sie sind ebenso schlecht bezahlt und können ebenso gekündigt werden, wenn sie überflüssig sind, wie Techniker in Privatbetrieben. Er brauchte nur die betreffenden Stellen in Beamtenstellen umzuwandeln, dann hat er mit den genannten Verbänden nichts mehr zu tun, denn beide nehmen keine Beamten auf. So lange aber ein staatlicher Angestellter auf Grund eines privaten Dienstvertrages angestellt ist, muß er das Recht haben, sich einer Organisation anzuschließen. Diese Vergewaltigung, diese Mißachtung des Rechtes der freien Persönlichkeit der Angestellten wirkt so aufsehend, wie keine Rede eines Agitatoren wirken könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der bayerische Minister v. Frauendorfer hat selbst gesagt, daß das Verlangen an Angestellte, einen Revers zu unterschreiben, nur die Gefinnungslumperei zähle, ohne doch die Gefahr eines Streiks zu beseitigen. In der Tat kann kein Regierungsverbot einen Streik verhindern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Preußen hat man sich zu dieser Erkenntnis noch nicht aufschwingen können, da herrscht noch krasser Terrorismus. Das hängt mit den politischen Zuständen, mit dem Dreiklassenwahlrecht zusammen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als Handelsminister wollte Herr Delbrück um die Seelen der Arbeiter mit der Sozialdemokratie ringen. Jetzt als Staatssekretär sucht er das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht durch juristische Spitzfindigkeiten hinwegzuklamornieren. Durch brutale Unterdrückung jeder eigenen Meinung will man die Ruhe in den Staatsbetrieben herstellen. Ein solches System kann nur

Reicher und Heuchler

erziehen. Angestellte, die Ehrgefühl und Selbstbewußtsein haben, werden das als schmachvolle Zumutung empfinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Frage des Koalitionsrechts ist in letzter Linie eine Rechtsfrage. Die Arbeiterchaft selbst wird dafür sorgen, daß sie sich das Koalitionsrecht erobert trotz aller Verbote und aller Fesseln. Dem Minister möchte ich zurufen: Arbeiten Sie nur so weiter, die Erste gehört der Sozialdemokratie! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schirmer (Z.): Daß in den Staatsbetrieben gegenüber den Arbeiterorganisationen nicht immer korrekt vorgegangen wird, ist richtig. Diese Arbeiter hatten auch früher viel mehr Freiheit. Aber der Grund, weshalb jetzt härter vorgegangen wird, ist der Radikalismus, der von freimüthiger und sozialdemokratischer Seite in die Staatsbetriebe hineingetragen wird. (Wachen links, sehr richtig im Zentrum.) Politische Agitation in den Betrieben, wie sie von der Sozialdemokratie gelebt wird, verurteilen auch wir. Eine solche politische Agitation hat vor zehn Jahren auch Herr Wedel verurteilt als er sagte: „Es läßt sich dravellen, daß eine solche Agitation von den Vorgesetzten nicht gern gesehen wird. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das begreifen Sie doch wohl auch! Im Jahre 1908 schrieb auch noch die „Waldener Post“, daß die Arbeiter am „Siege des eigenen Landes sehr interessiert seien und sich daher ins eigene Fleisch schneiden würden, wenn sie die Mobilisierung durch einen Streik verhindern würden.“ Aber es scheint, die Sozialdemokratie wird immer unberücksichtiger. (Wachen links, sehr richtig im Zentrum.) Leute wie Voersch konnte die revolutionäre Sozialdemokratie nicht vertragen, sie sind geflohen und heute propagiert auch der sozialdemokratische Staats- und Gemeindearbeiterverband das Streikrecht. Wir sind für die Staatsarbeiter lange vor den Reichstagen eingetreten. Der Abg. Stauffenberg hat den bayerischen Eisenbahnerverband als eine Gefahr für Bayern bezeichnet und die „Waldener Nachrichten“ nannten die Forderung des Streikrechts für die Eisenbahner eine politische Karreie. (Hört, hört! im Zentrum.) Wir haben die Frage des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter beim Reichsvereinsgesetz regeln wollen, aber der „Vater“ des Gesetzes, Herr Dr. Müller-Weinungen, wollte davon nichts wissen. (Hört, hört!) Heute, nachdem die Kuh aus dem Stall ist, spielt er sich als Vater des Vaterlandes auf. Und Herr Cappel hat neulich im Abgeordnetenhaus erklärt, bei den Feuerwehrlern findet das Vereinsrecht seine Grenze in der Dienstpflicht. Herr Müller-Weinungen hat behauptet, in Bayern dürfe sich kein Beamter und Lehrer politisch betätigen. Da haben ja sämtliche Mäße in ganz Bayern. (Große Heiterkeit.) Auf den Gewerkschaftsstreit einzugehen haben wir keinen Anlaß, nachdem die beteiligten Kreise sich selber geäußert haben. Dr. Müller-Weinungen ist auch wohl nicht darauf eingegangen aus Freundschaft für die christlichen Arbeiter, sondern aus Jörn gegen die Kurie. Die christlichen Gewerkschaften sind ganz unabhängig. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Sie sind gegründet, weil die freien Gewerkschaften nur die Schutzgruppen der Sozialdemokratie sind. Wird doch in freien Gewerkschaften jetzt sogar zum Ausritt aus der Kirche aufgefordert. Und solchen Verbänden sollen wir als gläubige Christen unser gutes Geld geben! (Sehr gut! im Zentrum.) Wenn wir Schutz des Koalitionsrechts für die christlichen Arbeiter haben wollen, haben wir viel mehr Vertrauen zur Regierung als zur Sozialdemokratie. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie suchen ja die christlichen Arbeiter nach Möglichkeit aus ihren Stellen zu drängen, noch in diesem Jahre hat man in Nürnberg 38 ärztlich organisierte Arbeiter aus Lohn und Brot gebracht. (Abg. Simon [Soz.]: Gelogen!) Der Lügner sind Sie!

Präs. Kapp) rief den Abg. Simon wegen des Zwischenspruchs

und nach einiger Zeit nachträglich auch den Redner zur Ordnung.

Abg. Schirmer (Z.): Ich hoffe, daß die Debatte dazu beitragen wird, daß wir bald zu einem klaren Staatsarbeiterrecht kommen. (Bravo! im Zentrum.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Müller-Weinungen (Sp.): Herr Schirmer hat behauptet, ich hätte vor vier Jahren in bezug auf das Koalitionsrecht dieselbe Stellung eingenommen, wie heute der Regierungsvortrag. Damit spricht er objektiv und subjektiv die Unwahrheit. (Große Unruhe im Zentrum.)

Präsident Kapp) rief den Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Nachtragsetat, Fortsetzung der abgebrochenen Beratung, Interpellation betr. Wagenmangel auf den preussischen Eisenbahnen, Wahlprüfungen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Nachtragsetat in der Budgetkommission des Reichstags.

Zur Beratung von Nachtragsetats trat die Budgetkommission des Reichstags am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Für Mannschaffsbauten auf der Insel Vorkum wurde eine Summe bewilligt. Die Nachtragsetatsforderungen für Neu-Kamerun wurden zurückgelegt, um der Kolonialverwaltung Gelegenheit zu geben, alles zur Information notwendige Material herbeizuschaffen. Für Kiauischow fordert die Regierung zu dem im Frühjahr bewilligten 650 000 M. 800 000 M. hinzu, um die Erziehung der Weisungstruppen um 500 Mann auch in Zukunft aufrechterhalten zu können. Nach den Erklärungen der Regierung im Frühjahr sollte die stärkere Besetzung nur für das laufende Jahr gelten; jetzt aber erklärt die Regierung, daß auf absehbare Zeit an eine Verminderung der Truppe nicht zu denken sei. — Staatssekretär v. Tirpitz und Unterstaatssekretär Zimmermann weiteten sich in diesem Zusammenhang über die Situation in Ostasien recht schwach zu malen. Auch das Prestige Deutschlands erfordere, daß die Truppen nicht vermindert werden. — Herr Baasche, der im Sommer in Ostasien war, trat mit dem üblichen nationalliberalen Bewilligungseifer für die Regierungsforderung ein. — Die Abgg. Koste und Ledebour bekämpften lebhaft die Neuforderung. Die heutigen Darlegungen der Regierung ständen in tristem Widerspruch zu dem, was im Frühjahr in der Kommission gesagt worden ist. Wenn Deutschland in alle fremden Länder, in denen möglicherweise einmal deutsche Interessen gefährdet werden könnten, Truppen senden wollte, müßten gewaltige Aufwendungen gemacht werden. Nicht ein Beweis sei dafür erbracht worden, daß die Situation in Ostasien sich verschärfen werde oder schlimmer zu werden drohe. — Die Sozialdemokraten lehnen die Forderung ab. Für die Bewilligung traten die Redner aller bürgerlichen Parteien ein; das Zentrum beantragte jedoch, die Summe für die Truppenvermehrungen als einmalige Ausgaben in den Etat einzustellen, nicht unter fortwährende Ausgaben, um die Möglichkeit zu haben, gelegentlich leichter zur Ablehnung gelangen zu können. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des polnischen Mitgliedes wurde die Forderung bewilligt; einstimmig beschloß die Kommission, die geforderte Summe unter die einmaligen Ausgaben zu stellen.

## Soziales.

Lohnsteigerung durch Heberarbeit.

Nach den amtlichen Ausweisen über Bergarbeiterlöhne ist die Verdienstsomme pro Arbeiter auf den Zechen des Oberbergamtsbezirks Dortmund von 376 M. im 3. Vierteljahr 1911 auf 422 M. in der gleichen Zeit dieses Jahres gestiegen. Das Recht macht 12,21 Proz. aus. Man würde aber gründlich fehl gehen, wollte man annehmen, in solchem Ausmaße wären die Löhne aufgebessert worden. In einem guten Teile rührt der Mehrerdienst von gesteigerter Heberarbeit her. Trotz der vielen Heberschichten, die im Ruhrrevier auf einer Anzahl von Zechen infolge des bekannten Wagenmangels stattfinden, ergibt sich für die Gesamtbelegschaft doch eine Zunahme der verfahrenen Schichten von 70,8 im vorigen Jahre auf 82,7 im Jahre 1911. Technische Verhältnisse ergeben sich für die anderen Bergbaubezirke. Recht jämmerlich sind übrigens die Löhne im Reich der frommen Zentrumsgroßen. In Oberschlesien betrug der Lohn pro Mann und Schicht im Durchschnitt nur 3,68 M. gegen 5,10 M. im Ruhrrevier, 4,21 M. im Bezirk Saarbrücken und 4,02 M. im Saadener Revier. Die Frömmigkeit der katholischen Grafen und Fürsten zwingt sie durchaus nicht, ihren Arbeitern angemessene Löhne zu bezahlen. Es mag auch noch betont werden, daß sie mit der Lohnsteigerung hinter der in anderen Bezirken sehr zurückgeblieben sind. Im Ruhrrevier macht die Steigerung immerhin 38 Pf. pro Schicht aus, in Oberschlesien aber nur 17 Pf. Da sieht man die Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren in der Praxis.

Ein patriotischer Kinderfabrikationsverrein.

Die „Post“ kündigt jetzt die Geburt eines neuen patriotischen Projektes an. Es handelt sich um den Regierungs- und Reichsanwalt Dr. H. Bornträger-Düsselhof, der unter dem Titel „Der Geburtenrückgang in Deutschland“ eine von uns bereits besprochene Vaterlandsbibel in die Öffentlichkeit geworfen hat. Die „Post“ meint, sie habe schon vor Monaten gesagt, daß auch den besten Regierungsmassnahmen gegen den wachsenden Geburtenrückgang infolge der ihnen gezogenen Grenzen nur ein sehr bedingter Wert zuzuerkennen sei. Ein entscheidender Sieg könne auf diesem Gebiete nur dann errungen werden, wenn unsere Zeit sich von der verflachten Welt- und Lebensanschauung von Grund aus abwende. Die „Post“ gliedert ihre Vornoträger-Kassandra: „Der immer schneller intensiver und extensiver vor sich gehende, absichtlich herbeigeführte Geburtenrückgang in Deutschland ist eine der allerbedrohlichsten Verfallerscheinungen der Neuzeit und muß unbedingt baldigst gestoppt werden, wenn wir nicht langsam, aber sicher unserem Verderben entgegengehen wollen.“ Es sei klar, daß die Sozialdemokratie an dem Rückgang der Kinderhäufigkeit schuld ist. Was könne gegen diese vernünftige Kulturanschauung geschehen? Das ist die nächste Frage Vornoträger und der „Post“. Letztere sagt die Ausführungen des Verfassers zusammen und kommt mit Vornoträger zu dem Vorschlage, „eine wissenschaftliche deutsche Organisation zur rückhaltlosen Bekämpfung der Geburtenbeschränkung zu begründen“. Das muß ein origineller Verein werden.

Die Hauptfrage für die konservativen Unternunft ist, daß Kinder in die Welt gesetzt werden. Dabei sollte man sich doch überlegen, daß im Jahre 1910 267 000 eheliche und 44 000 uneheliche Säuglinge gestorben sind! Das sind auf 100 geborene Kinder rund 16, die im ersten Jahre schon wieder starben. Charakteristisch ist, daß gerade in den Gebieten, wo der Kinderfabrikationsverein am ehesten Wirklichkeit bekommen wird, in Ost- und Westpreußen, in Posen und Schlesien, die Kindersterblichkeit am größten ist! Von 1000 Menschen männlichen Geschlechts, die in Deutschland im letzten Jahre gestorben sind, waren 322 weniger als ein Jahr alt! Im Alter von 1—15 Jahren standen weitere rund 123. Unter 1000 Gestorbenen weiblichen Geschlechts waren 272 weniger als ein Jahr und rund 125 1—15 Jahre alt! Hier hat jeder ernsthafteste Versuch zur Volksverbesserung einzusetzen! Der Geborene muß um jeden Preis erhalten werden; Oder sollen auch weiterhin Jahr für Jahr Hunderttausende von Müttern der Todesgefahr nur ausgesetzt werden, damit, wenn sie ihr entronnen sind, das Kind vernichtet wird?

Auf ihr nationales Postspiel, schart euch um das Banner des Ziegenbodes, lacht die Karnideldrucht zu überreifen, sorgt aber zuvor für Lebensbedingungen für Kinder.

Wo die Arbeitergroßen bleiben.

Ein saurer Kunde der Ortskrankenkasse München ist der Ladearbeiter Franz Rader Schuh von dort. Er beschäftigt 10 bis 15 Güterhelfer, zieht ihnen die gesetzlichen Beiträge zur Ortskrankenkasse vom Lohne ab, bezahlt aber schon seit Jahr und Tag keinen Pfennig an die Kasse. Die Kassenverwaltung hat bei ihm weder Mühe noch Kosten gescheut, diese Beiträge einzutreiben. Er wurde wohl schon ein Dutzendmal gefänglich, doch mußte der Gerichtsvollzieher immer mit leeren Händen abziehen. Die Ortskrankenkasse hatte sonach zu dem Verlust der Beiträge immer noch eine große Portion Kosten. Als neuerdings ein Restbetrag von 79 M. angelauten war, wurde Anzeige erstattet. Das hielt den Arbeitgeber aber nicht ab, auch nach Zustellung der Anklageschrift die Beiträge weiter schuldig zu bleiben, so daß ein neuer Restbetrag von 80 M. entstand. Das Landgericht München verurteilte den Arbeitgeber wegen Vergehens wider das Krankenversicherungsgesetz zu 1 Woche Gefängnis. Es hat erfreulicherweise mit der Praxis gebrochen, solchen Kassenbenachteiligten durch Aufsetzung einer kleinen Geldstrafe gemissermaßen eine Prämie für Unterjochung von Arbeitergroßen zu gewähren.

## Gerichts-Zeitung.

Ein prügelnder Lehrer!

Endlich hat das Oberverwaltungsgericht einem Ersuchen der Regierung, einer gegen einen prügelnden Lehrer gerichteten Anklage in den Arm zu fallen, die Zustimmung versagt. Gegen den Volksschullehrer Zahn aus Nebenstorf war wegen schuldiger Körperverletzung Anklage erhoben worden. Nach der Anklage hatten am 14. Februar 1911 zwei Schüler, Eggers und Siegemann, in der Dorfschule zu Nebenstorf die Rechenaufgaben, die sie falsch gemacht hatten, auch an der Tafel nicht vorrechnen können. Zahn habe sie mit dem Fingerbiden Rohheit, der zum Zeigen benutzt wurde, zweimal auf den Kopf geschlagen, nachher auch gegen die Beine. Der Eggers habe sich später zu Hause wegen starker Kopfschmerzen zu Bett legen müssen. Er sei zwei Tage aus der Schule fortgeblieben. Der behandelnde Arzt habe zwei Finger breite, acht Zentimeter lange schmerzhafteste Geschwülste auf dem Kopf und blutunterlaufene Strichen an den Beinen festgestellt. Nach Ansicht des Arztes hätte die seiner Meinung nach am Kopfe entstandene Knochenentzündung unter Umständen zu einem eitrigen Prozeß führen können.

Der Lehrer machte demgegenüber geltend, die Schläge an den Kopf seien keine eigentlichen Schläge gewesen, sondern mehr ein leichtes Antippen, um die Schüler aufmerksam zu machen. Dem Siegemann hätten die Schläge nicht wehe getan, obgleich sie gleich stark gewesen seien.

Aus den ärztlichen Zeugnissen ging hervor, daß die Schläge auf den Kopf mit größerer Kraft erfolgt sein müssen. Der ebenfalls gehörte Kreisarzt bestritt aber, daß eine Knochenentzündung entstanden sei. Der Knabe hätte sonst nicht nach mehreren Tagen wieder in die Schule gehen können.

Die Regierung in Lüneburg erhob im Hinblick hierauf zugunsten des Lehrers den Konflikt und machte geltend, daß eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse nicht angenommen werden könne.

Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt den Konflikt insoweit für unbegründet erklärt, als es sich um die Schläge gegen den Kopf handelt. Insofern müsse dem Strafverfahren sein Fortgang gegeben werden. Schläge über den Kopf mit einem Stock, wie dem hier verwandten, seien unter allen Umständen geeignet, eine Gesundheitschädigung herbeizuführen. Das Gericht habe auch keinen Zweifel, daß die Verletzung, derentwegen sich der Knabe habe legen müssen, die mit dem Stock des Lehrers über den Kopf gewesen sei. In dieser Hinsicht müsse also dem gerichtlichen Verfahren weiter Fortgang gegeben werden. Was die Schläge gegen die Beine angehe, so müsse mit Bezug auf sie aber das Verfahren eingestellt werden, da sie zu einer Gesundheitschädigung nicht hätten führen können.

Wer mit Schlägen und gar mit Schlägen gegen den Kopf erzieht, ist unfähig, als Erzieher zu wirken. Wann endlich wird der Regierung und dem Provinzialschulkollegium die Erkenntnis kommen, daß Konfliktüberhebungen zugunsten prügelnder Lehrer ein Beweis für die abgrundtiefe Koseit des preussischen Erziehungssystems sind?

Koloniale Erwerbsgesellschaften.

Der seit dem 18. November vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt verhandelte Prozeß gegen den Kaufmann Wilhelm Merien wegen angeblicher Verfehlungen bei der Gründung und dem Betriebe mehrerer kolonialen Erwerbsgesellschaften ist gestern nachmittag zu Ende gegangen. Das Urteil ging dahin: Bezüglich des Vorwurfs der Untreue ist das Gericht zu der Uebergzeugung gekommen, daß der Angeklagte nicht absichtlich gehandelt und eine Betrugsgeschäftsführung nicht vorgelegen habe. Was die Verfehlung betrifft, so kam es darauf an, ob erhebliche Tatsachen wissenschaftlich verwiesen worden sind, d. h. solche, die für die Aktionäre wirklich von Interesse waren und in den Geschäftsberichten hätten aufgenommen werden müssen. Auch in diesem Punkte hat der Gerichtshof den Angeklagten freigesprochen. Dagegen ist der Gerichtshof zur Verurteilung des Angeklagten wegen der falschen Anmeldung über die Einzahlung des Gründungskapitals gekommen. Das Reichsgericht hat in ständiger Praxis sich dahin ausgesprochen, daß „Beitrag“ nicht von der „Einzahlung“ verschieden und beides nicht getrennt sein soll. Die Anmeldung, daß die 25 Proz. im Besitz des Vorstandes gewesen, habe das Gericht als eine falsche angesehen. Das Gericht hat auch in diesem Falle angenommen, daß sich der Angeklagte vielfach im Irrtum darüber befunden hat, was „Beitrag“ bedeutet, es handele sich dabei aber nicht um einen tatsächlichen oder zivilrechtlichen Irrtum, sondern nur um einen Rechtsirrtum. Hiernach hat der Gerichtshof den Angeklagten wegen falscher Anmeldung in drei Fällen zu 3000 M. Geldstrafe event. für je 15 M. einen Tag Gefängnis verurteilt.

Ein froher Heberfall.

Unter der Anklage der räuberischen Erpressung, der unbefugten Ausübung eines öffentlichen Amtes und der verbotenen Rötigung hatte sich gestern vor dem Schöffengericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Vahr der 24jährige Arbeiter Thomas Aiel zu verantworten. In der Nacht zum 20. Mai d. J. hatte der Hofopernsänger Julius K. ein recht eigenartiges Abenteuer zu bestehen. Er wurde am Bahnhof Zoologischer Garten von einer unbekannt gebliebenen Frauensperson angesprochen, mit der er sich in seiner Wohnung zu Nebenstorf gab. Als beide dann gegen 8 Uhr morgens die Wohnung verließen, bemerkte A. in der Nähe des Prager Waples plötzlich, daß ihnen ein Mann, der jehige Angeklagte, unauffällig folgte. Sobald er stehen blieb, blieb auch der Angeklagte stehen und versteckte sich in einer dunklen Nische. Nachdem sich die Frauensperson an der Ecke der Spichernstraße von ihm getrennt hatte, hörte er plötzlich schnelle Schritte hinter sich. Er drehte sich um und erkannte seinen Verfolger wieder. In demselben Augenblick stürzte sich dieser auch schon auf ihn, packte ihn am Kragen und rief: „Ich bin Kriminalbeamter, folgen Sie mir zur Wache!“ Als A. die Erkennungsmarke zu sehen verlangte, erklärte der angebliche Kriminalbeamte: „Das ist nicht notwendig, das wird sich schon auf der Wache finden, machen Sie nur keine Geschichten!“ Zugleich forderte er die Herausgabe von Uhr und Geld. Da sich A. weigerte, drohte der Angeklagte mit Schlägen, so daß A. um nicht zu Boden geschlagen zu werden, unter dem Druck dieser Drohung seine goldene Uhr herausgab. In diesem Augenblick tauchte auch jene Frauensperson wieder auf, der der Angeklagte die Uhr anshändigte. Nunmehr rief A. um Hilfe. Auf die Rufe eilten der Schöffengerichtspräsident und der Kaufmann Rander hinzu. Der Angeklagte ließ jetzt erst von A. ab und ergriff, von beiden verfolgt, die Flucht. Beim Laufen drehte er sich plötzlich um, hob einen Revolver hervor und gab, ohne zu zielen, mehrere Schüsse



es, in der Hoffnung, daß die Verfolger aus Angst die weitere Verfolgung aufgeben würden. Er wurde jedoch eingeholt und nachdem man ihm in handgreiflicher Weise den Standpunkt klar gemacht hatte, der Polizei übergeben. Inzwischen hatte A. auch von der Frauensperson, die dann davonlief, seine goldene Uhr zurückerhalten. Auf der Polizeiwache und später auch noch bei den richterlichen Vernehmungen nannte sich der Angeklagte Richard Krusch. — Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfragen nach versuchter und vollendeter Nötigung und Amtsdannahmung, nicht die wegen räuberischer Erpressung. Das Urteil gegen den noch unbestraften Angeklagten lautet auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis.

#### Durchsuchereien.

Arge Durchsuchereien im Untersuchungsgefängnis, in deren Mittelpunkt der bekannte Budgethop-Bankier Otto Sattler stand, liegen einer Anklage zugrunde, deren Verhandlung gestern vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Günther begann.

Die Anklage richtet sich gegen den Referendar Dr. Fritz Wienkrus, den früheren Gefangenenaufseher Wils. Becker und den Kaufmann Otto Sattler, der seit dem 23. September 1910 in Untersuchungshaft sibt. Die Anklage beschuldigt Becker und Sattler der passiven bzw. aktiven Beistand, den Dr. W. der Begünstigung. Letzterer soll Briefe des Sattler an seine Frau, in denen bis ins einzelne ausgearbeitete Fluchtpläne enthalten waren, aus dem Untersuchungsgefängnis hinausgeschmuggelt haben.

Referendar Dr. W. war seinerzeit zur Ausbildung dem Rechtsanwalt Dr. Werthauer überwiesen worden. Letzterer war Verteidiger des Angeklagten Sattler und hatte den Referendar beauftragt, den Verkehr mit dem Untersuchungsgefängnis zu unterhalten, wobei er ihm besonders eingeschärft hatte, sehr vorsichtig zu sein und nichts zu tun, was irgendwie Anstoß erregen könnte.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Referendar Dr. W.: Ich gebe zu, daß ich etwa 8—10 Briefe des Sattler an seine Frau aus dem Gefängnis befördert habe und gebe zu, daß ich angenommen habe, es würden in den Briefen Fluchtpläne enthalten sein. Die Briefe waren verschlossen und ich habe sie nicht gelesen. Ich bin anfangs September zu Dr. Werthauer gekommen und habe vom 15. September bis 16. April dem Angeklagten Sattler 44mal besucht. Am 17. April mußte ich als Referendarioffizier eine militärische Meldung antreten. — Vors.: Wie sind Sie dazu gekommen, dem Sattler diese Dienste zu leisten? — Dr. W.: Sattler drang so sehr in mich, und da habe ich mich aus Mitleid dazu verurteilt lassen. Briefe in Empfang zu nehmen. Ich bin in die Sache hineingekommen, ich weiß selbst nicht wie. Ich hatte immer den Eindruck, als ob Sattler gar nicht ernstlich an die Durchführung dieser etwas phantastischen Fluchtpläne dachte, denn Sattler kam mir immer als großer Phantast vor und ich hatte keineswegs die Ueberzeugung, daß es sich um ernstlich gemeinte Fluchtpläne handelte.

Angekl. Sattler: Referendar Dr. W. konnte gar keinen Zweifel haben, daß die Fluchtpläne nicht ernst gemeint waren. Das ergibt sich auch aus der Tatsache, daß, wenn ich meiner Frau eben erst einen oft fünf Seiten füllenden Fluchtplan unterbreitet hatte, folgte sehr bald ein ganz anderer.

Angekl. Becker, der vom Jahre 1907 bis 1. Oktober d. J. Hilfs-Gefangenenaufseher war, soll sich bei dem letzten Fluchtplan beteiligt haben. Er bestreitet dies ganz entschieden. Er sei mit dem Angeklagten nur in Verbindung gekommen, wenn er die Vertretung für den Defonant der Selbstbefreiung vertrat, und habe in keiner Weise dem Angeklagten Sattler Beistand zu Fluchtplänen geleistet oder auch nur zugehört.

Es sollen alsdann die in Frage kommenden Briefe verlesen werden. Diese sind bei Gelegenheit einer bei der Frau Sattler vorgenommenen Hausdurchsuchung, die in Sachen der Anklage wegen Konkursverbrechens angeordnet war, beschlagnahmt worden. Man fand in der Angelegenheit des Konkursverbrechens nichts Belastendes bei der Frau vor, dagegen die jetzt in Frage stehenden Briefe.

Gegen Widerspruch der Angeklagten werden die Briefe verlesen. Sie enthalten eine Reihe phantastischer Fluchtpläne. In einem Briefe teilt Sattler seiner Frau mit, daß er von all diesen Projekten endgültig Abstand nehme.

Die als Jeugin geladene Ehefrau erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie ihre Jeugnisverweigerungsrechte in Anspruch nehme. — Die Verhandlung wird heute fortgesetzt werden.

#### Ein Arbeiterturnverein als politischer Verein erklärt.

Der Arbeiterturnverein in Kiel, die „Freie Turnerschaft an der Kieler Förde“, einer der regsten Arbeiterturnvereine, hat sich schon seit Jahren der besonderen Aufmerksamkeit des Kieler Polizeipräsidenten zu erfreuen. Die eifrige Tätigkeit des Vereins, die Arbeiterjugend zu kräftigen freien Männern zu erziehen, gefällt dem Polizeipräsidenten gang und gar nicht. Um das zu verhindern, mußte er ein gerichtliches Urteil erwirken, daß der Verein ein politischer ist. Das ist ihm denn auch endlich nach heftigen Bemühungen gelungen.

Der Vorsitzende des Vereins hatte vom Polizeipräsidenten ein Strafmandat erhalten, weil er der Aufforderung, Sitzung und Verzeichnis der Vorstandsmitglieder des Vereins der Polizei einzureichen, nicht nachgekommen war. Der Vereinsvorsitzende rief das Schöffengericht an und das sprach ihn frei. Es hielt die vom Polizeipräsidenten angebrachten Beweismittel nicht für ausreichend, den Verein als einen politischen zu erklären. Die Sache kam dann auf Betreiben des Polizeipräsidenten vor die Strafkammer III des Kieler Landgerichts, die den Verein für politisch erklärte und den Vorsitzenden zu 10 M. Geldstrafe verurteilte. Die von dem Verteidiger angebotenen Beweise für die nichtpolitische Tendenz des Vereins lehnte die Strafkammer einfach ab. Dieser Tage hatte sich nun das Oberlandesgericht Kiel mit der Angelegenheit zu beschäftigen, bei dem der Verurteilte Revision angemeldet hatte. Der Strafenat des Oberlandesgerichts wies die Revision zurück. Die Begründung hat sich das Gericht leicht gemacht. Sie ist nur kurz. Es heißt darin: „Es kommt nicht darauf an, daß der Verein unmittelbar, sondern auch darauf, ob er mittelbar auf politische Angelegenheiten einzuwirken versucht. Um einen Verein für politisch zu erklären, genügt es schon, wenn festgestellt wird, daß seine mittelbaren Zwecke darauf gerichtet sind, bei den Mitgliedern auf die Pflege einer bestimmten Weltanschauung hinzuwirken, z. B. Einwirkung auf die Jugend usw. Im gleichen Sinne haben auch schon entschieden das Oberverwaltungsgericht, das Kammergericht und das Oberlandesgericht Hamm. Das Urteil des Landgerichts enthält nach dieser Richtung hin ausreichende Feststellungen, z. B. die Erziehung der Mitglieder zu sozialdemokratischen Parteigängern. Damit ist die politische Tendenz des Vereins einwandfrei festgestellt.“ Mit solcher Begründung kann man schließlich alle Vereine für politisch erklären. Die Lahmlegung der Tätigkeit des Arbeiterturnvereins wird natürlich ein frommer Wunsch bleiben.

#### Hungernde ins Gefängnis!

In einer schmerzlichen Notlage befanden sich im Januar d. J. zwei Maurer in Trier. Sie waren seit Wochen arbeitslos, die geringen Ersparnisse waren aufgezehrt und schließlich waren sie mit ihren Familien von dem Notwendigsten entblößt. Die Rathsorgsorgern trieben endlich die beiden zu einer verzweifelten Tat. Sie drangen in das Anwesen des Basenmeisters und Hundehalters ein wo ein großer Hund, der trotz der Hundesperre frei umhergelaufen war, gefangen gehalten wurde. Am an den Hundezwinger zu gelangen, mußte ein 2 Meter hohes Gitter überstiegen werden.

Außerdem hatten die Hungernden noch einen harten Kampf mit dem Wachhund, einer böartigen deutschen Dogge, zu bestehen. Sie schlugen den vierbeinigen Wächter mit einer Flasche tot, bemächtigten sich des verwahrten Tieres, schlachteten es und teilten das Fleisch.

Dieser Tage fand die Tat vor der Trierer Strafkammer zur Verhandlung. Die beiden schilderten ihre Notlage. Sie hätten nicht mehr gewußt, was sie hätten tun sollen. Ihre Familien hätten gehungert. Mit dem Fleisch des erbeuteten Tieres seien sie dann über die schlimmste Zeit der Not hinweggekommen. Trotzdem den beiden diese triftigen Einwände nicht widerlegt werden konnten, verurteilte sie die Trierer Strafkammer zu je drei Monaten Gefängnis.

Es ist eine mißliche Sache, wenn Satte über Hungerige zu Gericht sitzen!

#### Briefkasten der Redaktion.

##### Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Die juristische Sprechstunde findet 2 in den Rache 60, vom vier Treppen — Sprechstunde —, wochentags von 4 bis 7 Uhr abends, Sonnabend, von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschlag und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Dokumentenbeilage beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

W. S. 21. Anmeldung muß bei der Gewerbeabteilung, Straßburger Straße 26 erfolgen. Auch ist die Anmeldung bei der Vermögensoffenheit erforderlich. — A. 1. 1. Ja, 2. und 3. Nein. — B. G. 88. 1. und 2. Ja, 3. Erledigt sich durch vorerhobene Antwort. 4. Bis zur Dauer eines Monats, jedoch nicht über die Zeit hinaus, wo das Vertragsverhältnis endigt. — A. R. 13. Falls Sie vor dem Auscheiden Ihres Vaters geboren sind, ja, andernfalls nein. Zieg. Wir halten Ihren Raum für unzulässig, da das Geschäft auf seinen Namen ging. — A. R. 65. Wenn es sich um Wohnungsmiete handelt, pro Kalenderjahr 3 M. — G. 115. Falls die Frau evangelischer Konfession ist, kann sie, vorausgesetzt, daß das Einkommen des Mannes 1500 M. übersteigt, veranlagt werden. Der Mann ist nur dann halbbürgerlich, falls die Eheleute in Gütergemeinschaft leben. Es das letztere der Fall ist, läßt sich aus Ihrem Schreiben nicht ersehen. — G. M. 66. 1. Geldstrafe bis zu 30 M., 2. Nein. 3. Sie können schon jetzt Herausgabe der Gegenstände fordern; für den Belagerungsfall beschließen sie sich beim Regierungspräsidenten. — A. R. 81. Nein. — W. S. 100. Mindesthöhe 1,65 Meter Mindestbrustummaß die Hälfte der Größe. Ausdehnungsfähigkeit mindestens 5 Zentimeter. — G. 100. Die Beschäftigungsdauer ist nach §§ 135, 136, 137 der Gewerbeordnung zu regeln. Für die weiblichen Arbeiterinnen über 16 Jahre kann die Beschäftigungsdauer bis zu 12 Stunden ausgedehnt werden, jedoch höchstens für die Dauer von 40 Tagen im Kalenderjahr. Wir raten, sich an die Gewerbeinspektion zu wenden. — Friedenau Nr. 1877. Feuergefährliche Stoffe — Stoffe, deren Siedepunkt unter 60° C liegt — dürfen in Mengen von mehr als 15 Kilogramm nur mit arbeitspolizeilicher Erlaubnis gelagert werden. Für die Lagerstätte sind besondere Vorkehrungen getroffen, die wir wegen Raummangels im Briefkasten nicht mitteilen können. — G. S. 31 und B. R. 16. Die Angaben reichen zur Beantwortung der Fragen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — C. F. 25. 1. Ja, nach den Bestimmungen des Rassenstatuts. 5. Nein. 3. Befragen Sie einen Gärtner. — W. S. 52. Lieben unter Kontrolle des Reichs. — B. R. 20. 1. und 2. Die Richtigkeit besteht. In der Regel erfolgt jedoch Ablehnung. — A. R. 100. Nein. — G. S. 100. Der Betreffende muß in Deutschland seinen Wohnsitz haben sowie auch gemeldet sein. Bestimmte Zeitdauer ist nicht erforderlich. — W. S. 100. 1. und 2. Die letzte Bestimmung des Statuts ist maßgebend. — Neufallen 1000. 1. Nur zu beantworten, wenn wir wissen, welcher Art die Beschäftigung ist und wieviel Personen in dem Betriebe tätig sind. 2. Nein, sofern nicht eine entgegenstehende Vereinbarung getroffen ist. — G. S. 100. 1. In der Regel kraftlos. 2. Ja, außer seinen Auslagen bis zu einer Mark. — B. S. Für die Guthaben einer Sparkasse besteht keine Gefahr. — 100. B. 1, 2, 3. Ja, sofern nicht eine entgegenstehende Vereinbarung getroffen ist. — W. S. 60. Ein Jurisdiktionsrecht steht Ihnen nicht zu. Sie können nur klagen und die Sachen pfänden lassen, soweit Sie nicht im Sinne des Gesetzes unzulässig sind. — B. R. 36. 1. Ja, 2. Bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres. — S. Z. 829. Nein.

# Praktische Geschenke

Die Freude aller Ehemänner u. Junggesellen

Das Entzücken aller Knaben u. jungen Herren

- Ulster sein gemusterter Cheviot oder Flauch . . . . . 33.—
- Jackett-Anzug bestehend aus marengo Jackett und Weste und feingestricelter Hose . . . . . 36.—
- Cutaway-Anzug marengo Cheviot, gestr. Hose . . . . . 45.—
- Geh-Pelz Seal-Lapin-Futter, Seal-Eleorio-Kragen . . . . . 115.—
- Winter-Joppe warm gefüttert, kräftiger Loden . . . . . 12.— 8.—
- Schlafröcke glatte u. karierte Stoffe mit schönen Banden . . . . . 24.— 15.— 10.— 25.—
- Haus-Smoking (Morgensmoking) Velourstoff m. Versteifung . . . . . 21.— 15.— 10.—
- Samt-Jackett dunkelbrauner Velour mit Borte eingefast . . . . . 30.—
- Loden-Pelerinen für Herren und Damen, grau oder grünlich, 120-130 cm lang . . . . . 7.— 50.—
- Herren-Hose schwarzgrünlich mit feinen, weißen Streifen . . . . . 10.—

- Knaben-Ulster mellerer Stoff, aufgesetzte Taschen. Für 2-3 Jähr. Knaben. Jedes Alter Jahr 75 Pf. mehr . . . . . 9.—
- Knaben-Ulster neueste Farben, engl. gemustert. Für das Alter von 10 Jahren. Jedes Alter Jahr 1.— M. mehr . . . . . 12.—
- Jünglings-Ulster braun, oliv, grünlich oder grau Diagonal-Gewebe. Für das Alter von 14 Jahren. Jedes Alter Jahr 1.— M. mehr . . . . . 24.—
- Prinz-Heinrich-Knaben-Anzug braun gemusterter Cheviot. Für 2-3 jährige Knaben. Jedes Alter Jahr 50 Pf. mehr . . . . . 8.— 50.—
- Knaben-Sport-Anzug in modernen, bunten Stoffen. Für das Alter von 10 Jahren. Jedes Alter Jahr 1.— M. mehr . . . . . 14.—
- Jünglings-Anzug brauner, grünlicher oder grauer Cheviot. Für das Alter von 14 Jahren. Jedes Alter Jahr 1.— M. mehr . . . . . 23.—
- Jünglings-Hose grau-gestricelt Buchlein, sehr strapazierfähig . . . . . 7<sup>20</sup> 5<sup>80</sup> 4<sup>60</sup>
- Loden-Pelerinen für Jünglinge und Mädchen, grau oder grünlich, 100 und 110 cm lang . . . . . 6.—
- Phantasie-Westen für Herren, schönes Muster . . . . . 15.— 12.— 8.— 6.— 4<sup>50</sup> 2<sup>25</sup>

Hochmod. Haarplüschhüte . . . . . 8.25 Hoch- Wollvelourshüte 4.90 3.75 2.90

Oberhemden, Kragen, Krawatten, Wäsche, Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke, Handschuhe Schlafanzüge, Gamaschen, Rodelmützen, -Sweater u. -Schals, Hosenträger, Berufskleidung usw.

# Baer Sohn

Chausseestraße 29-30 Kleider-Werke 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 — Berlin — Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Nächsten Sonntag von 8-10 und 12-8 geöffnet.

Der Hauptkatalog Nr. 46, eine Sammlung neuester Wintermoden, kostenlos und portofrei



Abgeordnetenhaus.

104. Sitzung. Dienstag, den 10. Dezember 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Breitenbach, Sydow.

Die Besetzungswürfe über die Amtsanwaltschaften und die Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen der Lehrer werden ohne Debatte in 3. Sitzung angenommen.

Zweite Lesung des Schlepplumpengesetzes.

Abg. v. Pappenheim (konf.) begründet einen konserverbilden Antrag, mehrere von der Kommission beschlossene Beschränkungen des Schlepplumpengesetzes wieder zu beseitigen, insbesondere auch den Duisburger-Auhorter Hafen einzubeziehen, wenn auch nur den durchgehenden Verkehr vom Rhein zum Kanal Rhein-Weser.

Abg. v. Pappenheim polemisiert ausführlich gegen die dem Schlepplumpengesetz ungenügende Meinungsänderung des westfälischen Provinziallandtages und appelliert an das Zentrum, am Schlepplumpengesetz festzuhalten, wie es durch den § 18 des Wasserstraßenkompromisses von 1905 vorgeschrieben sei.

Die Kommission schlägt eine Resolution vor, wonach bei der Tarifierung auf den Verhöfverkehr der Häfen Rücksicht genommen werden soll.

Ein Antrag der Nationalliberalen will die Strecke Rhein-Herne (Dortmund) und den Lippkanal für 12 Jahre vom Schlepplumpengesetz ausnehmen.

Abg. Herold (Z.): Wir wollen das Kompromiß durchaus im ganzen Umfange aufrechterhalten, aber wir legen den § 18 verschieden aus, auch unter uns selbst bestehen Meinungsverschiedenheiten.

Ein nationalliberal-freikonserverbilden-fortschrittlicher Antrag will Fahrzeuge, die lediglich den Dortmund-Herne-Gmshäfen-Kanal benutzen, 20 Jahre vom Schlepplumpengesetz ausnehmen. Nur nachher oder wenn infolge der Einrichtungen einer zusammengefügten mechanischen Schleppvorrichtung das Nebeneinander staatlichen und privaten Betriebs unmöglich wird, kann das Monopol durch königliche Verordnung eingeführt werden. Die Entschädigung bleibt besonderem Gesetz vorbehalten.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Die Zulassung privater Schlepper auf der Strecke Dortmund-Beberger bedeutet in der Tat ein Verlassen des Kompromisses von 1905. Das Recht dazu haben Sie gewiß, aber empfehlenswert ist es nicht. Der betreffende Kommissionsbeschluss ist mit 11:10 Stimmen gefaßt. (Ann. d. B.) Sollte der Beschl. Gesetz werden, so wird ein unerwünschtes Nebeneinander von staatlichem und privatem Schlepplumpetrieb entstehen und da die Privatunternehmungen Gegner des staatlichen Schlepplumpetriebs sind, wird man starke Vorurteile gegen den Staatsbetrieb hervorrufen und seine Einführung wird sehr erschwert werden, obgleich die zu lösende Aufgabe nicht zu schwierig ist. Deshalb haben wir die zehnjährige Uebergangszeit vorgeschlagen.

Abg. Schmieding (natl.) tritt für die Anträge seiner Partei ein.

Abg. v. Arnim-Jäbedom (L.) für das Gesetz.

Abg. Lippmann (Sp.) verweist darauf, daß die Regierung, die 1905 gegen das Schlepplumpengesetz war, jetzt bemüht ist, dieses von den Konserverbilden gelegte Studium für vollständig auszubringen. Und da predigt der Minister uns den Frieden und die Nachgiebigkeit, nachdem man unsere Wünsche zurückgetreten hat. Wir lehnen das Schlepplumpengesetz ab.

Der Redner stellt dann die sehr erheblichen Verteuerungen der Transportkosten Emden-Münster gegen Rotterdam-Münster durch das Schlepplumpengesetz fest. Wertwürdig ist, daß sich für das Monopol eine Koalition von Konserverbilden, Sozialdemokraten und dem Minister bildet.

Ein sozialdemokratischer Antrag will in das Gesetz einfügen, daß die durch Einführung des Schlepplumpengesetzes geschädigten Arbeiter und Angestellten der Privatschleppererei entschädigt werden. Die Höhe der Entschädigung soll ein besonderes Gesetz feststellen. Weiter will der Antrag in das Monopol nicht einbezogen die Strecke Rhein-Herne (Dortmund) und den Lippe-Kanal.

Abg. Leinert (Soz.): Der Kampf um das Schlepplumpengesetz ist so interessant wie der um die Kanalvorlage. Jener § 18 ist nicht das schlechteste Stück des damaligen Kompromißgesetzes, an das sich der jetzige Landtag nicht mehr ausnahmslos gebunden hält. Hineingeblickt hat man das Schlepplumpengesetz allerdings, um die Regierung zur Sicherung des Raubes der Großgrundbesitzer am Zolltarif zu zwingen, der durch einen freien Kanalarverkehr bedroht schien. Aber die Motive klammern und nicht, wir sind für Erweiterung dieses Paragrafen und für ein Schlepplumpengesetz, welches letzteres allerdings keine Mehrheit hat.

Wir wollen nicht, daß das Monopol dem Staat höhere Einnahmen bringe, sondern daß es lediglich im Interesse des Verkehrs ausgeübt werde unter Selbstkostendeckungsstarifen. Gerade weil wir keine Verteuerung wollen, sind wir für das Monopol. — Wir meinen, daß es im Interesse des Staatsmonopols liegt, das Monopol auf allen Linien einzuführen, weil sonst das Schlepplumpengesetz Emden-Beberger unwirtschaftlich bleibt. Wir können ja im § 18 die Anforderungen im Interesse des Verkehrs feststellen.

Wir beantragen Einführung des Schlepplumpengesetzes auf dem ganzen Rhein-Weser- und Dortmund-Emshafen-Kanal — wähele nicht mit übergroßem Vertrauen zum Minister. Wir wollen aber die Großbetriebe ausschalten und den ihm heute zufallenden Nutzen der Gesamtheit zuführen, indem der Staat ohne Gewinn den Betrieb führt. Die ganze kapitalistische Entwicklung drängt zur Monopolisierung, und es fragt sich nur, ob Privat- oder Staatsmonopole. Und der Verkehr muß dem Privatkapital entgegen werden, denn er muß im Interesse der Öffentlichkeit verwaltet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Konkurrenz, die sich eingefunden hat, als auf dem Kanal Geld zu verdienen war, ist kein Hindernis gegen spätere Vereinigung und Syndizierung — das haben wir oft genug gesehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier handelt es sich im Gegensatz zum Petroleummonopol des Reiches um ein reines Staatsmonopol, weshalb wir eher dafür eintreten können. Ein Staatsmonopol duldet keine Einschränkungen, es muß durchgeführt werden bis zur letzten Konsequenz — die aber ist die Bergesellschaftung aller Privatproduktion, der Sozialismus. Auf dieser Linie liegt auch dieses Gesetz, und auch ohne den § 18 von 1905 wären Sie dahin gekommen, so vorzugehen und werden noch weiter gehen müssen. Denn es geht nicht so weiter, daß immer weniger zahlreiche Großkapitalisten die Gesamtheit des Volkes monopolistisch ausbeuten. Man muß Gesetze dagegen machen und sie schließlich enteignen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich fehlt dazu noch

Die Demokratisierung des Staates,

obne die Monopole für uns ja eine gewagte Sache sind, aber auch die wird kommen. Sie selbst werden demokratisieren müssen, um sich einmal von dem unerträglich gewordenen Druck des vertriebenen Geld-, Bank- und Industriekapitals zu befreien! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Westfälische Transportgesellschaft — das sind ja auch „nationale“ Kapitalisten! — hat sich die unerschöpfte Drohung erlaubt, daß sie den Verkehr über Rotterdam leiten werde. Statt sie aber zu enteignen, sind Sie zurückgewichen und haben sich samt der Regierung als Verwaltungsausschuß der Besiegenden enthielt.

Wenn Vergarbeiterstreik beschimpfen Sie die Arbeiter, daß sie im Interesse des Auslands streiken — aber hier finden Sie kein Wort gegen den Internationalismus des Kapitals und belohnen ihn noch durch Freilassung des Dortmund-Emshafen-Kanals vom Monopol bis zu einem Zeitpunkt, wo sich allenfalls der Privatbetrieb nicht mehr rentiert, und überdies schaffen Sie dadurch und durch den neu zu eröffnenden Kanal Nord-Süd noch neuen Verkehr, dem Sie nicht dem Staat, sondern Privatkapitalisten zuführen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber, sobald sich der erweiterte Privatbetrieb nicht mehr rentiert, durch königliche Verordnungen das Monopol ausgedehnt wird, muß Entschädigung gezahlt werden, auch für die heute von Ihnen veranlaßte Betriebsveränderung.

Solche Gesetze machen wir nicht mit und protestieren dagegen. Heute würden noch geringere Abfindungssummen genügen, ist erst der neue Kanal eröffnet, dann nicht mehr. So schädigen Sie den Staat und das Volk, die geradezu über 500 Jahre gehauen werden zugunsten privater Interessen. Wir unterstützen die Staatsinteressen, wenn sie mit denen des Volkes übereinstimmen, Sie aber, bei denen die privatkapitalistische Seele über die staatsföhlende gelegt hat, nennen sich „national“! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht wie haben Vertrauen zum Minister, aber Sie haben es immer gehabt, wenn er Ihre Grundzüge der Behandlung der Arbeiter hier verkündet. Aber Ihr großes Vertrauen hört sofort auf, wenn der Minister mit Ihren privatkapitalistischen Grundzügen in Widerspruch kommt.

Wenn Sie die Ausdehnung des Monopols auf die Strecke Dortmund-Beberger königlicher Verordnung überlassen, so beweist das auch einen Mangel an Mut, und Sie schieben die Verantwortung auf den König, damit eher auf ihn als auf Sie mit Fingern gezeigt wird wegen Enteignung von Kapitalisten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Gründe gegen das Monopol sind recht sadencheinig. Gegen Verteuerung und Verschlechterung des Verkehrs können Sie sich ja im Gesetz selbst sichern, Sie haben doch die Macht dazu! Ebenso ist es mit der Behauptung, daß das Monopol etwas ganz Ungewisses wäre und daß die Alleinherrschaft des Staates auf den Wasserstraßen dem Gemeinwohl widersprechen würde. Nun, warum haben Sie denn beim Wassergesetz das Gemeinwohl nicht besser geschützt? Und wenn Sie gar fürchten, daß sich der Verkehr nicht weiter entwickeln würde — warum überlassen Sie ihn dann nicht dem Staate? Sie wollen aber nur dem Privatkapital seinen Gewinn erhalten.

Rechtlich hat ja auch der Minister die Wagenmangel-agitation gegen das Schlepplumpengesetz aufgefaßt. In der Kommission haben Sie dem Minister, bei dessen arbeiterfeindlichen Neben hier ihn die ganze Korona umjubelt, ich ihm die Unfähigkeit der Staatsverwaltung vorgeworfen, weil er privatkapitalistische Interessen antaste, obwohl er doch sonst die Arbeitslöhne nicht erhöhte, damit die Industrie nicht höhere Löhne zahlen muß. Wir protestieren auch jetzt schon dagegen, daß die Schlepplumpengesetz ebenfalls vorgebracht werden will die Eisenbahnarbeiter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir beantragen Feststellung der Tarife in Höhe der Selbstkostenzahlung. Wir verlangen nur deshalb eine Entschädigung auch der Unternehmer, weil es sich auch um kleine Unternehmer handelt, die einen schweren Kampf gegen das Großkapital führen.

Von Arbeiterentschädigung sprechen Sie gar nicht und der Minister lehnt sie ab, weil die Arbeiter ohne weiteres andere Arbeit finden könnten. Das ist aber keineswegs sicher und Entschädigung müßte selbstverständlich sein. Die Reichsregierung beantragt doch selbst im Petroleumgesetz Angestelltenentschädigung.

Lehnen Sie unseren Antrag ab, so wäre das ein neuer Beweis für Ihre grenzenlose Arbeiterfeindschaft.

Wir leben in der Regierungsvorlage nur eine Halbheit und halten den Kommissionsbeschl. für undurchführbar. Unsere Haupt-sorge ist die Arbeiterentschädigung, wir wollen, daß das Monopol im Interesse des Volkes verwaltet werde, das die Unterdrückung privatkapitalistischer Interessen fordert. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es sprechen noch die Abgg. von Arnim-Jäbedom (L.) und Hirsch-Effen (natl.), welche letzterer Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Arbeiter wünscht und sich gegen Abg. Leinert wendet.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11. Dezember, vormittags 11 Uhr: Arbeiterberatung, keine Vorlagen und Anträge. Schluß nach 4 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Oesterreich-ungarisches Anleihebedürfnis.

Die Kriegsrüstungen Oesterreich-Ungarns bedeuten für die Völker der beiden Staaten eine erhebliche Belastung. Das geht jetzt offen daraus hervor, daß sie beide neue Schulden machen müssen. Das Anleihebedürfnis der beiden Staaten umfaßt je 125 Millionen Kronen. Es soll nicht durch eine fundierte Schuld (Rentenanleihe) befriedigt werden, sondern als vorübergehende Schuld durch Ausgabe von Schatzanweisungen. Die Ausgabe einer Rente, die sich an das große Publikum wendet, würde in der jetzigen unruhigen Zeit auf noch mehr Widerstand stoßen, als die Vergebung von Anweisungen, die im wesentlichen von großen Bank-liegern übernommen werden. Die Vergebungsbefindungen sind denn auch für die Staaten recht ungünstig. Die Schatzanweisungen werden den Banken zu 97 Proz. (also unter dem Nominalwert) überlassen, müssen aber nach 1 1/2 bzw. 2 Jahren al pari (zum vollen Wert) zurückgenommen werden. Außerdem werden sie mit 4 1/2 Proz. verzinst. Die tatsächliche Verzinsung erhöht sich also auf 6 bis 6 1/2 Proz. Diese Bedingungen sind wesentlich ungünstiger als vor drei Jahren, als ein Krieg wegen der Einberaubung Bosniens drohte. Auch hierin drückt sich das Sinken des Oesterreich-ungarischen Staatskredits aus, für den die Steuerzahler aufkommen müssen.

Die schwierige finanzielle Lage des schwarz-gelben Reiches zeigt sich auch darin, daß die Finanzminister das Ausland zur Vergebung der Anweisungen auffuchen müssen. Die Oesterreichische Anleihe wird von zwei Banken, der National City Bank und von Kuhn, Loeb u. Co., in New York übernommen. Die ungarische Anleihe übernimmt die Rothschildgruppe. In Deutschland sollen nur etwa 40 Millionen Kronen abgesetzt werden. Eine öffentliche Auslegung soll nicht beabsichtigt sein; die beteiligten Banken (Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Mendelssohn, S. Bleichröder) werden die Scheine selbst übernehmen und erst allmählich dem Verkehr übergeben. Diese Schonung des deutschen Kapitalmarktes ist recht verständlich. Abgesehen davon, daß Deutschland selbst finanziell stark in Anspruch genommen ist, erfreuen sich Oesterreichische Anleihen nur geringer Beliebtheit. Von den Anleihe-papieren einiger ausländischer Staaten notierten gestern an der Berliner Börse:

Table with 2 columns: Anleiheart and Preis. Includes items like 4 Proz. Oesterr. Goldrente (01,75), 4 1/2 Proz. Silberrente (86,40), 4 Proz. lombert. Kronenrente (86,80), 4 Proz. Ungar. Goldrente (86,80), 4 Proz. Staatsrente (83,20), 4 1/2 Proz. Argentinische Anleihe (87,50).

Table with 2 columns: Anleiheart and Preis. Includes items like 4 1/2 Proz. (96,70), 5 Proz. Chines. Anleihe (90,10), 4 Proz. Türkische unif. Anleihe (86,20), 4 Proz. Rumänische Anleihe (87,90).

Die Oesterreich-ungarischen Rentenpapiere stehen also kaum höher, als die türkische unifizierete Anleihe, nicht viel höher als die chinesischen Anleihen und niedriger als die rumänischen und argentinischen Anleihen. Tatsächlich sind ja auch in einem Staate wie etwa Argentinien die Finanzen gesünder und solider aufgebaut als in Oesterreich-Ungarn.

Rückzahlungen bei der Berliner Sparkasse.

Auch an der Sparkasse der Stadt Berlin ist in den letzten Monaten der Betrag der Rückzahlungen gegenüber den Einzahlungen im Oktober stark gestiegen. Es sind im Oktober 1912 zusammen 7,144 Millionen Mark von der städtischen Sparkasse abgehoben, dagegen nur 6,163 Millionen Mark eingezahlt worden. Im Oktober des vergangenen Jahres hielten Auszahlungen und Einzahlungen sich ungefähr die Waage; es wurden 6,279 Millionen Mark eingezahlt und 6,34 Millionen Mark zurückgezahlt. Gegen den Oktober des Vorjahres blieben die Einzahlungen um 116 000 Mark zurück, während die Rückzahlungen um mehr als 800 000 Mark angewachsen sind. Auch auf die Sparkasse Berlin ist also die Beunruhigung der Sparer infolge der dauernden Kriegsgefahr nicht ohne Einfluß geblieben.

Fleischpreise.

Im November sind in den von der amtlichen Statistik erfaßten 80 Orten Preußens die Fleischpreise etwas gesunken. In der zweiten Hälfte des November stand ein Kilogramm Rindfleisch um 0,6 Pf., Kalbfleisch um 1,6 Pf., Hammelfleisch um 1 Pf. niedriger als in der ersten Hälfte des Monats. Schweinefleisch ist dagegen wiederum um 0,5 Pf. und Speck um 2,3 Pf. pro Kilogramm im Preise gestiegen. Die groß die Preissteigerung in den letzten Jahren war, zeigt folgende Tabelle über die Preise im November des betreffenden Jahres:

Table with 6 columns: Year, Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Speck. Shows price trends from 1912 to 1909.

Von einer Vinderung der Fleischsteuerung ist also noch immer keine Rede.

Ads aller Welt.

Peter Krapotkin.

Aus London wird uns geschrieben: Fürst Peter Krapotkin, der bekannte russische Revolutionär, feierte am Montag seinen siebenzigsten Geburtstag. In diesem Tage sind ihm von Freunden und Bewunderern aus dem Lande, das er seit Jahrzehnten zu seinem Asyl und zu seiner Heimat gemacht hat, so zahlreiche und bereichende Guldigungen dargebracht worden, daß sie beinahe geeignet sind, ihn in Verlegenheit zu bringen. In einer öffentlichen Gratulationsadresse, die neben einer großen Anzahl von Schriftstellern, Künstlern, Geisteslichen und „Reformern“ aller Art auch von Keir Hardie und O'Grady unterzeichnet ist, werden seine Verdienste um die Naturforschung, um die Gesellschaftswissenschaft, sowie seine opferfreudige Hingebung im Dienste der leidenden Menschheit mit begeistertsten Worten gepriesen. Ein Satz in dieser Adresse verdient hervorgehoben zu werden, weil er eine große Sympathie vieler englischer Sozialreformer mit den Grundgedanken des theoretischen Anarchismus verrät. Es heißt nämlich darin: Sie haben uns gelehrt, im sozialen Leben auf jene wichtigste Triebkraft, dem Prinzip der Freiwilligkeit, zu bauen, welches so viele der besten Leben zu allen Zeiten inspiriert hat und jetzt in allen modernen Gesellschaften als der leitende Entwicklungsfaktor anerkannt wird — im Gegensatz zu dem bloß regulativen und regieretischen Prinzip, das in der Form von allzuviel Gesetzgebung die Originalität und die Initiative des Volkes untergräbt.

Jedenfalls haben die vielen bürgerlichen Persönlichkeiten mit der Ehrung Krapotkins sich selbst geehrt. Es sind jetzt schon an die 40 Jahre, daß Krapotkin dem Bereiche der Kunst entkommen ist, aber Bäterchen und seine Kreaturen haben ihn noch nicht vergessen. Diese begeistertsten Guldigungen durch viele der geachteten Vertreter Englands werden an der Rewa wie ein giftiger Stachel wirken.

Auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die Krapotkins politische und soziale Auffassungen nicht teilt, wird ihm liebevolle Glückwünsche darbringen. Sie hat dem Mann, der Würden, Ehren und Reichthümer entschlossen hinter sich ließ, um im Interesse der enterbten und geknechteten Millionen in Gefängnissen zu schmachten und von Land zu Land gehen zu werden, stets ihre Hochachtung bewahrt. Sie liebt und ehrt ihn als eine große Persönlichkeit und einen unverfälschten Freund des Volkes.

Schwere Brandkatastrophen.

Die leidige Unfälle, Streichhölzer vor den Kindern nicht in Sicherheit zu bringen, hat wieder einmal über zwei schlesische Arbeiterfamilien schaweres Leid gebracht. In dem Dorfe Stolz sind am Montag vier Kinder des Knichts Theinert im Alter von 6 Jahren bis zu 11 Monaten, die während der Abwesenheit der Eltern in ihrer Stube eingeschlossen waren, verbrannt. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Spielen mit Streichhölzern entstanden. — In Jabrze zündete der vierjährige Knabe einer Handwerkerfamilie in Abwesenheit der Eltern in der Küche ein Herdfeuer an. Die Flammen ergriffen die Kleider des Kleinen, der bei lebendigem Leibe verbrannte. Die surstbar entstellte Leiche des unglücklichen Kindes wurde später vorgefunden.

Starker Tabak.

Im Inzeratenteil der „Münchener Neuesten Nachrichten“ steht folgende Anzeige: „Sabannazigaretten erstklassiger Fabrik in circa 500 Paffens von 190 M. bis 18 000 M.“ Ein einziges Stück dieser Zigaretten kostet also sechs zeha Mark, das ist so viel, als zahlreiche Arbeiter in Deutschland in der ganzen Woche an Lohn bekommen. Wir leben aber trotzdem unter einer Staatsordnung, in der alles vortrefflich eingerichtet ist.

Wer ist schuld?

Neuerst traurige Wohnungsverhältnisse enthüllte ein schweres Unglück, das sich in der Nacht zum Dienstag in dem Städtchen



Neustadt (Herzogtum Koburg) ereignete. Um sich vor der Kälte zu schützen, brannte Montagabend der städtische Beamte Ferdinand Grempel, der mit seiner aus sechs Köpfen bestehenden Familie ein ihm von der Stadt zur Verfügung gestelltes kleines Zimmer bewohnte, einen Kofkosen an und begab sich dann zur Ruhe. Als Diensttagmorgen die zwölfjährige Tochter erwachte, fand sie ihren Vater und ihre beiden Brüder im Alter von fünfzehn und sechzehn Jahren tot und ihre Mutter und die beiden Schwestern bewußtlos vor.

Wahrscheinlich ist die soziale Fürsorge der Stadtverwaltung, die sieben Personen in ein kleines Zimmer pfercht, das wahrscheinlich nicht einmal eine Heizgelegenheit hat.

Auch aus Wien wird eine Kohlendioxidvergiftung gemeldet, die den Tod mehrerer Personen verursachte. In einem Hause des 8. Bezirks wurden Dienstagmorgen drei Personen tot und eine vierte bewußtlos aufgefunden. Die Verunglückten sind der Einatmung von Kohlendioxid erlegen, die durch eine schadhafte Ofenröhre in die Stube drangen.

### Ein Krankenhaus in Flammen.

Das Reher Krankenhaus „Mathildenstift“ steht seit Dienstag mittag 1/2 Uhr in Flammen. Der ganze obere Teil der etwa 50 Meter langen Front ist bereits abgebrannt und auch den Seitentürmen droht Gefahr. Wäre nicht die Militärfeuerwehr der ganzen Garnison der städtischen Feuerwehr zu Hilfe geeilt, so wäre vielleicht noch wenig zu retten gewesen. Etwa 230 Kranke, die in der Anstalt waren, konnten noch rechtzeitig in die nahegelegene Schule gebracht werden. Menschenleben waren nicht gefährdet. Die Entstehung des Brandes ist vorläufig noch nicht aufgeklärt.

### Der Kandidat der Frauen.

Kege Sumpfhühner scheinen die biederen Spießbürger von Pausen zu sein, wenn man den Ankündigungen ihrer besseren Hälfte Glauben schenken darf. Bei den kürzlich vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen erließ ein besonderes „Frauenkomitee“ in den Verblättern zugunsten eines Kandidaten, des Hotelbesizers Hermann R., folgenden Aufruf:

„Ihr Frauen bringt darauf, daß Eure Männer alle Herrn Hoteliers Hermann R. wählen, denn er sorgt dafür, daß unsere Männer trotz ohne Polizeistunde nachts 12 Uhr nach Hause geschickt werden. Er ist der einzige Gastwirt, der pünktlich schlief.“

Eine besonders energische Dame inserierte zugunsten des auch von ihr erklärten Hotelbesizers wie folgt: „Wählt Herrn Hotelbesizer Hermann R., er tritt für Polizeistunde ein“. Die Unterschrift dieses Inserats ist, wenn sie ernst gemeint ist, sehr bezeichnend, denn sie lautet: „Eine Eifersüchtige, die ihren Mann öfter des Nachts, mit Hemd und Regenmantel bekleidet, nach Hause holen muß.“

So was kommt in Berlin nicht vor, da sind die Männer solider und die Frauen duldsamer.

### Wer macht's nach?

Der härteste Mann im Deutschen Reich zu sein kann sich der in Athletenkreisen nicht unbekannt Bäckermeyer Seidinger jun. in Verzier bei Meiten (Böhmen) rühmen. Wenigstens dürfte ihm die folgenden Leistungen, die er kürzlich vollbrachte und die zu Ruhm und Frommen der Nachwelt protokolllarisch festgelegt wurden, wohl so leicht keiner nachmachen. Zuerst hob Seidinger einen 24 Zentner schweren Schwagen, auf dem noch 7 Männer Platz genommen hatten, bei den hinteren Rädern mit Leichtigkeit in die Höhe. Dann hob er, auf dem Rücken am Boden liegend, ein Holzgerüst, auf dem in Reihfäden ein Gewicht von 11 Zentnern ruhte, frei in die Höhe und hielt die Last einige Zeit über seinem Kopfe. Hierauf sah er

einen zwei Zentner schweren Sack Mehl, hob ihn frei vom Boden weg auf seine Schulter, setzte sich mit der Last zehnmal zu Boden und erhob sich wieder, ohne sich irgendwie zu mühen. Dann wiederholte er dies noch dreimal, wobei er noch seinen 105 Pfund schweren Lehrlingen auf dem Mehlsock sitzen ließ.

### Erfolge nationaler Jugendpflege.

Aus Landeshut in Schlesien sind nicht weniger als fünf, kaum dem Anabeneralter entwachsene junge Leute ihren Lehrmeistern ausgerückt, um bei den Bulgaren gegen die Türken zu kämpfen. Alle fünf gehörten den bürgerlichen Jugendvereinen an. Bei der in den bürgerlichen Jugendvereinen systematisch betriebenen Militär- und Kriegsspielerei sind solche Vorkommnisse freilich kein Wunder.

### Kleine Notizen.

Ein pestverdächtiger Dampfer. An Bord des von Südamerika in Hamburg eingetroffenen Dampfers „Vermuda“ wurden pestverdächtige Ratten gefunden. Das Schiff wird zurzeit der Ausgabung mit dem Rattenlöschungapparat unterzogen. Die Weiterführung des Schiffes wird unter den üblichen Vorsichtsmaßnahmen erfolgen. Die gesamte Schiffsbesatzung wurde untersucht und unter Beobachtung gestellt.

Von Wölfen überfallen. Auf dem Dienstwege zwischen Oberich bei Merzig und dem Dorfe Silbigen (Saargebiet) ist ein Landbriefträger des Merziger Postamts im Walde von zwei Wölfen angefallen worden. Er gab zwei Revolvergeschosse ab, worauf die Bestien, die auch schon von den Bewohnern Silbigen gesehen worden waren, entflohen.

Diphtherieepidemie. Bei der in Wolfenbüttel stehenden Abteilung des Niedersächsischen Feldartillerieregiments Nr. 48 sind in den letzten Tagen sieben Erkrankungen an Diphtheritis vorgekommen, von denen ein Fall tödlich verlief. Um einer weiteren Ausbreitung der Krankheit vorzubeugen, sind alle notwendigen Maßregeln getroffen worden.

Eisenbahnunfall in Worms. Am Dienstag morgen fuhr ein in den Bahnhof Worms einsehender Personenzug auf eine Rangierabteilung. Der Heizer des Zuges wurde schwer, zehn Reisende leicht verletzt. Das Unglück wurde durch falsche Signalstellung verursacht.

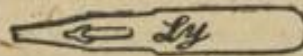
### Witterungsübersicht vom 10. Dezember 1912.

| Stationen    | Barometer-Höhe mm | Windrichtung | Wolkenhöhe | Wetter   | Temp. in °C | Stationen  | Barometer-Höhe mm | Windrichtung | Wolkenhöhe | Wetter  | Temp. in °C |
|--------------|-------------------|--------------|------------|----------|-------------|------------|-------------------|--------------|------------|---------|-------------|
| Eisenmünde   | 764               | SS           | 2          | wolfig   | 4           | Hannover   | 764               | SS           | 2          | wolfig  | 4           |
| Hamburg      | 764               | SS           | 4          | bedeckt  | 2           | Petersburg | 755               | SS           | 2          | Schnee  | 2           |
| Berlin       | 766               | SS           | 1          | wolfig   | -1          | Schwetzn   | 762               | SS           | 2          | bedeckt | 9           |
| Kranz, a. M. | 770               | SS           | 1          | bedeckt  | -3          | Aberdeen   | 758               | SS           | 1          | bedeckt | 3           |
| München      | 772               | SS           | 2          | wolkenl. | -7          | Paris      | 768               | SS           | 2          | bedeckt | 1           |
| Wien         | 771               | SS           | 1          | bedeckt  | -6          |            |                   |              |            |         |             |

### Wetterprognose für Mittwoch, den 11. Dezember 1912.

Ein wenig wärmer, vorherrschend wolfig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.



Für den Weihnachtstisch sind sehr geeignet: Ly-Federn, Lo-Federn, Rebis-Federn, die Kunstschrimapen G, die Ly-Renaissance-Mappe und zum Schulgebrauch die kleine Ly-Feder aus der Fabrik von Heintze u. Wanders, Berlin NO. 43.

## Friseurgehilfen Berlins!

Donnerstag, den 12. Dezember 1912, abends 9 1/2 Uhr:

### Versammlung

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:

1. Lassen wir uns den Ausgang rauben? Referent Kollege Koblitz.
  2. Diskussion.
- Kollegen und Kolleginnen erscheint in Waffen. Sämtliche Geschlossenvereine sind ebenfalls hiermit eingeladen.

Der Einberufer: Paul Herr.



## Michel-Vertrieb

Neukölln, Knefelerstr. 148.

Tele: 1610.

Winterpreise bis 28. Februar 1913:

- Salonbriketts pr. 1000 Stück, Riesenformat 7", M. 8.90.
- Industrie-Halbstein-Briketts . . . . M. 0.85 pro 1 Zentner
- Oberschlesische Steinkohlen Nuß II . M. 1.65 „ 1 „
- Gebrochener Berliner Gaskoks . . . M. 1.65 „ 1 „
- Brennholz, grob oder fein gespalten . M. 1.25 für einen großen Sack 4610L\*

Alles frei Geläß jeder Etage.

## Glas-

## Christbaumschmuck

kauft man direkt aus erster Hand am vortheilhaftesten bei der Glasbläser-Gesellschaft des Meiningen Oberlandes e. V. m. H. S. V. (S. V.).

Sortiment I mit circa 200 Stück der prachtvollsten verfertigten und belponnenen Neuheiten, wie: Blumen, Sterne, Biegel, Glöden, Weigen, Segelstühle, Juppelstühle, Tiere, Glasflügel, Edelstein, Stranahugeln usw. 3,25 M. franco gegen Nachnahme. — Doppelsortimente 2,70 M. Bei Vereinfachung des Betrages 25 bezw. 50 St. billiger.

Sortiment Nr. Ia enthaltend 101 Stück lauter ganz große, feinste, nur weiche Prillan-Glasstücke zum selben Preise.

In Berlin findet ab 8. Dezember täglich von nachmittags 3 Uhr an im Auftrage der Glasbläser-Gesellschaft, der nur organisierte Arbeiter als Mitglieder angehören, ein

### Verkauf von Glas-Christbaumschmuck

statt im

Gewerkschaftshaus, Restaurant Schmalowski,

Engelauer 15, Seelgebäude, Vorlingstraße 4.

## Monatsgarderobe

Von Kavallieren getragene Ulster, Jackett, Rock, Frack, Smoking-Anzüge, teils auf Seide gearbeitet sowie großes Lager in neuer eleganter Herren-Garderobe zu bekannt billigsten Preisen.

## Türkischer, Prinzenstr. 79

an Moritzplatz

# Uhren, Brillantschmuck, Goldwaren

Wir liefern erstklassige Präzisionsuhren, erprobte Schweizer- und Glashütter Erzeugnisse aus den ersten Fabriken von Weltruf. Wir verkaufen unsere Uhren zu Preisen, wie sie in vollen Detailgeschäften üblich sind, unter langjähriger schriftlicher Garantie. Unsere Uhren sind auf das sorgfältigste reguliert, und weisen wir besonders auf unsere Uhren mit Gangschein hin, die auf Sekunden genau gehen.

Der jährliche Verkauf unserer Firma beträgt über 25 000 Taschenuhren

Ferner empfehlen wir

## Brillantschmuck in feinsten Juwelierarbeit:

Ringe, Boutons, Kolliers, Broschen, Armbänder usw.

(Brillanten unter Angabe des Gewichtes in Karat)

## Gold- und Silberwaren:

Essbestecke, Bowlen, Aufsätze usw. in vornehmster Ausführung

## gegen bequeme monatliche Zahlungen

Wir laden Sie zur Besichtigung unserer Ausstellungsräume höflichst ein.

Auf Wunsch senden wir Ihnen ohne jede Kaufverpflichtung:

- a) Katalog über Uhren, Goldwaren, Brillantschmuck nebst Bedingungen für Zahlungsverleichterung.
- b) Spezialkatalog über Grammophone, Gramola-Apparate, echte Odeon-Apparate, sowie Apparate für nadellose Pathéplatten, ebenso Spezialkatalog über Künstler-Schallplatten, nebst Bedingungen für Zahlungsverleichterung.
- c) Spezialkatalog über Photo-Apparate, Prismengläser erster Fabriken, nebst Bedingungen für Zahlungsverleichterung.

## Jonass & Co., Berlin SW. 91, Belle-Allianestr. 3

Bewohner Berlins und Umgegend machen wir auf unsere Ausstellungsräume aufmerksam, in denen die Apparate vorgeführt werden.



6. WAGEL BERLIN





**Todes-Anzeigen**

**Todesanzeige.**

Am Sonntag, den 8. Dezbr., morgens 8 1/2 Uhr, entschlief sanft nach schweren Leiden mein hochgeliebter Mann, der Bildhauer

**Max Lampka**

im Alter von 36 Jahren.  
In Heiser Trauer 1291

**Hedwig Lampka.**

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. Dez., nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem Reutlinger Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bildhauer

**Max Lampka**

Westerstraße 55 (6. Bezirk) verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutlinger Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.**

Am Sonntag, den 8. Dezember, verstarb unser Mitglied, der Holz-Bildhauer

**Max Lampka**

im Alter von 36 Jahren.

Wir betrauern in ihm den Verlust eines allseitig tätigen, treuen Kollegen.

**Sein Andenken in Ehren!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Reutlinger Gemeinde-Friedhof am Mariendorfer Weg in Lempelhof statt. 20/15

Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer

**Karl Bjeske**

Thornstr. 4, im Alter von 46 Jahren gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weihensee aus statt. 92/9

Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Mechanikerin

**Anna Schulz**

im Alter von 25 Jahren gestorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.

Die Ortsverwaltung.

**Verband der Lederarbeiter.**

Hiemit den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Hand- Schuhmacher

**Wilhelm Kahmann**

am 9. Dezember gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem städtischen Friedhofe zu Friedrichsfelde statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.

**Nachruf.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

**Adolf Rauscher**

gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

194/13 Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

**Rudolf Rauscher**

sage ich allen Kollegen und Bekannten herzlichsten Dank.

**Martha Rauscher.**

**Verband der Maler, Lackierer etc.**

Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

**Johann Papke**

am 8. Dezember verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Südwestkirchhof in Stahnsdorf statt. 131/12

**Verband der Hut- und Filzwaren- arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Louis Dröhmer**

am 7. d. M. verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weihensee, Hohenberger Weg aus statt.

Jährliche Beerdigung erwartet  
**Der Vorstand.**

**Max Otto**

im Alter von 31 Jahren.

Ein treues Andenken bewahrt ihm Das Personal der Firma Otto v. Holten.

Beerdigung: Heute Mittwoch, den 11. Dezember, nachmittags 2 1/4 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Baumshulensweg, Reichholzstraße.

**Artur Wahl**

am Sonntag früh verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freptorner Kirchhofes, Baumshulensweg, Reichholzstraße, aus statt.

**Familie Noack,**

„Wald-Idyll“, Schmiedmühl.

**Emilie Woitag geb. Stolpe**

am Montag früh gestorben ist.

Im Willes-Belieb bitten

**Geschwister Woitag.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. d. M., von der Halle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

**Hermann Winkler**

sagen wir allen Bekannten, insbesondere dem Verbands- der Kupfer- Schmiede Deutschlands unseren aufrichtigen Dank.

**Orts-Krankenkasse für Pankow.**

Donnerstag, den 19. Dezember 1912, abends 7 1/2 Uhr, findet im Restaurant von Rodzydt, Genfow, Kreuzstr. 314, eine

**Außerordentliche General-Versammlung**

mit folgender Tagesordnung statt.

1. Berlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung.

2. Beschlussefassung über Vnderung der §§ 1 usw. der Statuten zwecks Umgestaltung zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, entsprechend den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

3. Verschiedene Kasienangelegenheiten.

Die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hierzu höflichst eingeladen.

Eine Requisition wird den Herren noch ausgestellt.

Berlin-Pankow, den 11. Dez. 1912.  
**Otto Kihmann,** Vorsitzender.

**Steppdecken**

kauft man am besten und billigsten nur direkt Jahrest Berlin, Wallstr. 72.

**Aufarbeiten alter Steppdecken billigst. Bernhard Strohmmandel.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

Am Sonntag, den 15. Dezember findet per Urabstimmung die Wahl der Delegierten zum preußischen Parteitag

- in folgenden Lokalen statt:
- Sichberg, Raunynstraße 67.
  - Wählich, Skaliyer Straße 22.
  - Daus, Laufiter Straße 46.
  - Dummer, Glogauer Straße 25.
  - Schulze, Forsterstraße 17.
  - Eugel, Doppelner Straße 47.
  - Gaida, Wiener Straße 49.
  - Wig, Skaliyer Straße 59c.
  - Grundmann, Pflaferstraße 20.
  - Pier, Raunynstraße 9.
  - Otto, Markusstraße 47.
  - Boeker, Weberstraße 17.
  - Peter, Palfsadenstraße 52.
  - Kluge, Langeststraße 53.
  - Fellenberg, Caprivistraße 20.
  - Grunwald, Remeler Straße 67.
  - Sellriegel, Weidenweg 68.
  - Roßhoff, Rigaer Straße 95.
  - Schulz, Schreinerstraße 18.
  - Kott, Straßmannstraße 29.
  - Brubbel, Weidenfeldstraße 20.
  - Weißner, Tilsiter Straße 42.
  - Zwarg, Friedberger Straße 1.

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum September d. J. seine Beiträge entrichtet hat. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr vormittags und endet um 12 Uhr mittags. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Paul Hoffmann, Königsberger Straße 28. 221/10\*

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**

Bureau: Weichhorstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9. Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Donnerstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97:

**Mitglieder-Versammlung.**

- Tagesordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten für die Delegiertenwahl zur 14. Generalversammlung.
  2. Die Wohnungsfrage im Arbeiterleben. Lichtbildervortrag von Herrn Dr. Berner Hegemann. 130/15\*

Wir ersuchen die Kollegen, zu dieser Versammlung mit ihren Frauen zu erscheinen! Mitgliederbuch legitimiert! Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**

32 verschiedene Hefte à 20 Pf.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.**

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kan-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

*Josefki*

**JUNO**

2 PF.

**QUALITÄTS-CIGARETTE**

**Ohne jede Anzahlung**

**PIANOS** erstklassiges (9 x prämiert Staatsmedaille, in allen Holz- und Stilarten, von wunderbarer Tonfülle (Flügelton))

**Flügel** und **Harmoniums** :: Fabrikat ::

gegen kleine monatliche Teilzahlung. — Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.

**Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Str. 1.**

Auch Sonntage geöffnet. Ecco Kurfürstentrassee, im eisen. Geschäftshause. Tel. Ch. 10410.

**Schwarze Kleidung**

Fertig am Lager:

- Gebroek-Anzüge 70, 80, 36 M.
- Smoking-Anzüge 60, 70, 40 M.
- Frack-Anzüge 60, 65, 40 M.
- Beinkleider 18, 15, 12, 10, 8 M.

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge in größter Auswahl :: Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden ::

**Baer Sohn**

Kleider-Werke Berlin, Gegr. 1891. Chausseestraße 29-30, 11, Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10.

**Pelzwaren**

Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Muffen, Pelzjacken, Pelzen, Kindergarnituren usw.

Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. — Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.

**F. Kalman,** Kürschnermstr.

nur Kommandantenstr. 15, I. Et., b. d. Bouthstr. Tel.: Zentrum 3917. Gegr. 1891.

**Westmanns Trauermagazin**

Extra-Abteilung

I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).

II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).

Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre z. äußerst niedrigen Preisen.

Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Maß, schick, sauber, Zuteile von 25 Mark an. **Maritz Laband,** Neue Promenade 6, II. (Stadth. Börs.)

**In Freien Stunden**

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.







Heute Mittwoch, den 11. Dezember: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis, Friedrichstadt, 3. Abteilung. Mittwoch, den 11. Dezember, abends 1/2 12 Uhr, bei Wwe. Augustin, Oranienstraße 103: Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen, Kinosoperateur.

Donnerstag, den 12. Dezember, früh 5 Uhr: Zahlmorgen für Druckerei-Nacharbeiter. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute Mittwoch, abends 7 Uhr — vor Beginn des Zahlabends — verbreiten die Genossen des 2., 7. und 20. Kommunalwahlbezirks ein Flugblatt von den bekannten Stellen aus.

Wilmersdorf-Palast. Der 1. und 2. Bezirk halten ihren Zahlabend heute gemeinsam bei Piche, Paulsbörner Straße 25, ab. Genosse Kutter spricht hier über: „§ 153 der Gewerbeordnung“.

Der 4. und 5. Bezirk versammeln sich am heutigen Zahlabend gemeinsam bei Gröschke, Kaiserallee 200.

Friedrichshagen. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Zahlabend bei Lerche, Friedrichstr. 112. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Unger über: „Religiöse Probleme in der Arbeiterbewegung“.

Alt-Oranien. Heute, Mittwoch, Zahlabend in den bekannten Lokalen. Bezirk Falkenberg: Zahlabend am Sonnabend, den 14. Dezember, bei Schäfer.

Johannisthal. Heute, Mittwoch, 1/8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

Erlner. Heute Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Degebrodt (Alter Arug): Mitgliederversammlung, Vortrag des Genossen Hdo über „Verfassungsfragen“.

Zeuthen-Mirsdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute, Mittwoch, bei Krüger in Mirsdorf statt. Es ist eine außerordentlich wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Edwalde-Schmiedow. Der Zahlabend findet heute um 8 1/2 Uhr im Restaurant Mitte statt. Tagesordnung: Vortrag, Abrechnung vom Stiftungsfest, Verschiedenes.

Hohen-Neuendorf. Heute, Mittwoch, Zahlabend. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Abgeschaffte Weihnachten.

Heute, am traditionellen 11. Dezember, soll die Eröffnung der Weihnachtszeit, das Weihnachtstreiben sein? Man sieht und hört nur wenig vom vorfestlichen Trübel. Nicht richtig, es war einmal... Dem modernisierten grauen Königsgemäuer am Schlossplatz war der altberliner Weihnachtsmarkt, die herzige Freude ganzer dahingegangener Geschlechter, nicht mehr „sein“ genug. Man liebt es zwar sonst von dieser Stelle aus, die Vergangenheit aus der vierten Dimension zu zitieren, mit alten Sitten und Gebräuchen einen förmlichen Kult zu treiben, aber das Volk muß dabei in respektvoller Entfernung stehen. So wurde der Berliner Weihnachtsmarkt in seiner lokalhistorischen Form einfach abgeschafft, wie es in der offiziellen Sprache heißt, und der einstmalige so schöne Bubengau bei kümmerlichem Galgenstrickdasein in den Arbeiterregionen verurteilt. Abgeschafft! Greifen wir das Wort mal auf. Könige mit samt ihren Reichen sind im Strome der Weltgeschichte abgeschafft worden, oft mit einem Federstrich des Volkswillens. Wird auch mal das christliche Weihnachtsfest abgeschafft werden? das christliche! Weihnachten hat schon heute mit dem Christumärchen nur noch einen sehr losen Zusammenhang. Dazu hat neben der ganzen modernen, auf wissenschaftlicher Forschung beruhenden Entwicklung auch die Kirche selbst unfreiwillig beigetragen. Man singt aus alter Gewohnheit noch die alten Weihnachtslieder, deren Melodie das Herz mehr gefangen nimmt als ihr Text, und man stellt auch noch hier und da die „Krippe“ als Symbol des Weihnachtsfestes unter den Tannenbaum, aber der frühere Sinn des Festes ist sehr zeitgemäßen Regungen gewichen, vor allem dem großen Weltenskonto von Wein und Wein, von Söll und Haben. Es liegt doch so etwas furchtbar Widersinniges darin, das ganze Jahr über in die eigene Tasche zu opfern und Millionen darben zu lassen, zu Weihnachten aber diese selben Millionen auch für eine Galgenfrist „beglücken“ zu wollen und dann wieder kaltblütig zuzusehen, wie sie in das alte Elend hinabtauchen. Die Weihnachtsrosen reichen noch nicht mal bis zur Jahreswende, wo die Neujahrsglocken immer wieder auf den Anbruch einer neuen sieghaften Zeit hoffen lassen. Mit wohl nur wenigen Ausnahmen kommt es diesen Drohnen nicht auf die Beglückung des notleidenden Nächsten an, nur auf die Strahlen, in deren Mittelpunkt ihre eigene goldtroyende Sonne steht.

Die Jugendschriftenausstellung im Gewerkschaftshaus,

die schon im November in jeder Woche an drei Tagen geöffnet war, ist nun in ihre „Weihnachtszeit“ eingetreten. Mit Rücksicht auf die starke Zunahme des Besuches, die alljährlich von der zweiten Woche des Dezember ab sich bemerkbar gemacht hat, wird sie seit Sonntag diese ganze Woche hindurch täglich von 3—9 Uhr offen gehalten. Allen Eltern, die ihren Kindern ein gutes Bilder- oder Lesebuch auf den Weihnachtstisch legen wollen, ist dort Gelegenheit geboten, sich in Ruhe darüber zu unterrichten, was an empfehlenswerten Jugendschriften für die verschiedenen Altersklassen vorhanden ist. Der Zutritt ist unentgeltlich, auch Kinder haben Zutritt, diese aber nur in Begleitung von Erwachsenen. Zu beachten ist, daß die Ausstellung nur noch diese Woche bis einschließlich Sonntag geöffnet bleiben kann und am Abend des 15. Dezember geschlossen werden muß.

Das Unternehmen, das seit mehreren Jahren unter der Leitung des Bildungsausschusses steht, ist der Arbeiterbevölkerung hinreichend bekannt, so daß wir kein Wort der Empfehlung mehr nötig haben. In dem Kampfe gegen die Schundliteratur, die früher den Jugendschriftenmarkt beherrschte und wegen ihrer schändlichen Willkür besonders in der Arbeiterbevölkerung willige Abnehmer fand, haben die Jugendschriftenausstellungen sich zu einer wirksamen Waffe entwickelt. Es ist immer wieder eine Freude, zu sehen, mit welcher Gründlichkeit manche Besucher die ausgestellten Bücher prüfen. Das eben ist der Vorzug dieser Ausstellungen, daß sie den Vätern und Müttern der Arbeiterkinder die Möglichkeit

schaffen, jedes Buch genau nicht nur anzusehen, sondern auch durchzusehen und nötigenfalls sogar — ein besonderer Tisch mit Sitzgelegenheit steht dazu bereit — von vorn bis hinten durchzulesen. Man weiß, daß in einem Buchstaben eine so gründliche Prüfung nicht gut möglich ist. Die Bücher sind nach Altersgruppen übersichtlich geordnet, so daß es jedem Besucher ein Leichtes ist, sich in der Fülle sofort zurecht zu finden.

Von der Leserklausur machen auch Kinder einen so ausgiebigen Gebrauch, daß sich an dem großen Lesetisch in der Mitte des Ausstellungsraumes manchmal ein Bild wie in einer Kinderlesehalle bietet. Am Dienstag, wo in den Nachmittagsstunden im Gewerkschaftshaus ein Lichtbildervortrag für Kinder veranstaltet wurde, konnte nach Schluß des Vortrages nur mit Mühe dem Ansturm der Kinder auf die Jugendschriftenausstellung gewehrt werden.

Verkauft wird in der Jugendschriftenausstellung nichts. In einem besonderen Nebentraum ist aber wieder von der Vorwärts-Buchhandlung eine Verkaufsstelle eingerichtet worden, die Gelegenheit gibt, sofort die gewünschten Bücher zu kaufen. Sie bleibt vor- schriftengemäß nur bis 8 Uhr, am Sonnabend aber bis 9 Uhr geöffnet. Die ausgestellten Bücher können auch direkt in der Vorwärts-Buchhandlung sowie in den Parteispeditionen Berlins und der Vororte gekauft werden.

Mit der Jugendschriftenausstellung ist seit Jahren eine Ausstellung von Wandbildern verbunden. Auch in diesem Jahre sind wieder künstlerische Wandbilder mit ausgestellt, die infolge ihres nicht hohen Preises wohl für manche Arbeiterfamilie erschwinglich sind.

Ein anderes Anhängsel der Jugendschriftenausstellung ist die Ausstellung von Beschäftigungsspielen, die dem Tätigkeitstrieb der Kinder entgegenkommen. Kinder, die Neigung zu Vastischen haben, zum Ausschneiden, Kleben, Flechten, Zusammenfügen, Bauen, Modellieren, werden gern nach diesen Beschäftigungsspielen greifen.

Alle Besucher bitten wir schließlich, auch den Christbaum „schon“ zu beachten, der auch in diesem Jahre wieder im Treppenhause des Gewerkschaftshauses zum Verkauf ausgelegt ist. Er ist diesmal aus dem thüringischen Lauscha und benachbarten Orten von der dort bestehenden Genossenschaft geliefert worden.

Von der Steuererziehung in Teuerungszeiten.

Der Berliner Magistrat hat jetzt für das Steuerjahr 1911/12 den Verwaltungsbericht der Steuerdeputation veröffentlicht. Ihm entnehmen wir, daß im abgelaufenen Jahr die allgemeine Teuerung wieder einen sehr merkwürdigen Einfluß auf die Steuererziehung ausgeübt hat. Im ganzen ist ja das Ergebnis etwas günstiger gewesen als im vorhergehenden Jahr, es läßt aber immer noch so viel zu wünschen übrig, daß diesmal die Steuerdeputation selber in ihrem Bericht auf die Teuerung und ihre Bedeutung für die Steuerklasse hinweist. Unter den verschiedenen Steuern, die für Staat und Gemeinde durch die Steuererlässe der Stadt eingezogen werden, sind nach der Höhe ihres Ertrages die wichtigsten vor allem die Einkommensteuern für den Staat und die Gemeinde, sodann für die Gemeinde die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Ungünstige Wirtschaftslage, Beschäftigungsmangel, Teuerung usw. pflegen besonders den Ertrag der Einkommensteuer und oft auch den der Gewerbesteuer zu schmälern. Wir wollen uns hier auf die Betrachtung der Einkommensteuern beschränken, bei denen das im letzten Jahr wieder sehr deutlich hervorgetreten ist.

Die Gemeindeeinkommensteuer war im Etat diesmal auf nur 42 Millionen Mark veranschlagt worden, die Vollerinnahme wurde dann aber samt Zinsen aus Vorjahren auf reichlich 47 Millionen berechnet. Die Einziehung brachte freilich noch nicht mal die 42 Millionen des Etatsjahres, genauer 41 831 987 M., das sind knapp 80 Proz. der Sollereinnahme. Nicht mal hieron noch die Rückzahlungen mit reichlich 1 1/2 Millionen Mark ab, so bleiben nicht vielmehr als 40 1/2 Millionen, das sind 86 1/2 Proz. der Sollereinnahme. Die Staatseinkommensteuer sollte einschließlich Vorjahresreste etwa 54 1/2 Millionen bringen, brachte aber nur 48 176 268 M., noch unter 89 Proz. Nach Abzug der Rückzahlungen blieben hier weniger als 47 1/2 Millionen, 87 1/2 Proz. Die Differenz zwischen Sollereinnahme und Eingehungsergebnis setzt sich zusammen aus Steuerabgang wegen Nichterpflichtung, aus Steuerausfall wegen Anbetrachtbarkeit und aus den noch beizutreibenden, in das nächste Jahr hinübergenommenen Resten. Ueber die Größe dieser Beträge gibt der Bericht interessante Zahlen bezüglich der Staatseinkommensteuer, bei der aus ihm die Anteile der Einkommen von weniger als 3000 M. und diejenigen von mehr als 3000 M. zu ersehen sind. Bei den Einkommen unter 3000 M. sollten 11 855 688 M. eingehen, gingen aber nur 8 724 545 M. ein, nur 73,60 Proz. (im Vorjahr noch 75,59 Proz.). In den diesmal (bzw. im Vorjahr) fehlenden 26,40 Proz. (24,41 Proz.) waren beteiligt der Abgang mit 12,03 Prozent (10,32 Proz.), der Ausfall mit 10,52 Proz. (10,03 Proz.), die Reste mit 3,85 Proz. (4,06 Proz.). Dagegen wurden bei den Einkommen über 3000 M. von den erwarteten 42 301 408 M. durch die Steuererziehung 39 451 723 M. herbeigebbracht, 93,07 Prozent (im Vorjahr 94,04 Proz.). Hier entfielen diesmal (bzw. im Vorjahr) auf Abgang 3,83 Proz. (3,68 Proz.), auf Ausfall nur 0,42 Proz. (0,24 Proz.), auf Reste 2,08 Proz. (2,04 Proz.). Man beachte, wie der Ausfall wegen Anbetrachtbarkeit gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat. Ferner beachte man, wie ungünstig hier die Einkommen unter 3000 M. dastehen. Es ist das eine Erscheinung, die alljährlich wiederkehrt und deren Ursache sich ohne weiteres begreifen läßt. Der Ausfall wegen Anbetrachtbarkeit belief sich diesmal bei den Einkommen über 3000 M. auf 0,42 Proz., dagegen bei den Einkommen unter 3000 M. auf 10,52 Proz.

Zur Erklärung der Höhe des Ausfalles sagte der Bericht über das vorletzte Jahr: „Daß von der arbeitenden Bevölkerung die Steuer bei höherer Veranlagung auch schwerer beizutreiben ist, liegt auf der Hand.“ Der Bericht über das letzte Jahr weist auf die Wirtschaftslage hin und hebt die Teuerung hervor. Er spricht an einer Stelle von der „ungünstigen wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung infolge der allgemeinen Teuerung“, an einer anderen Stelle ganz ähnlich von der „ungünstigen wirtschaftlichen Lage eines großen Teiles der Bevölkerung infolge der allgemeinen Teuerung“. Solche nicht angenehme Folgen (schlechter Zeiten sind der Steuererlässe auch schon bei früheren Gelegenheiten recht fühlbar geworden, und es ist nicht das erste Mal, daß wir diesen und ähnlichen Mangel in den Berichten der Steuerverwaltung begegnen. Die amtliche Fest-

stellung des zahlenmäßig nachzuweisenden Einflusses der Teuerung wird freilich die den Agrariern dienende Presse nicht hindern, die Teuerung nach wie vor abzustreiten und wie zum Hohn sogar von einem „Schlemerleben“ der Arbeiterbevölkerung zu schwindeln.

Kranke Waisenkinder als Versuchskaninchen.

Gelegentlich eines Vortrages des Herrn Dr. Friedmann in der Berliner Medizinischen Gesellschaft über Heil- und Schutzimpfung der menschlichen Tuberkulose und der an diesen Vortrag sich anschließenden Diskussion in den Sitzungen vom 6. und 13. November wurde die Tatsache mitgeteilt, daß der Vortragende Herr Dr. Friedmann die Impfungen auch an zahlreichen Waisenkindern in der Waisenanstalt in Rummelsburg probiert habe. Diese Mitteilung erregte in weiten Kreisen großes Aufsehen und es wurde die Frage aufgeworfen, ob denn Waisenkinder als Versuchskaninchen da seien, ob insbesondere die Berliner Waisendeputation von diesen Versuchen an kranken Waisenkindern Kenntnis habe und ob ferner diese Versuchsimpfungen mit Wissen und Genehmigung der Waisendeputation erfolgt seien. Dessenhalb hat sich die Waisendeputation auf diese Fragen noch nicht geäußert.

Soweit wir unterrichtet sind, hatten die Mitglieder der Waisendeputation, auch die leitenden Personen, von den Versuchen, die in Rummelsburg vorgenommen worden sind, bis zum Erscheinen des Berichts über die Verhandlungen in der Berliner Medizinischen Gesellschaft nicht die geringste Kenntnis. Daraus geht hervor, daß die Schutzimpfungen auch ohne jede Genehmigung der zuständigen Dezerementen an den Kindern vorgenommen worden sind. Der ärztliche Leiter des Rummelsburger Säuglingskrankenhauses, Herr Professor Dr. Erich Müller hat vielmehr auf eigene Faust dem Herrn Dr. Friedmann Waisenkinder zur Vornahme seiner Schutzimpfungen zugeführt. Er war, nach einer von ihm abgegebenen Erklärung, der Meinung, daß das Schutzmittel etwas sehr Gutes sei, daß nur geeignet wäre, den kranken Kindern zu helfen. Es habe sich auch bis heute nur eine günstige Wirkung dieser Schutzimpfung gezeigt bei allen den Kindern, die hierbei benutzt worden seien. Die Waisendeputation konnte das Verfahren des Herrn Professor Dr. Müller unter keinen Umständen billigen. Soweit es sich um die ärztliche Behandlung der ihm anvertrauten Waisenkinder handele, sei ihm diese auf eigene Verantwortung übertragen. Anders liege es aber, wenn Kinder zu Versuchen benutzt werden sollen und insbesondere, wenn solche Versuche von fremden der Verwaltung in keiner Weise verantwortlichen Personen übertragen werden.

Es ist in der Waiserverwaltung Gepflogenheit, daß bei notwendig werdenden Operationen an Waisenkindern selbst noch die Einwilligung der Angehörigen nachgeholt wird, bevor solche Eingriffe erfolgen. Selbst wenn die Waiserverwaltung Experimente an Waisenkindern gestatten wollte, könnte sie das nicht ohne Genehmigung der noch vorhandenen Angehörigen. Dazu kommt aber, daß das Mittel, das an Waisenkindern versucht worden ist, nach ärztlichen Äußerungen durchaus noch nicht so weitgediehen ist, um ganz unbedenklich angewendet zu werden. Dieses Bedenken haben in den Verhandlungen in der Medizinischen Gesellschaft Leute von Ruf, wie Professor Goldscheider, Dr. Klempner, Professor Dr. Vier u. a., zum Ausdruck gebracht. Und wenn auch bis heute noch kein Fall bekannt geworden ist, in dem Kinder, die mit dem Schutzmittel geimpft worden sind, Nachteile gehabt haben, so schließt das die Möglichkeit nicht aus, daß Komplikationen nachträglich noch eintreten können. Wer garantiert denn dafür, daß die mit dem Schutzmittel geimpften Kinder auch genau kontrolliert werden daraufhin, daß ihnen kein Schaden entsteht. In dem die ärztliche Verwaltung des Krankenhauses in Rummelsburg die Impfungen durch fremde Personen vornehmen ließ, muß der Verwaltung doch jede eigene Kontrolle in Zukunft abgehen. Und wenn das nicht der Fall wäre: Wie kommt die Waiserverwaltung dazu, sich eine ärztliche Kontrolle aufdrängen zu lassen über Kinder, die von fremden Personen als Versuchskaninchen benutzt worden sind. Auf das Urteil des Herrn Dr. Müller allein kann sich die Waiserverwaltung im vorliegenden Falle nicht stützen, denn Herr Dr. Müller steht der Angelegenheit doch voreingenommen gegenüber. Wie aus den Verhandlungen in der Berliner Medizinischen Gesellschaft hervorgeht, hat Herr Dr. Müller nach dem Bericht in der „Berliner klinischen Wochenschrift“ erklärt, daß Herr Dr. Friedmann „sein Mittel auch an meinem Material versucht habe“. Herr Dr. Müller verkennt seine Stellung als Oberarzt in einem städtischen Krankenhaus, wenn er meint, daß die ihm anvertrauten Kinder „sein Material“ seien. Diese Ansicht ist durchaus falsch. Berliner Waisenkinder sind keine Versuchskaninchen und die Waisendeputation hat gut daran getan, dem Herrn Dr. Müller ihre Ansicht klipp und klar zum Ausdruck zu bringen. Unverständlich bleibt immerhin, wie Herr Dr. Müller überhaupt auf die Idee kommen konnte, er könne ohne weiteres über die Waisenkinder verfügen.

Die Zahl der Hunde ist in Berlin zurückgegangen, während sie in den Vorjahren erheblich gestiegen ist. 1909 wurden in Berlin 45 981 Hunde ermittelt, 1910: 43 703 und 1911: 42 078. In diesen Jahren ist abermals eine Verminderung zu beachten. Diese trifft ausschließlich die besteuerten Hunde. Sie haben sich in den letzten 3 Jahren um rund 4 500 Stück vermindert, die der unbesteuerten hat sich in derselben Zeit um 600 vermehrt. Vorhanden sind jetzt rund 6 600 unbesteuerte und 35 500 besteuerte Hunde. Steuerfrei waren 82 Hunde der Gefandshausen und des Kaisers, 46 Polizeihunde, 51 Artistenhunde, 3 550 Wach- und Kettenhunde, 1 120 Hunde von Personen, die in ihren Bewegungen (Blinde) behindert sind, 1 280 Jagdhunde, 440 Wächterhunde. Letztere haben von Jahr zu Jahr zugenommen.

Die Fleischermeister und das russische Fleisch.

Die hiesigen Fleischermeister haben in der Frage der Einführung und des Verkaufs ausländischen Fleisches bisher eine recht traurige Rolle gespielt. Um die Maßnahmen des Magistrats durchzuführen, wandte sich der letztere an die Fleischermeister. Wie jedermann weiß, verlagten die Herren nicht nur vollständig, sondern sehten Himmel und Hölle in Bewegung, um durch die Art des Verkaufs den laufenden Publikum den Bezug des billigeren russischen Fleisches zu vereiteln. Das Publikum wurde in der schändlichsten Weise beim Kauf über das Ohr gebauert, das Fleisch selber von den Schlächtermeistern herabgesetzt und diskreditiert.

Der Magistrat griff zu Gegenmaßnahmen. Er machte sich von den Fleischermeistern unabhängig und erleichterte dem Publikum den Kauf des eingeführten Fleisches dadurch, daß der Verkauf in



zahlreichen Läden in den verschiedensten Teilen der Stadt durch die Konsumgenossenschaft oder durch andere Privatpersonen besorgt wurde. Dieses Verfahren des Magistrats hat in weiten Kreisen der Bevölkerung volle Billigung erfahren und dazu geführt, daß die vielen ursprünglich erhobenen Klagen so ziemlich aufgehört haben. Das paßt aber den Fleischermeistern nicht. Sie klagen und jammern, daß dieser Fleischverkauf sie schädige. Und da sie die magistratische Maßnahme nicht aus der Welt schaffen können, was sie am liebsten möchten, machen sie jetzt gute Miene zum bösen Spiele. Sie wollen das von ihnen schlecht gemachte Fleisch in ihren Läden verkaufen und zwar neben den übrigen Fleisch- und Wurstwaren. Sie haben diese Absicht durch eine Deputation dem Oberbürgermeister kund und zu wissen getan. Seitens des Oberbürgermeisters und des Stadtrats verdammt die dargelegte Kontrolle über den Verkauf russischen Fleisches bei den Verhältnissen in Berlin nur schwer erträgliche und daß deshalb dem Wünsche kaum entsprochen werden können. Es sei auch anzunehmen, daß die Stadt gar nicht in der Lage sei, eine derartige Menge russischen Fleisches zu liefern. Um diese Frage aber nachprüfen zu können, ist den Vertretern des Fleischergewerbes anheim gegeben worden, dem Magistrat anzugeben, wieviel und welche Fleischer zum Verkauf russischen Fleisches hier in Betracht kämen. Das bereits mehreren Wegern der Verkauf des russischen Fleisches in der gewünschten Weise erlaubt worden ist, wie von mehreren Zeitungen berichtet wurde, ist nicht zutreffend. Eine solche Genehmigung ist, wie in der Konferenz bemerkt worden ist, von der Zustimmung der zur Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelverfälschung eingesetzten gemischten Deputation zu solcher Art des Verkaufs abhängig.

Wir meinen, es bedürfte gar keiner Erwägung, das Angebot der Fleischermeister abzulehnen. Es hat sich in den Vororten gezeigt, daß der Fleischverkauf in den Weggeläden neben dem hiesigen Fleisch zu der größten Uebervorteilung des Publikums geführt hat und es ist andererseits bekannt, daß auf die Schlächter nach ihrem ganzen bisherigen Verhalten kein Verlaß ist. Will der Magistrat die früheren mißlichen Zustände bei Beginn des Fleischverkaufs nicht wieder herbeiführen und die ganze Aktion von neuem in der schlimmsten Weise gefährden, so tut er gut, das Angebot der Fleischer zurückzuweisen.

**Spundnapf mitbringen!** Auf den Stadt- und Ringbahnhöfen sind jetzt Emaille-Spundnapfe mit folgender Aufschrift angebracht worden: „Es wird zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege ersucht, in den Bahnhofsräumen, auf den Bahnsteigen, den Treppen und in den Wagen nicht zu spucken.“ Ganz schön gedacht, Sanft Eisenbahn-Reinigungsanstalt! Aber wie soll man denn diesen wohl-gemeinten Rat befolgen, wenn an den bezeichneten Stellen keine Spundnapfe vorhanden sind? Am schmutzigsten im ganzen Berliner Eisenbahnbetrieb sind die Wagen zweiter Klasse aus, die am Abend oft wahren Schweineeställen gleichen. Hier fahren ja unsere Gebildeten und Wohlhabenden, für die es anscheinend einer offiziellen Mahnung zur Sauberkeit nicht bedarf.

**Wohnungs- und Lebensinbrüche in der nördlichen Schönehauser Vorstadt** sind seit einigen Monaten so ungemein zahlreich vorgekommen, daß auf die Existenz einer ganzen Wunde geschlossen werden muß. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß aus jener Gegend Diebstähle gemeldet werden. Dabei gehen die Diebe so frech vor, daß sie am hellen Tage in Wohnungen, die nur für ganz kurze Zeit verlassen sind, eindringen. Am bedauerlichsten ist die Heimführung kleiner Wohnungen wenig bemittelter Leute.

Mit einer „großartigen Patentsache“ arbeitete ein Schwindler, der jetzt unglücklich gemacht wurde. Er suchte durch Bekanntmachungen Teilhaber zur Ausbeutung eines „Geheimverfahrens zur Herstellung von Kunstmarmor“. Weil er seine Erfindung in den leuchtendsten Farben schilderte und sich mit Anteilsschemen von 300 M. begnügte, so fand er viele Bewerber, die gern bereit waren, ihm 100 M. und mehr vorzutreiben, damit er zunächst einmal seine Patentanmeldung regeln könne. Wenn die Bewerber dann zur vereinbarten Zeit in seinem Hotel erschienen, um mit ihm das Patentamt aufzusuchen, dann war der Erfinder jedesmal gerade abgereist. Die Ermittlungen ergaben, daß dieser Gauner, der hier in Berlin u. a. zwei Tage in einem Hotel in der Friedrichstraße wohnte, fast alle großen deutschen Städte heimgesucht hat. Nicht weniger als 20 Staatsanwaltschaften suchten ihn jetzt. Auf Grund der Zeitungsnachrichten über sein Treiben wurde er nunmehr in Magdeburg, wohin er sich in den letzten Tagen von Berlin aus gewandt hatte, erwischt und dem Gerichtsgefängnis eingeliefert. Der Gauner pflegte sich Bildhauer Max Pohl aus München zu nennen, wurde aber festgestellt als ein gewisser 40 Jahre alter Anton Allmann, der aus Würzburg stammt.

Im D-Zuge erschossen hat sich ein junger Mann, der allem Anschein nach aus Groß-Bitterfeld stammt, aber noch nicht bestimmt festgestellt werden konnte. Der Lebensmüde fuhr am 6. d. Mts., am vergangenen Freitag, von Berlin nach Hamburg-Altona ab. Von dort trat er am nächsten Tage die Reise nach Rostock an. Kurz bevor der Zug dort einlief, machte er in seinem Abteil mit dem Revolver seinem Leben ein Ende. Die Angehörigen können sich auf dem Amtsgericht in Rostock melden.

Zu dem Raubanschlag auf den Geldbriefträger Hoffmann wird weiter mitgeteilt. Der frühere Posthilfsbote Hans Freilich, einer der Räuber, der von Hamburg hierhergebracht wurde, hatte gestern vor der Kriminalpolizei ein eingehendes Verhör zu bestehen. Freilich, der sich ja der Hamburger Polizei schon mit einem Geständnis selbst gestellt hatte, bleibt bei seiner Darstellung. Offenbar ist Hoff der Urheber des Anschlages und der Haupttäter. Das erscheint glaubwürdig, obwohl Hoff selbst das Gegenteil behauptet und Freilich besonders zu belästigen versucht. Der Wirt der beiden, der Fabrikarbeiter Wolff, der auch in Untersuchungshaft sitzt, hat von vornherein behauptet und bleibt auch dabei, daß er von dem ganzen Klau und seiner Ausführung nichts gewußt habe. Die Ermittlungen gegen Hoff erstrecken sich jetzt auch noch auf ein anderes Verbrechen, das noch nicht näher bekannt ist. Denn Hoff hat bei den Vernehmungen mit Freilich diesem erklärt, daß er eine ähnliche schwere Tat in München schon einmal mit Erfolg durchgeführt habe. Die hiesige Kriminalpolizei hat jetzt sofort in München nähere Nachforschungen veranlaßt.

Durch elektrischen Kurzschluss in der Leitung an einem Fahrstuhl im Warenhaus von W. Wertheim in der Potsdamer Straße wurden am Dienstag nachmittags zwei Damen in Schrecken versetzt. Der Fahrstuhl bewegte sich ohne Führer plötzlich aufwärts. Die beiden Damen schlugen mit den Händen die Glaswände entgegen und riefen um Hilfe. Die anwesende Feuerwehre drehte sie aus ihrer Notlage und verband die Damen in der Samariterküche. Das Publikum blieb ruhig. Gleichzeitig wurde die Feuerwehre nach der Nebenallee Straße 44 alarmiert, wo ein 14jähriges Mädchen aus Puchow vor Verstrahlung sich in selbstmörderischer Absicht mit Leuchtgas vergiftet hatte. Die Gase konnten zum Glück noch durch die Feuerwehre abgemindert werden. Samariter stellten Wiederbelebungsbemühungen an und lösteten dem Kinde Sauerstoff ein, das dann einem Arzt übergeben wurde, der hofft, das Kind vollständig wiederherzustellen.

Ein großer Kellerbrand kam gestern früh kurz vor 7 Uhr in der Gendarmenstraße 1, Ecke Ponoramastraße am Bahnhof Alexanderplatz, zum Ausbruch. Bei Ankunft der Feuerwehre fanden Ratten und Körbe in Flammen und es machte sich in dem Keller eine derartige Verqualmung geltend, daß ein Rauchschutzhelm in Benutzung genommen werden mußte. Zur Ablösung des Feuers mußten zwei Schlauchleitungen ausgelegt werden. In der letzten Nacht

hatte die Wehr einen größeren Schuppenbrand auf dem Hofe des Grundstücks Stargarder Straße 60 zu beseitigen. In dem Schuppen lagerten hauptsächlich Baumwollabfälle und Lumpen. Auch hier nahmen die Löscharbeiten lange Zeit in Anspruch.

## Vorort-Nachrichten.

### Friedrichsfelde.

Kellereispeisungen hat kürzlich in der Gemeindeschule des Ortsteils Karlshorst die „Raggi“-Gesellschaft vorgenommen. Den Schulkindern wurden mit Verständnis der Schulleiter warme Suppe, Bouillon usw. unentgeltlich gereicht. Außerdem erhielt jedes Kind ein Kleintierbuchlein. Hiergegen erhoben sofort hiesige Geschäftsleute, welche Fabrikate anderer Firmen vertreiben, Einspruch. Besonders verurteilten dieselben die Verteilung von Kleintierbüchern und erzuhten die Schulbehörde, Wiederholungen vorzubeugen. Letztere antwortete prompt, daß die Speisen von den Kindern sehr gut aufgenommen worden seien und daß Wiederholungen in kurzer Zeit erfolgen sollen. Man muß annehmen, daß die Schulleiter dieses Experiment nicht an untauglichen Objekten haben vornehmen lassen. — Bei der Etablierung 1912 forderten die sozialdemokratischen Vertreter eine Erhöhung der Mittel für Verabreichung von Milch an bedürftige Schulkinder in den Unterrichtsruhen. Der Gemeindevorstand bekämpfte damals diesen Antrag damit, daß sich Unzulänglichkeiten bei der Verabreichung der Milch herausgestellt hätten; die Lehrerschaft stehe der Sache nicht sympathisch gegenüber. Als im Oktober dieses Jahres der Gemeindevorstand sich den Jugendschutz ganz besonders angelegen sein ließ, forderten die sozialdemokratischen Vertreter durch einen besonders motivierten Antrag 1000 M. für Verabreichung warmer Speisen an bedürftige Schulkinder (außer der Milch). Da man nun offiziell im Frühjahr der Jugendschutzschwamm, sollte in kurzer Zeit eine entsprechende Vorlage an die Gemeindevertretung kommen. Trotzdem wir uns bereits im Winter befinden, läßt die Vorlage für die verheißene Wohlfahrteinrichtung noch auf sich warten. Die früheren Einwände, daß eine Notwendigkeit solcher Maßregeln nicht vorliegt, ebenso daß die Verabreichung des warmen Frühstücks usw. Schwierigkeiten bereiten und den Schulunterricht stören, sind durch die von der Firma Raggi unternommen und von der Schulbehörde gern gesehenen Kellereispeisungen widerlegt.

Von einem Neubau gestört ist am Sonntag der achtjährige Schüler Paul Benede in Karlshorst. Mehrere Knaben im Alter von 8 bis 13 Jahren vergnügten sich damit, auf einem unbewachten Neubau herumzulaufeln. Plötzlich fiel der Paul Benede aus einer Höhe des zweiten Stockwerks herunter. Mit einem Verbruch und anscheinend inneren Verletzungen wurde der Knabe nach dem Elisabeth-Hospital gebracht.

### Johannisthal.

Die diesjährige Bücherausstellung des hiesigen Bildungs-Ausschusses findet am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags von 4 Uhr ab, im Lokal „Lindenhof“, Friedrichstr. 60, statt. Ausgestellt werden nur gute und preiswerte Bilderbücher, Jugendchriften für alle Altersklassen und Klassiker.

Zum erstenmal ist die Ausstellung verbunden mit einer Weihnachtsfeier, deren Programm mit wenigen Ausnahmen von Kindern bestritten wird. Um es jeder Arbeiterfamilie möglich zu machen, an dieser Feier teilzunehmen, wird für die ganze Veranstaltung, Jugendchriften-Ausstellung, Weihnachtsfeier mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein und musikalischer Unterhaltung kein Eintrittsgeld erhoben. Auch wird das Programm im Laufe der Woche jedem kostenlos ins Haus gebracht werden. Der Bildungsausschuss rechnet somit auf eine starke Beteiligung.

Der dritte Vortragsabend des von ihm veranstalteten Vortragskurses über „Grundfragen der Erziehung“ findet am Donnerstag, den 12., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Pieler, Friedrichstr. 6, statt. Genosse Röhle spricht über: „Die Erziehung in der Schule“. Die überaus zahlreiche Beteiligung und das rege Interesse, welches diesem Kursus entgegengebracht wird, zeigt, daß hiermit wirklich etwas Außergewöhnliches geboten ist. Einladungen für beide noch fälligen Vorträge sind an den bekannten Stellen und am Eingang des Saales zu haben. Kein Arbeiter und keine Arbeiterfrau sollte veräumen, die beiden Vorträge noch zu besuchen.

### Lankwitz.

Am nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr, findet bei Schulmüllerstr. 21, eine Weihnachtsfeier mit Unterhaltungsführungen statt. Nachdem gemütliches Beisammensein mit Tanz. Zu derselben Zeit wird eine Jugendchriften- und Wandschmuckausstellung veranstaltet. Die Arbeiterkassen werden gebeten, ihren Bedarf an Weihnachtsbüchern dort zu deden respektive Bestellungen aufzugeben.

### Weißensee.

Der Bloß gegen die Sozialdemokratie. Im hiesigen Kriegerverein spielt sich des öfteren eine Sozialistendebatte ab, wobei die Herren Krieger einen ungewöhnlichen Eifer bekunden. In den Sitzungen des Vereins soll allerdings geschrieben stehen, daß Politik in den Sitzungen nicht getrieben werden darf. Jedoch, wenn ein neuer Vorkämpfer in Funktion ist — und das kommt hierorts häufig vor — dann ist es dessen erste Aufgabe, den Sozialdemokraten eins auszuwichsen. So hat nun auch der neueste Vorkämpfer, der frühere Schiffe Rathmann — mit der Faust in der Tasche natürlich — gegen die roten losgemettert, indem er betonte, daß das ganze Kriegervereinswesen umgestaltet werden müsse zu einem Bloß gegen die Sozialdemokratie. Damit die Geschichte auch in Ruh kommt, wurde der Vortrag um 10 Pf. pro Monat erhöht. Wie die Zeiten sich doch ändern. Als dem Herrn Rathmann seinerzeit der Vortragsabend gemacht wurde, daß er doch nur mit Hilfe sozialdemokratischer Kreise zum Schiffe gewählt worden sei, da warf er sich in die Brust und sprach in kriegerischem Ton, daß er stolz darauf sei, auch das Vertrauen der Herren Sozialdemokraten zu besitzen. Allerdings hat dieser Ausdruck ihn bald die Mitgliedschaft im Kriegerverein gelostet. Jetzt ist der Herr nicht mehr Schiffe, weil ihn auch die Sozialdemokraten nicht mehr haben wollten. Herr Rathmann glaubt daher jetzt die Zeit für gekommen, nunmehr als „ganzer Krieger“ aufzutreten.

### Vernau.

In der Stadtverordnetenversammlung erfolgte zunächst die Wahl von zwei Beisitzern sowie zwei Stellvertretern zur Ersatzwahl in der ersten Abteilung für den vor kurzem verstorbenen Vorsteher A. Bernide. Genosse Heilig gab seiner Verdammung über das schnelle Arbeiten des Magistrats Ausdruck, sobald es sich um Vertreter der ersten Abteilung handelt. Im vorigen Jahre habe man diese schnelle Arbeit zur Ersatzwahl der dritten Klasse vernicht, damals habe der Magistrat acht Monate Zeit gebraucht, während er im vorliegenden Falle kaum vier Wochen habe verstreichen lassen. Im allgemeinen wurde die Berechtigung der Kritik unseres Genossen anerkannt. Es erfolgte alsdann die Zustimmung zu einer Magistratsvorlage, betreffend die Erbauung eines Wohnhauses an der Wandlitzer Chaussee. Die Konstitutionsprojekte sollen von den beauftragten Firmen in einer nach Neujahr stattfindenden Sitzung detailliert werden. In der Anfrage des Stadts. Wilmanns, welche Schritte die Stadt Vernau zum Projekt der Gürtelbahn Draniensburg-Vernau zu unternehmen gedenke, wurde beschlossen, eine Petition an den Landtag und den Minister zu entsenden, worin die Forderung der Bahn von Draniensburg nach Vernau gewünscht wird. In nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, Projekte zur Erbauung eines eigenen Elektrizitätswerkes anfertigen zu lassen.

### Dabendorf bei Jossen.

In einer für den hiesigen Ort stark besuchten Versammlung, im Lokale von Wilmanns, an der auch eine Anzahl Bürgerlicher teilnahmen, referierte Genosse Emil Lüdtke über das Thema: „Krieg dem Kriege“. Die Ausführungen des Redner fanden reichen Beifall.

Eine im Sinne des Referats gefaßte Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung, der auch sechs hiesige Gemeindevorsteher sowie der Gemeindevorsteher teilnahmen, wurde unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Freie Sänger“, Jossen, eingeleitet und geschlossen.

## Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Neukölln.** Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße 63, neuer Sitzungssaal (2 Treppen).  
**Vichtenberg.** Am Donnerstagabend 6 Uhr in der Aula der Mädchenschule, Rathausstraße.  
**Köpenick.** Donnerstag, den 12. Dezember, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule Schillerstraße.  
**Spandau.** Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr im Rathaus. Tagesordnung: 1. Umbau der Straßendehalle in der Schäferstraße. 2. Festsetzung der neuen Straßendehallefahrpreise. 3. Beratung von 16 hiesigen Sonderverträgen.  
**Wittenau-Vorkäufel.** Nächste Sitzung Donnerstag, den 12. d. M., nachmittags 5 Uhr im Rathaus, 2 Treppen. Aus der Tagesordnung sei hervorzuheben: 100 000 M. Anleihe zum Schulbau, 2. Rate; Einrichtung einer Saaldeputation.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuhören.

## Versammlungen.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen beschäftigte sich in einer kombinierten Versammlung, die am Sonntag in den Adressenlokalen stattfand, mit einem neuen Orisstatut. In der letzten kombinierten Versammlung wurde eine Kommission von 15 Mitgliedern mit der Ausarbeitung eines Orisstatuts für die Verschmelzung der Geschäfte des Groß-Berlin, Spandau und Köpenick betraut. Das neue Statut lag der Versammlung am Sonntag vor und wurde von Schmidt als Berichterstatter der Kommission eingehend begründet. In der eifrig geführten Diskussion über die einzelnen Bestimmungen der Vorlage wurden nur wenige wesentliche Änderungen beantragt. Die scharfe Opposition richtete sich gegen das vorgeschlagene Delegierten-System für die Generalversammlungen, das mit großer Majorität verworfen wurde. Von den hauptsächlichsten Bestimmungen des neuen Orisstatuts sind die folgenden hervorzuheben:

Der wöchentliche Beitrag, den Lokalausschlag eingeschlossen, beträgt 70 Pf. Neueintretende Personen haben 1 M. Eintrittsgeld zu zahlen. Streikenden, Gemahrgeldern und Ausgesperrten wird ein Zuschuß zu den regelmäßigen Unterhaltungen gezahlt, und zwar an Verheiratete 3 M., an Unverheiratete 2 M. pro Woche, aber erst nach einer Mitgliedschaft von 62 Wochen. Ausgesperrten Mitgliedern, die durch längere Erwerbslosigkeit in Not geraten sind, kann eine Extraauszahlung gewährt werden, und zwar bis zum Betrage von 30 M. Als Zuschuß zu den Unterhaltungen in Sterbefällen wird gewährt: nach einjähriger Mitgliedschaft 10 M., nach vierjähriger Mitgliedschaft 20 M., nach sechsjähriger Mitgliedschaft 25 M., nach zehnjähriger Mitgliedschaft 30 M. Beim Tode eines Kindes unter 14 Jahren (auch todtgeborenen) nach einjähriger Mitgliedschaft 5 M. Die Erhebung der Beiträge erfolgt durch Hausbesitzer, die zugleich die Verbandszeitung auszugeben haben; sie erhalten 5 Proz. der Einnahme. Die Bezirke wählen sich ihre Leitung auf die Dauer eines Jahres selbst; die Leitung besteht aus dem Bezirksführer, dem Kassierer und dem Schriftführer. Das aktive Vermögen der neuen Geschäftsstelle soll mindestens 15 000 M. betragen; sinkt es darunter, so soll, je nach Beschluß der Generalversammlung, eine Herabsetzung der Lokalausschläge, eine Erhöhung der Beiträge oder Erhebung von Extrabeiträgen stattfinden. Die Verwaltung hat halbjährlich eine Generalversammlung einzuberufen, und zwar sollen Wahlen- und Generalversammlungen stattfinden. Jede Generalversammlung hat den Ort der nächsten Generalversammlung zu bestimmen. Das neue Statut tritt am 1. Januar 1913 in Kraft.

Nachdem die gewünschten Veränderungen damit in die Vorlage aufgenommen waren, erließ die Versammlung ihre endgültige Zustimmung zum Statut und nahm die notwendigen Wahlen für die Verwaltung vor.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab das folgende Resultat: Als erster Bevollmächtigter wurde Schilling, als zweites Galle beständig; Rauball wurde als erster, Tim als zweites Schriftführer gewählt. Als Beisitzer wurden Schmal und Otto Schmidt gewählt. — Dann erfolgte die Wahl der Revisoren, die auf Freund, Gräfe und Heide fiel. Die Mitglieder des Kuratoriums erhielten die Bestätigung der Versammlung. — Die Festsetzung des Ortes der nächsten Generalversammlung bleibt der Verwaltung überlassen.

## Eingegangene Druckchriften.

**Thomas Koch.** Seine Zeit und sein Schaffen von A. Knobach, 3/50 M. H. E. G. Leuckart, Leipzig.  
**Statistische Erhebungen über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse in der Bauindustrie und verwandten Gewerben.** 563 Seiten. Deutscher Buchhändlerverband, E. Koch, Berlin S. 59.  
**Mirillo.** Des Meisters Gemälde in 267 Abbildungen. Herausgegeben von Dr. H. L. Mayer. In Reimen 12 M. (Klassiker der Kunst in Gesamtausgaben, Band 22, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt).  
**B. G. Teubners Verlagskatalog** aus dem Gebiete der Mathematik, Naturwissenschaften und Technik. 1908-1912. 231 Seiten. — B. G. Teubner, Leipzig.  
**Das Vertriebswesen in handelspolitischer Beleuchtung.** Von J. Reis. 71 S. — G. J. Manz, München.  
**Krupp in Offen.** Von J. Müller. — Japan. Von R. v. Brandt. — Russland. Von D. R. Gallace. — Wissenschaftliche Volksbücher. Einzelb. 1/50 M. — A. Reichen, Hamburg.  
**Statistisches Jahrbuch der Stadt Charlottenburg 1912.** 165 S. Herausgegeben vom Statistischen Amt. — Die Wohlfahrts-Einrichtungen Charlottenburgs. 160 S. Herausgegeben von der Armenverwaltung Charlottenburg. — Kommissionsverlag H. Ulrich u. Co., Charlottenburg.  
**Durch Amerika zum Südpol.** (Von Bol zu Pol. Letzte Folge.) Von Sven Hedin. 3 M. — H. A. Brodhaus, Leipzig.  
**Die Pflanzen und der Mensch.** Garten, Obstbau, Feldwirtschaft, Wald, Verwertung der pflanzlichen Produkte. Herausgegeben von Prof. D. Brüggemann u. a. Heftung 19, 11, 12 je 1 M. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Frankfurter Verlags-Anstalt), Stuttgart.  
**Die Wunder der Seele.** Von R. E. delle Grazie. 4/50 M., geb. 5/50 M. — Verlag von Breitkopf u. Härtel, Leipzig.

**Marktbericht von Berlin am 9. Dezember 1912, nach Ermittlungen des königl. Vollgepräsidiums. Marktbullenpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelb, vom Acker 30,00-30,00. Speckbohnen, weiß, 30,00-30,00. Bohnen 35,00-35,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00-8,00. 1 Kilogramm Kleinfisch, von der Reule 1,70-2,40. Kleinfisch, Bauchfleisch 1,40-1,80. Schweinefleisch 1,00-2,20. Rindfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,40-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 4,60-7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,20-2,40. Sale 1,00-3,20. Zander 1,40-3,60. Dorsch 1,40-2,80. Barsch 0,80-2,40. Schlei 1,50-3,20. Bleie 0,80-1,40. 60 Stück Krebse 3,00-30,00.**

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand      | am     |        | seit                   |        |     |
|------------------|--------|--------|------------------------|--------|-----|
|                  | 9. 12. | 8. 12. | Wasserstand            | 9. 12. |     |
|                  | cm     | cm     |                        | cm     |     |
| Remel, Müll      | 243    | +1     | Saale, Gochau          | 100    | -2  |
| Regel, Ankerberg | 142    | +11    | Saale, Spandau         | 67     | +5  |
| Reichel, Thora   | 122    | -2     | Saale, Rathenow        | 74     | +9  |
| Dier, Rathor     | 134    | +2     | Spree, Spremberg       | 72     | 0   |
| • Krollen        | 154    | -3     | • Bestow               | 94     | -1  |
| • Frankfurt      | 154    | -4     | Weser, Ründen          | 198    | -9  |
| Barthe, Schrum   | 48     | 0      | • Pind                 | 308    | -9  |
| • Landsberg      | 40     | -2     | • Rhein, Ragimiliansau | 358    | -   |
| Rebe, Bordanau   | 9      | 0      | • Raub                 | 185    | -7  |
| Elbe, Reitmerg   | -16    | -16    | • Rahn                 | 232    | -19 |
| • Dresden        | -123   | -5     | • Reck, Dellbrom       | 80     | -8  |
| • Sarby          | 157    | -7     | • Rain, Qanau          | 168    | -4  |
| • Ragdeburg      | 127    | -5     | • Rosel, Arter         | 116    | -13 |

+) + bedeutet Hoch, — Fall. \*) Unterpegel. \*) Kreisel.



# Moslem

## feinste Qualitäts-Cigarette

### Stück 3-3



## Größte Puppen-Spezial-Fabrik Berlins

### P. R. ZIEROW

Berlin N., Schönhauser Allee 179.

Größtes Lager von Kugelgelenkpuppen, Charakterbabys, Bälgen, Köpfen, Perücken, sämtl. Puppenartikeln  
Reparaturen und alle Ersatzteile.  
Engros Einzelverkauf.



## Goldwaren! Uhren!

Große Auswahl von Festgeschenken!  
Spezialität: Trauringe!  
Während des Weihnachtsverkaufs: 5% Rabatt!  
Hellenhance-Str. 5, Ecke Teltower Straße.  
Heinrich Delfs, Telefon-Amt: Kurfürst 8143.

## Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!



Der beste Ersatz für Oper, Theater, Variété Konzert. — Nur erste Künstler!

Sie brauchen kein Geld dazu  
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den vorerhaltenen Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — — — Unser trichterloser Apparat ist

das Neueste vom Neuen

und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf dem Markt kommenden Typen. — Jeder Apparat ist mit der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose versehen, die allein überall mit 20 Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an uns monatlich nur 3 Mk., also täglich nur 10 Pf. zu zahlen.

Die Lieferung erfolgt sofort!

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem fast unzerstörbaren Saphirstift. Plattenabnutzung mehr!

Keine Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

Wir kaufen Ihren alten Sprech-Apparat zurück, auch wenn er nicht von uns bezogen ist, falls Sie unseren trichterlosen Apparat behalten u. vergüten Ihnen auf Ihrem Konto 20 Mark laut nebenstehendem Schein. Auf Verlangen liefern wir Ihnen noch eine zweite Schalldose, mit der Sie auch Ihre alten Platten auf unserem Apparat weiter spielen können.

Unser Apparat ohne Trichter hat ein hochfein poliertes Eichengehäuse, geräuschlos arbeitenden Motor, seitlichen Aufzug, sowie Reguliervorrichtung Plattenteller 25 cm Dm.

Bial & Freund  
Breslau II, Postf. 120/370



## Grossvaterstühle

### Chaiselongue-Betten

### Triumphstühle, Normal-Kinderpulte

mit und ohne Bettbaum in jeder Preislage, von 18 M. an.



## Ruhestühle, Bettstühle

Alles in geschmackvollen Ausführungen.

### R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik

BERLIN SW., Markgrafenstrasse 20, Ecke Kochstrasse.

Preisliste 11 gratis und franko.



# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 11. Dez. 1912

Anfang 3 Uhr.  
Schiller-Theater. Schiller-Charlottenburg. Bothen. Feins Tod.

Anfang 3 1/2 Uhr.  
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Christnachtsgauber.

Anfang 4 Uhr.  
Kurfürstentheater. Dornröschen. Thalia. Frau Holle. Theater am Rollendorfsplatz. Schneewittchen. Laifen. König Drosselbart.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor. Kgl. Schauspielhaus. Die Welt in der man sich langweilt. Deutsches. Ein Sommernachts-nachtstraum. Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung. Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.  
Urania. Die Flugfrage. Im Hofsaal: Dr. Wilh. Berndt: Aus der Welt der Sinneswahrnehmungen. Hammerpiele. Maria Magdalene. Veritas. Gabriel Schillings Nacht. Königgräber Straße. Hedda Gähler. Deutsches Opernhaus. Jar und Zimmermann. Schiller O. Im weißen Röhl. Schiller-Charlottenburg. Die Geschwister. Elga. Berliner. Filmzauber. Kleines. Professor Bernhardt. Fleißig. Bringenzerziehung. Komödiendane. Die Generaldeke. Deutsches Schauspielhaus. Der guttuhende Brad. Thalia. Antiochiden. Trianon. Die Erste — die Beste. Kurfürstentheater. Der Kuchlein. Montis Operetten-Theater. Der Frauenkessler. Lustspielhaus. Graf Bent. Theater am Rollendorfsplatz. Orpheus in der Unterwelt. Laifen. Raffles. Neues Opernhaus (Kroll). Aufhüßiges Ballett. Hofe. Mein Leopold. Metropol. Chauffeur — ins Metropol. Herrfeld. Die Alpenbrüder. Das Scheidungs-Souper. Groß-Berlin. So bummeln wir. Spezialitäten. Casino. Am grünen Strand der Spree. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten. Königstadt-Kasino. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Reichshallen. Bei Salern.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Grigol.

Folies Caprice. In Sachen Rosenheim. Die Doppelheime. Die Tochter der Braut. Walhalla. Goldener Leuchtturm.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Michael Kramer.

Anfang 10 Uhr.  
Admiralpalast. Eisballett: Poenne. Sternwarte. Insaßenstr. 57—59.

Schiller-Theater O. Theater.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Im weißen Röhl.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Im weißen Röhl.  
Freitag, abends 8 Uhr: Der Talisman.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr: Wallensteins Tod.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Geschwister. Elga.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Helmgäuden.  
Freitag, abends 8 Uhr: Des Pfarrers Tochter von Stralendorf.

Berliner Theater.  
8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgräber Straße  
8 Uhr: Hedda Gabler.

Theater am Rollendorfsplatz 5.  
Nachmittags 4 Uhr: Schneewittchen.  
Abends 8 Uhr: Orpheus in der Unterwelt.  
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr: Schneewittchen.

Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.  
Abends 8 Uhr: Der Frauenkessler.

Deutsches Schauspielhaus  
8 Uhr: Der guttuhende Brad.

Residenz-Theater.  
Anfang 8 Uhr.

Gastspiel Constanza v. Linden:  
Brinzenzerziehung.  
Worg. u. folg. Tage: Prinzenzerziehung.  
Sonntagabend 8 Uhr: Alles für die Firma.

Luisen-Theater.  
Mittwochsnachmittags 4 Uhr: Kinder-vorstellung: König Drosselbart.  
Abends 8 Uhr: Raffles.  
Donnerstag u. folg. Tage: Raffles.  
Sonntagabend 4 Uhr: Rinder-Tort: Goldener, das Sonntagkind.  
Abends 8 Uhr: Raffles.

ROSE-THEATER  
Große Frankfurt Str. 182.  
Abends 8 Uhr:  
Reitvorstellung zum 40jähr. Jubiläum.  
A. Winkel:  
Mein Leopold.  
Donnerstag: Geliebte Herzen.

WINTERGARTEN  
Sahary-Djeli  
Der zerbrochene Spiegel.  
Burleske v. Camillo u. K. Schwarz.  
Lipinskys 40 Komödienhunde 40  
Gastspiel  
Max Linder  
der weltberühmte Film-Schauspieler in seinem Sketch: Hühnerangereizter aus Liebe (Pédreux par amour).  
Max, der Liebhaber... Max Linder sowie die sensationellen Dezember-Attraktionen.

Apollo Theater  
Ab 8 Uhr.  
8 für Berlin neue Debüts.  
Stürmischer Lacherfolg!  
9 Uhr: Berlins neueste Sensation!  
Dario Paini.  
Das Wunder hypnotischer Kartenkunst.

Casino-Theater  
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr:  
Die neue Lokalposse  
„Am grünen Strand der Spree“.  
Sonntagnachmittags 4 Uhr:  
Unter dem Weihnachtsbaum.

Urania  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Ober-Ingenieur H. Hirth:  
Die Flugfrage nach selbsterlebten Eindrücken.  
Hörsaal 8 Uhr:  
Dr. Wilhelm Berndt:  
Aus d. Welt d. Sinneswahrnehmungen.

Metropol-Theater.  
Chauffeur — ins Metropol!  
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Fremb. Musik v. Rud. Nelson. Länge arrang. von Wilh. Schop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schulz.  
Abends 8 Uhr: Reuigen gestaltet.

TGB  
THEATER GROSS-BERLIN  
am Zoo.  
Täglich 8 Uhr:  
So bummeln wir!  
m. Massary, Pallenberg, Bachmann.  
Vorher:  
Variété-Aufführung.  
Rauchen gestattet.  
Vorverkauf 10-6 Uhr Theaterkasse, Warenh. Tietz, Invalidendank.

Herrnfeld  
Theater  
Beispielloser Lacherfolg!  
Die Alpenbrüder.  
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.  
Hierzu:  
Das Scheidungs-Souper.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

„Clou“ :: Berliner ::  
Konzertthaus  
Heute: Doppel-Konzert!  
Berliner Konzerthausorchester, Dir. F. v. Blon, Komponist Musik. 2. Garde-Regiments z. F., Dirigent Oberm. Graf.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen  
Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Zirkus Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
Große Parade-Vorstellung.  
U. a.:  
Eine Kegelpartie zu Pferde. Erfunden v. Dir. A. Schumann. The 5 Lloyds, Wild-West-Akt. Nur noch einige Tage! Tommy & Boy, die einzigen und ersten Bären, welche selbständig Zweirad fahren.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch. Vier Bilder aus Indien. Der Clou der Saison.

Boigt-Theater.  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Mittwoch, den 11. Dezember:  
Der Müller und sein Kind.  
Vollbesetzung in 5 Aufz. von Hauptach. Raffenerdichtung. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Sonabend, nachm. 4 Uhr:  
Rinder-vorstellung: Frau Holle.

Theater Königstadt-Gasino.  
Gde Holzmarkt u. Alexanderstraße. 1 Minute. Bahnh. Jannowbrücke  
Täglich außer dem großen Spezialitäten-Teil:  
Fesche Mädels.  
Gesangs-Burleske in 1 Akt.

Passage-Theater.  
Unter den Linden 23-23  
Lichtspiele.  
Diese Woche:  
Menschen unter Menschen.  
Groß. Drama nach Viktor Hugo u. d. hum. Progr.  
Anfang 4 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

KIKO  
Anfang 4 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Passage-Panoptikum  
50 WILDE IGORROTEN  
Frauen, Männer, Kinder.  
Leben u. Treiben in dem eigens aufgebauten IGORROTEN-Dorfe.  
Ohne Extra-Entree.  
Lebend!

Zirkus Busch.  
Heute Mittwoch, 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
Die große Prunk-Pantomime „Sevilla“  
in 6 glänzenden Akten.  
Besonders hervorzuheben: Der gewaltige Sturzbach. — Das Stiergefecht. (Die Stiere sind zu diesem Zweck aus Spanien importiert.) — Die märchenh. neuen Wasserspiele. Vorher das große Gala-Programm.  
U. a.:  
Der sprechende Kater „Peter“ vorgeführt v. seiner Besitzerin Frau Dr. Thea Sutoris.

Folies Caprice.  
Täglich 8 1/2 Uhr!  
Die Novitäten:  
In Sachen Rosenheim. Die Doppelheime. Die Tochter der Braut.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
Heute 8 Uhr:  
Große Fest-Soiree zum Benefiz für die Herren Britton, Sedel, R. u. O. Schräder, Schröder, Schubert, Horst.  
Grüning u. Rathke.

Trianon-Theater.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Die Erste — Die Beste!

Germania-Prachtsäle  
N. Chausseestr. 110. K. Richter.  
Heute Mittwoch:  
Paul Mantheys lustige Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Nachdem Freitanz.  
— Borzugskarten gelten. —  
Jeden Donnerstag:  
Gr. Militär-Streich-Konzert anschließend Familienkränzchen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



